

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1884.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgezeigte Spaltenbreite oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Erörterungen und Berichtigungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweifelhafte 2-fache Buchstaben), jedes weitere Wort 10 Pf. (zweifelhafte und Schlusszeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 7. Februar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die britische Arbeiterpartei.

Von unserem Londoner Korrespondenten.

Zum ersten Male kann man sagen, daß ein Parteitag der britischen Arbeiterpartei bestimmte Eindrücke bei dem Besucher hinterlassen hat. Frühere Parteitage waren kaum mehr als Wiederholungen der vorausgegangenen Gewerkschaftskongresse, die jedoch nicht die Autorität und die Wichtigkeit dieser alten jährlichen Zusammenkünfte besaßen. In diesem Jahre wurde jedoch ein ernsthafter Versuch gemacht, mit der Vergangenheit zu brechen und den Parteitag der Arbeiterpartei zu dem zu machen, was er sein sollte: zur Jahreskonferenz der politischen Arbeiterbewegung. Der Versuch, das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses zu bewegen, in eine Arbeitsteilung einzustimmen, nach der auf dem Gewerkschaftskongress die gewerkschaftlichen und auf dem Parteitag die politischen Fragen zu beraten wären, war fehlgeschlagen. Wohl hat der Gewerkschaftskongress seinem Sprößling, der Arbeiterpartei, die Politik anvertraut, er will ihn aber wie ein alter hartnäckiger Geschäftsmann, der bis zum letzten Atemzug die Fingel des Unternehmens in der Hand behalten will, nicht frei und selbständig schalten und walten lassen. Das hat die Arbeiterpartei jedoch nicht gehindert, ihren Plan zu verwirklichen. Rückwärtslos wurden auf dem 14. Parteitag die rein gewerkschaftlichen Angelegenheiten von der Tagesordnung abgesetzt — allerdings nicht ohne Proteste. Reine politische Fragen, die die Arbeiterbewegung interessieren, traten deutlich in den Vordergrund der Verhandlungen, und wenn in künftigen Jahren an dieser Ordnung festgehalten wird, so kann die Klärung nicht ausbleiben, die einer aus so verschiedenen Elementen bestehenden Organisation, wie es die Arbeiterpartei ist, sehr nützt.

Anerkennung verdient der Beschluß des Parteivorstandes, einen Tag für die Debatte über die Politik der parlamentarischen Fraktion festzusetzen. Im vergangenen Jahre ist die Unzufriedenheit mit der Politik der Arbeiterpartei sehr laut geworden. Neben der sachlichen Kritik kam auch eine häßliche Nörgerei zu Worte, die sich am liebsten mit Personen befaßt und wie ein zersetzendes Gift auf jede Bewegung wirkt. Es war die höchste Zeit, daß die parlamentarischen Vertreter vor den Delegierten der Organisationen erschienen und Rede und Antwort standen. Man muß sagen, daß die Kritik in Glasgow nicht sehr überzeugend wirkte. Es fehlte ihr, wie der Arbeiterpartei selbst, die Einheitlichkeit der Grundauffassungen. Manchmal zerstörte der eine Kritiker das, was der andere aufgerichtet hatte, und mehr als einer war in bezug auf seine Tatsachen schlecht informiert. Das, was der Kritik zugrunde lag, war das Gefühl, daß es nicht schnell genug vorwärts gehe und daß daran die falsche Politik der Arbeiterpartei im Parlament schuld sei. „Ja“, so hörte man aus mehr als einem Munde, „wenn unsere Vertreter nur die Politik des Jahres 1906 verfolgen wollten, als sie unter Keir Hardie's Führung der Regierung den Daumen aufs Auge setzten und sie zwangen, den Gewerkschaften ihre alten Rechte zurückzugeben, dann würde es bald anders werden.“ Niemand schien auf den Gedanken zu kommen, daß die politische Lage damals ganz anders aus sah wie heute, daß damals, als die erste große Arbeiterpartei ins Parlament eintrat, dem Bürgertum Schrecken einflößte und selbst den Lords einen Anix vor dem Proletariat abnötigte, der Boden für greifbare Erfolge weit günstiger war als heute. Seitdem haben die herrschenden Schichten des Landes erfahren, daß es infolge der äußerst mangelhaften politischen Organisation der Arbeiterpartei mit dem Wachstum der Partei nicht so schnell geht, wie sie zuerst beabsichtigt hatten und mit der Furcht ist auch das Entgegenkommen geschwunden.

Die Parlamentarier wehrten sich entschieden gegen den Vorwurf, daß sie eine falsche, lässige Politik betrieben. Sie wiesen auf ihre unermüdete Tätigkeit in den parlamentarischen Ausschüssen hin und machten den parlamentarischen Joff dafür verantwortlich, daß sie in der Volksvertretung nicht jene öffentliche propagandistische Tätigkeit entfalten, die Außenstehenden so leicht scheint. Doch auf die Forderung der Kritiker, die Fraktion solle sich einer ausgeprägten selbständigen Politik befleißigen, die sie von den Liberalen scharf unterscheiden würde, fanden die Parlamentarier keine befriedigende Antwort. Daß die Arbeiterpartei keine ausgeprägte selbständige Politik treibt und sich sehr häufig an die liberale Partei anlehnt, ist zu augenfällig, als daß es ernsthaft bestritten werden könnte. Das Parlamentsmitglied Thorne ging sogar so weit, dem Vorsitzenden der Fraktion Macdonald vorzuwerfen, er verändere manchmal die Stimme der Partei hinter dem Rücken der Fraktionsmitglieder an die liberale Regierung, was von Macdonald jedoch entschieden zurückgewiesen wurde. Ein anderes Parlamentsmitglied, Snowden, erklärte rund heraus, daß man eine selbständige Politik nicht von einer Partei erwarten könne, deren Mehrheit von liberalen Stimmen abhängt. Uns will scheinen, daß die Verselbständigung der Arbeiterpartei mehr ein innerer als ein äußerer Vorgang sein muß. Trotz des Einflusses, den die Sozialisten in der Partei ausüben, hängt die Mehrheit der Arbeitervertreter im Parlament noch mit der Abhängigkeit an der liberalen Partei. Davon zeugt besonders deutlich der vor etlichen Tagen erschienene Bericht der Arbeiterpartei über die Agrarfrage, dessen Forderungen sich von den liberalen Forderungen nicht wesentlich unter-

scheiden. Die Arbeiterpartei legt sich darin für die Pächter ins Zeug und wünscht wie die Liberalen, das Land mit einer Menge von Kleinpächtern zu beglücken.

Eng verbunden mit der Frage der Parteipolitik ist in Großbritannien die Wahlrechtsfrage. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß viele der Hindernisse, die sich der Entwicklung der Arbeiterpartei entgegenstellen, in dem Wahlrecht zu suchen sind, hinter dem sich die herrschenden Klassen verchanzt haben. In Großbritannien gibt es keine Stichwahl und auch keine Verhältniswahl; der Kandidat, der die relative Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt, gilt als gewählt. So lange es nur zwei Parteien gab, wurde die Ungerechtigkeit des Systems nicht empfunden. Das änderte sich mit dem Auftreten der Arbeiterpartei. Die dritte Partei mußte beständig ins Hintertreffen geraten, wenn sie es nicht vorzog, sich mit einer der beiden Parteien zu verständigen. Sie betrat diesen letzten Weg, der aber natürlich nur bis zu einem gewissen Punkte gangbar war; denn die Liberalen, mit denen man sich offen oder stillschweigend verständigt hatte, überließen der Arbeiterpartei nur so viele Mandate (namentlich in den Wahlkreisen mit doppelter Vertretung), wie die politische Klugheit gebot. Die Versuche der Arbeiterpartei, durch Angriffe auf liberale Wahlkreise die Regierungspartei zur Nachgiebigkeit zu zwingen, haben keinen großen Erfolg gebracht. Die Liberalen haben sich bei Nachwahlen fast überall trotz des Eingreifens der Arbeiterpartei behauptet. Es kam ihnen die Furcht zahlreicher Arbeiter zugute, die sich vielleicht zur Arbeiterpartei hingezogen fühlen, aber in einem dreiseitigen Wahlkampf stets liberal wählen, weil sie die sogenannte „Spaltung der progressiven Stimmen“ und die Wahl des Konservativen fürchten. Für die Unabhängigkeit und das Wachstum der Arbeiterpartei wäre es nun ein großer Vorteil, wenn ein gerechtes Vererbtungssystem eingeführt würde, das der Entwertung der Mehrheit einen Riegel vorschiebe. Alsdann könnte die Arbeiterpartei auf eigenen Füßen stehen und mancher Arbeiter könnte für seinen Klassenkampf stimmen, ohne zu befürchten, dadurch der schwärzesten Reaktion Vorwand geleistet zu haben. In den letzten Jahren hat man sich in den Kreisen der englischen Genossen viel mit der Verhältniswahl und den verschiedenen Formen der Stichwahl beschäftigt. Einige erklärten sich für die Verhältniswahl, andere für die Alternativwahl, bei der man gleich im ersten Wahlgang den Kandidaten seiner zweiten Wahl auf dem Stimmzettel bezeichnet. Der Parteitag lehnte noch einer Debatte, in der viele scharfsinnige und treffliche Reden gehalten wurden, beide Wahlsysteme ab: die Verhältniswahl, weil dabei die Wahlkreise zu groß sind und deshalb zuviel Geld und Organisationsarbeit erfordern; die Alternativwahl, weil sie alle Gebrechen der Stichwahl aufweist. Mit diesem Beschluß legt sich die Arbeiterpartei im Widerspruch mit der Internationalen, die sich auf zwei Kongressen für die Verhältniswahl ausgesprochen hat. Man darf jedoch nicht vergessen, daß man es in Großbritannien mit eigenartigen Verhältnissen zu tun hat. Die großen Wahlkreise, die die Verhältniswahl notwendig macht, könnten von der Arbeiterpartei nur schwer organisiert werden und würden wahrscheinlich Geldopfer erfordern, denen die schwache Kraft der Partei nicht gewachsen ist. In Großbritannien zahlen die Parteien die öffentlichen Wahlkosten, die immer sehr hoch sind, und diese Last gibt den reichen bürgerlichen Parteien einen Vorprung vor der Arbeiterpartei, der sich bei der Verhältniswahl vielleicht noch vergrößern würde. Diese Erwägung veranlaßte die Bergarbeiter, die bei den Abstimmungen über die beiden Wahlsysteme den Ausschlag gaben und gegen beide Systeme stimmten, für die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes einzutreten, damit sich die Partei mit aller Kraft den Forderungen: allgemeines Wahlrecht für beide Geschlechter und Bezahlung der öffentlichen Wahlkosten aus öffentlichen Mitteln, zuwenden könnte.

In würdiger und entschiedener Weise nahm der Parteitag zu den Ereignissen in Südafrika Stellung. Trotz klarem Aus der Resolution die Antwort des britischen Proletariats auf den Hohn und den Jubel der Reaktionen über die Niederlage der südafrikanischen Arbeiter. Während sich die Reaktionen über die Niederlage des Gesetzes freuten, Botha als den großen Mann feierten, der die englische Politik um eine neue Idee bereichert habe, verlangten die britischen Arbeiter die Achtung der Gesetze, die Bestrafung der Verbrecher. Die Arbeiterpartei wird die Ungehörlichkeiten, die die Regierung Botha begangen hat, im britischen Parlament zur Sprache bringen. Ob es ihr aber gelingen wird, die Verbrecher zur Rechenschaft zu ziehen, ist sehr fraglich. Nach der Ansicht eines berühmten Rechtsgelehrten würde es nicht viel nützen, wenn das Kabinett in London der Strafloshaltungsvorlage, die der General Smuts im Parlament der Union eingebracht hat, die königliche Genehmigung vorenthielte. Die Gewaltmenschen in Südafrika könnten sich dann auf den Standpunkt stellen: Wenn ihr diese Vorlage nicht genehmigt, dann haben wir einfach das Standrecht nicht auf. Auf diesen Standpunkt stellte sich nämlich die Regierung Natal's im Jahre 1906, als sie unter dem Saug des Standrechts die unerhörtesten Verbrechen an den Schwarzen begangen hatte und der englische Statthalter die Indemnitätsbill nicht ohne weiteres unterzeichnete.

Die Ereignisse in Südafrika werden ihre Wirkung auf die Arbeitermassen in Großbritannien nicht verfehlen. In der letzten Zeit waren viele geneigt, sich den sozialistischen Trümcereien hinzugeben; sie glaubten die Gewalt der Herr-

schaften loszuwerden, indem sie sie einfach ignorierten. Die Gewalttat Botha's hat viele dieser Träumer aus ihrem Schlaf geweckt. Sie zeigt zu deutlich, wie wichtig dem Proletariat die Eroberung der politischen Macht ist. Aus der Erkenntnis der rauhen Wirklichkeit wird die politische Arbeiterbewegung Großbritanniens im kommenden Jahre neue Kräfte schöpfen.

Ein neues Kapitel von der Ausweisungsschmach.

Der „Vorwärts“ hat jüngst unter der Ueberschrift „Worte“ über die Antrittsrede des augenblicklichen Universitätsrektors berichtet, in der dieser die Studenten anfeuerte, sich zu wissenschaftlicher Selbständigkeit zu erziehen und stets nach dem Drange nach Wahrschaffigkeit zu folgen. Diese Worte sind anscheinend bei einigen Studenten auf guten Boden gefallen, die in dem offiziellen Organ der freien Studentenschaft, das vor der Verbreitung dem Rektor bzw. dem Universitätspräsidenten vorgelegt wird, alle Studenten, die sich für die anarchistische Bewegung interessieren, zu Diskussionsabenden einladen. Zu den wenigen Studenten, die dieser Aufforderung Folge leisteten, gehörte auch der Student der Medizin Albert Lantos, ein ungarischer Staatsangehöriger, der zweimal an den Diskussionsabenden teilnahm. Diese Abende waren regelmäßig von 4 bis 6 Studenten der verschiedenen politischen Richtungen besucht. Die erforderlichen Bücher wurden zum großen Teil der unter dem Namen königliche Bibliothek bekannten gefährlichen anarchistischen Leihbuchhandlung entnommen. Die Diskussionen trugen rein wissenschaftlichen theoretischen Charakter und befaßten sich in erster Linie mit dem philosophischen Anarchismus.

Herrn v. Jagomars Polizei begriß natürlich sofort, welche Gefahr dem preussischen Staatwesen hier drohte, und sie rasche nicht, bis es ihr gelang, jenen unheimlichen Verschwörern zu begegnen. Als Objekt ihrer staatsretterischen Tätigkeit erlor sie sich natürlich zunächst den reallosen Lantos. Sie veranstaltete in Lantos' Studentenabende morgens um 7 Uhr eine Hausdurchsuchung. Gefunden wurde in erster Linie monistische und feindliche Literatur, was der mit der Untersuchung betraute Kommissar sofort scharflosig als „sehr verdächtig“ bezeichnete. Auch einige anarchistische Bücher fanden sich, darunter nur eine einzige verbotene Broschüre, die sich Lantos kurz vorher geliehen hatte. Alsdann wurde der „schwere Verbrecher“ unter sicherer Eskorte auf das Polizeipräsidium gebracht, wo er bis auf Herz und Nieren geprüft wurde, und mit der Wahrschaffigkeit, die ihm sein Rektor soeben als oberste Tugend empfohlen hatte, angab, daß er zwar kein Anarchist sei, sich jedoch für den Anarchismus interessiere und Lantos gern lese. Als Lohn für seine ihm von so autoritativer Seite empfohlene Wahrschaffigkeit durfte er von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags auf dem anheimelnden Korridor des Polizeipräsidiums warten, um dann schließlich seinen Ausweisungsbefehl zum Zeichen der Kenntnisnahme unterzeichnen zu müssen. Ganze 3 Tage wurden ihm gelassen, um Preußens muffigen Staub von seinen Füßen zu schütteln. Die dem Vertreter des Ausgewiesenen, Herrn Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg später auf dem Polizeipräsidium mitgeteilt wurde, war ursprünglich sogar beabsichtigt, den gefährlichen jungen Mann im Wege unmittelbaren Zwanges unter Polizeibedeckung über die Grenze abzuführen und seiner Heimatsbehörde zu übergeben.

Der Ausweisungsbefehl traf den jungen Studenten um so härter, da ihm hierdurch das schon fast vollendete Wintersemester verloren ging, er also in seiner Laufbahn um ein halbes Jahr zurückgeschleudert wurde; zudem war er mit wichtigen wissenschaftlichen Untersuchungen über Blutverteilung in der Universitätsklinik seit längerer Zeit beschäftigt, die sich ihrer Vollendung nahen. Trotzdem Rechtsanwalt Dr. Weinberg wiederholt hierauf mündlich und schriftlich auf das dringendste hinwies, und trotzdem er ein Zeugnis des Leiters der Universitätsklinik Prof. Dr. Lewandowski beibrachte, in dem dieser betonte, daß die Lantos'schen Untersuchungen nicht ohne Schaden für das Institut unterbrochen werden könnten und um Aufhebung des Ausweisungsbefehls bat, wurde weder der Ausweisungsbefehl zurückgenommen noch auch nur die Frist bis Ende des Semesters verlängert.

Selbstverständlich wurde der junge Mann in den letzten Tagen seines Berliner Aufenthalts wie ein schwerer Verbrecher behandelt. Während sein Rechtsanwalt auf dem Polizeipräsidium konferierte und dort die Verlängerung der Aufenthaltsfrist in sichere Aussicht gestellt erhielt, machte sich ein Kriminalbeamter an Lantos heran und zwang ihn durch die Drohung, daß er sonst abgeschoben würde, unter Zurücklassung des Gepäcks mit dem gegen 1 Uhr abgehenden Zug über Oberberg in seine Heimat abzureisen, trotzdem Lantos nach Dresden fahren wollte.

Eigentümlich ist es auch, daß einige Bestellgelder, auf denen Lantos einige Tage vor seiner Ausweisung Bücher, in denen die anarchistischen Theorien behandelt werden, bei der Königl. Bibliothek bestellte, dort spurlos verschwunden sein sollen. Es muß vorläufig als unglücklich bezeichnet werden, daß etwa, wie in Universitätskreisen befürchtet wird, diese Bestellgelder der Polizei als Ueberführungshilfe seitens der Bibliotheksverwaltung zur Verfügung gestellt wurden.

Als sicher darf hoffentlich angenommen werden, daß die der Universitätsdirektor Prof. Dr. Pland der Sache aufs energischste annehmen wird, da ja der betreffende Student nur seiner feierlichen Aufforderung gefolgt ist, auf dem Wege strengsten Wahr-

Heizungens zu eigener Heberzeugung zu gelangen. Empfehlungs-
markt dürfte es aber doch sein, wenn der Rektor in seinen künftigen
Ansprachen betonen würde, daß der Wahheitsdrang den Studenten
nur in den polizeilich erlaubten Grenzen anzurufen ist.

Dr. jur. von Jagomir neuerer „Akt der Staatshoheit“ wird
sicherlich in der ganzen Kulturwelt Freunde werden für die preußi-
sche Kultur.

Abstimmungen, allgemeine Fonds, Reichskommissariate.

Die Abstimmungen im Reichstage zu Beginn der Freitag-
sitzung liefen aus, wie es nach dem Verlauf der Aussprache an den
beiden Tagen vorher zu erwarten war.

Für die Verbesserungsvorschläge zum Vereinsgesetz stimmten
die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Polen,
die Elb-Lothringer und der Bode. Demgemäß wurden
die Anträge angenommen. Gegen die Anträge erhoben sich die
Konservativen und Nationalliberalen. — Ein klä-
gliches Bild bot die fortschrittliche Volkspartei. Abg.
Rüller-Meinungen legte besondere Abstimmung über jede
einzelne Forderung der Anträge durch.

Bei den Abstimmungen aber zeigte es sich, daß die Herren
meistens nicht wußten, wie sie zu stimmen haben: Die beantragten
Veränderungen sind für ein wirklich liberales Gesetz unbedingt not-
wendig — und doch sollten die angeblich Liberalen dagegen
stimmen aus Rücksicht auf die konservativen Mitglieder des Gesetzes;
das kloppt aber nicht. Schließlich stimmten die Herren doch für
die meisten Forderungen der Sozialdemokraten; nur das Verbot
der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und
Versammlungen wollten sie nicht aufheben aus Furcht darüber,
daß von ihnen immer weitere Kreise nichts wissen wollen und
sich nicht anschließen. In der Gesamtstimmung erhob sich
die fortschrittliche Volkspartei für unseren Antrag, obgleich
noch am Tage vorher Herr Dr. Müller sich so sehr be-
müht hatte, unsere Anträge als eine leere Demonstration hin-
zustellen. Die Auseinandersetzung hat also auch die fortschrittliche
Volkspartei von der politischen Notwendigkeit unseres Antrags überzeugt.

Für den Antrag des Grafen v. Westarp, der gar nicht früh
genug ein neues Zwangsrecht gegen die streikenden Arbeiter
und die Gewerkschaften bekommen kann, erklärten sich nur die Kon-
servativen; die Mehrheit gegen den Antrag ist daher noch größer
als die im vorigen Jahre gegen den damaligen Antrag des Grafen
v. Westarp. Der noch die Zustimmung einiger anderer bürgerlicher Abge-
ordneter gefunden hätte. Abgelehnt wurde ferner gegen die Stimmen
der Konservativen und Nationalliberalen der Antrag
der Nationalliberalen, der die von der Regierung vorbereitete
Denkschrift über den angeblichen Koalitionszwang der Arbeiter
„halbwegs“ haben will und für deren Inhalt gute Lehren gibt.

Angenommen wurden — gegen die Stimmen der Kon-
servativen — der Antrag des Abg. Boffermann, der eine
Denkschrift über das Arbeits- und Rechtsverhältnis der Arbeiter
in den Reichs- und Staatsbetrieben fordert, ferner der Antrag der
„Christlichen“, daß die Regierung denkschriftlich über den Koalitions-
zwang der Arbeiter ausgeht und über den Koalitionszwang der
Unternehmer, und schließlich der Antrag des Zentrums,
die Entschädigungen des Bundesrats, die nicht den Forderungen des
Reichstags gerecht werden, an die Budgetkommission zu verweisen.

Dann erledigte der Reichstag den Rest der allgemeinen Fonds.
Dabei wies Genosse Wollenbühr nach, daß das Reichsamt des
Inneren sich bei der Begründung der Reichsversicherungsordnung auf
falsche Zahlen gestützt, und dadurch die Hinterbliebenen der Ver-
storbene schwer geschädigt habe. Der arme Regierungsvertreter,
der unserem Genossen antworten mußte, kam über allgemeine
Redemondungen nicht hinaus. — Genosse Kaus trat für eine
höhere Unterstützung der Familien ein, deren Ernährer zu Friedens-
übungen einberufen sind. — Genosse Thöne forderte, daß in
zweimaliger Weise die Aufwandsentschädigungen an solche
Familien ausgesetzt werden, von denen Söhne durch Leistung ihrer
Pflicht eine Gesamtdienstzeit von wenigstens sechs Jahren
zurückgelegt haben. Genosse Wender schloß sich dem Wunsche
der Abgeordneten Dr. Daxler und Waffermann
an, daß endlich die Nacht- und Sonntagsschicht in der Binnen-
schiffahrt gestrichelt werde. Hierauf hatte Ministerdirektor Caspar
erklärt, daß die Erhebungen noch immer schweben. Daher ant-
wortete Gen. Wender dem Herrn, daß die Erhebungen bei gutem
Willen auf allen Seiten schon längst hätten abgeschlossen sein müssen.

Schließlich trat der Reichstag in die Beratung des Haushalts-
plans der Reichskommissariate ein. Bei der Reichs-
schulkommission entspann sich eine ausgedehnte Aussprache.
Dies ist, wie unser Redner, Gen. Schulz, mit Recht hervorhob, ein
großer Fortschritt gegen den Zustand vor 2 Jahren, als zuerst die Sozial-
demokraten die Aufmerksamkeit des Reichstags auf das Lenken, was
ein selbständiges Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen
leisten sollte. In diesem Jahr lag außer dem sozialdemokratischen
Antrag für die Umwandlung der Reichsschulkommission auch ein An-
trag der fortschrittlichen Volkspartei vor, der zwar auch ein Reichs-
schulamt fordert, ihm aber die wichtigsten Aufgaben verlagern will.
Genosse Schulz wies nach, daß dieser Antrag nur eine Halbheit
auf dem Wege zu unserer Forderung ist. Die Herren Siblovich
und Dr. Kerjensztein von der fortschrittlichen
Volkspartei und der Nationalliberalen Dr. Drimann ver-
teidigten den fortschrittlichen Antrag. Abg. Dr. Marg dagegen
bekämpfte beide Anträge, da das Zentrum keine schwarzen
Schulpläne aus seinen unter den jetzigen Verhältnissen fördern kann.
Der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen
der Sozialdemokraten abgelehnt, dann aber der fort-
schrittliche Antrag von den Sozialdemokraten, Fortschrittlichen
und Nationalliberalen angenommen. — Zum Bundesamt
für Heimatswesen hatten die Nationalliberalen den
Aufbau dieses Amtes zu einem Reichsamt für das Heimats-
und Finanzwesen gefordert, das als letzte Instanz die
Rechtsstreitigkeiten aus dem Wehrbeitragsgesetz und dem Ver-
sicherungsgesetz entscheiden soll. Von den Antragstellern legte Abg.
Schiffke vor, daß jene Rechtsstreitigkeiten häufig große Bedeutung
haben. Abg. Dobe bestätigte dies. Graf v. Westarp und Erz-
berger bekämpften den Antrag, weil sie, wie unser Redner,
Genosse Dr. Franz, feststellte, befürchteten, daß sich aus dem geforderten
Reichsamt schließlich ein Reichsverwaltungsgericht herausbilden könnte.
Demgegenüber betonte Genosse Dr. Franz, daß diese Entwid-
lung notwendig sei. Der Antrag wurde dann auch von den Sozial-
demokraten, Fortschrittlichen und Nationalliberalen angenommen.
Sonabend Fortsetzung.

Um das Koalitionsrecht.

In Fürstentum nahm eine von mehr als 2000
Personen besuchte, wegen Ueberfüllung abgesperrte Versamm-
lung zum Koalitionsrecht Stellung. Nach einem Referat des
Reichstagsabgeordneten Ewigel wurde einstimmig eine Reso-
lution angenommen, die die Fortentwicklung und Sicherung

des Koalitionsrechts der Arbeiter fordert. Es wurde be-
schlossen, die Resolution den gesetzgebenden Körperschaften zu
übermitteln.

Der Landarbeiterverband und das Koalitionsrecht.

Vor einiger Zeit konnten wir berichten, wie die Casseler Land-
wirtschaftskammer zum fruchtfröhlichen Krieg gegen den Land-
arbeiterverband mobil machte. Sie gab die Parole heraus, die
den Agrariern so verhasste Arbeiterorganisation stupplos mit
allen Mitteln zu bekämpfen. Ein Landrat und Kammerherr
in Dittfurth war mit der Hauptrolle im Streit. Jener Gesetzes-
verächter sprach auch davon, daß unterkocht werden müsse, so hier
ebentual eine gesetzwidrige Koalition vorliege. Heute können
wir mitteilen, daß dieses Vergehen der Agrarier, — die natürlich
mit den halbamtlichen Institutionen, den Landwirtschaftskammern
und den Landräten im Arm gehen —, auf eine Spitze des
Bundes der Landwirte zurückzuführen ist. Der Bund der Land-
wirte vertritt scheinbar mit allem Ernst den kühnen Standpunkt,
daß es auf dem Lande keine Klasseninteressen gibt. Unternehmes
und Arbeiter seien eine harmonische Familie. Nur die „Heger-
wölken“ den Frieden stören. Daher soll jede selbständige Arbeiter-
organisation unterdrückt werden. Auch von heiligen Gewerks-
chaften wollen die Agrarier nichts wissen.

Um die ländliche Arbeiterfrage zu untersuchen, hat vor einigen
Jahren der Bund der Landwirte seinen Syndikus
Dr. König mit dem Studium der Landarbeiter-
organisationen des In- und Auslands beauf-
tragt. Dieser Syndikus hat alles Mögliche und Unmögliche in
einem Gutachten von mehreren Hefen zusammengetragen und
diesen Bericht im Jahre 1911 dem sogenannten Direktorium des
Bundes der Landwirte vorgelegt. Nach einer oberflächlichen Schil-
derung der ausländischen Landarbeiterorganisationen wird ebenso
oberflächlich die Tätigkeit der deutschen sozialdemokratischen Partei
auf dem Lande geschildert. Dann kommt die Gründung des Land-
arbeiterverbandes an die Reihe. Dabei wird natürlich einfach be-
hauptet, daß der Verband eine Gründung der sozialdemokratischen
Partei ist. Gelegenliche Äußerungen sozialdemokratischer Führer
werden angeführt, um den politischen Charakter des Landarbeiter-
verbandes zu beweisen.

Den besten Beweis für die politische Tätigkeit des Land-
arbeiterverbandes versucht jedoch der Herr Syndikus durch die Ver-
öffentlichung „Der Landarbeiter“ zu erbringen. Diese veröffent-
lichte politische Zeitschrift. Alle Nummern der Zeitung muß der ge-
wissenshafte Gutachter durchgeschneifelt haben nach den schre-
cklichen Äußerungen, die den Geist der Unholzmäßigkeit und des
Aufreißens auf das Land tragen, um sie im Bericht wörtlich an-
zuführen. Sogar Gedichte, die veröffentlicht sind, mußten dem
Dr. König dazu dienen, einen langen Bericht zusammenzubringen.

Nachdem dies alles in behaglicher Breite ausgeführt ist, kommt
der Mann zu folgendem Schluß:
„Nach alledem steht fest, daß der Land-
arbeiterverband ein politischer Verein ist,
nämlich ein Verein, der eine Einwirkung auf politische An-
gelegenheiten bezweckt, wie der § 3 des Vereinsgesetzes
diesen Begriff bestimmt.“

Es muß also zunächst verlangt werden, daß die zustän-
dige Polizeibehörde dem Vorstand Einreichung der
Satzung und eines Verzeichnisses der Mitglie-
der des Vorstandes ausliefert (§ 3 des Vereinsgesetzes).

Ferner aber ist es ohne weiteres klar, daß die Versamm-
lung eines Vereins, dessen Organ in der geschützten Weise
abzweckt, auf die gleiche Weise gesamt sind und sich nicht
eins auf die Besprechung gewerkschaftlicher Fragen beschränken.
Die Versammlungen sind also zur Erörterung politischer An-
gelegenheiten benutzbar, es sind politische Ver-
sammlungen (§ 3 des Vereinsgesetzes), und sie unterliegen
der Anmeldepflicht und der polizeilichen Ueber-
wachung. Nur ganz vereinzelt weiß der „Landarbeiter“ da-
von zu berichten, daß Polizeibehörden, denen das Vereinsgesetz
unbekannt gewesen, sich arbeitslos hätten, die Anmeldung zu ver-
langen und die Versammlungen überzuwachen zu lassen.“

Dieses Gutachten wurde natürlich vom Bund der Landwirte
den Regierungen unterbreitet. Es ist bezeichnend,
daß fast zu gleicher Zeit schlesische Gerichte mit
genau derselben Begründung den Landarbeiter-
verband für eine politische Organisation erklärt
haben.

Anscheinend hat der obgenannte Landrat v. Dittfurth im
Regierungsbezirk Havel diesen Wind des Bundes der Landwirte
verstanden. Bei den engen familiären und sonstigen Beziehungen
der Landräte und Amtsvorsteher zu den führenden Landbühlern
in ihren Verwaltungsbezirken ist dies für Kenner der Verhältnisse
nicht mehr verwunderlich.

Im Verein mit den industriellen Schaffmachern, den Groß-
industriellen und den Mittelständlern arbeiten also auch die
Agrarier und Landräte auf die Untergrabung des Koalitionsrechtes
der Arbeiter hin. Die Arbeiter haben sich durch die fortgesetzten
lecken Frontangriffe dieser vereinigten feindlichen Macht beim
Kampf um das Koalitionsrecht viel zu sehr in die Defensive
drängen lassen. Die Offensive zu ergreifen, um für eine Ver-
besserung und Erweiterung des geschändeten Koalitionsrechtes ein-
zuschreiten, muß allgemeine Pflicht aller organisierten Arbeiter sein.

Politische Uebersicht.

Krupp-Verteidiger und Kulturkämpfer.

Im preussischen Abgeordnetenhaus fängt man
bereits wieder an, die kühne Kritik des Vorabstimmens gegen-
über der Sozialdemokratie zu praktizieren. In der General-
debatte über den Justizetat ließ man die Redner sämtlicher bürger-
licher Parteien, der Konservativen, Freikonservativen, des Zen-
trums, der Nationalliberalen und der Fortschrittler, in zwei Serien
zu Worte kommen. Dem zweiten sozialdemokratischen Redner hin-
gegen schenkte man das Wort ab, obgleich sich sämtliche Redner der
zweiten Garnitur in der Hauptsache gegen die Ausführungen un-
seres Genossen Liebknecht gewendet hatten. Um dem unsatzen
Kette ein Mäntelchen umzuhängen, hatte man noch einen dritten
freikonservativen und nationalliberalen Redner vor den zweiten
sozialdemokratischen Redner geschoben, denen das Fallbeil gleich-
falls das Wort abschnitt. Wenn man fortfahren sollte, die Rechte
der Sozialdemokratie heranzuholen, wird man sich auf den
energischen Widerstand und die rücksichtslose Brandmarkung
dieses Systems gefaßt machen müssen!

Wie wir bereits bemerkten, suchten sich sämtliche bürgerliche
Redner am Freitag mehr oder minder geschäftlich mit den schweren
Anlagen Liebknechts auseinanderzusetzen. Herr Weill vom Zen-
trum suchte die Zahlen über die konfessionelle Kriminalität anzu-
sprechen, um dann ein Langes und Breites über den reichlich breit-
getretenen Fall Kmitz zu behandeln und sich schließlich über die
prozessuale und publizistische Behandlung von Sensationsprozessen
à la Hedwig Müller zu verbreiten. Der konservative Deßbrück,
Oberlandesgerichtsrat und Bruder des Staatssekretärs Deßbrück,
bestritt natürlich hartnäckig die Existenz einer Massenjustiz. Wie
wenig aber dieser Herr selbst aus seiner Haut heraus kann, bewies
seine Erklärung, daß zwar im Prinzip der Eid der Konfession-

losen nicht geringer gewertet werden dürfe, als der positive Gläu-
biger, daß indes das Mißtrauen gegen solche Leute, die durch einen
Eid gegen die konfessionelle Eidesformel an Gerichtsbarkeit mit
ihren Ungläubigkeit förmlich renonzierten, keineswegs unbegründet
sei. Mit Knackbrud protezierte der Fortschrittler Cassel später
gegen diese unbegreifliche Auffassung. Herr Deßbrück meinte übri-
gens auch, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Kritik der Klassen-
justiz nur den Zweck verfolge, die Richter einzuschüchtern. Das
werde ihr aber nicht gelingen. Denn wenn die Sozialdemokratie
einmal das Heft der Rechtspflege in den Händen habe, wie werde
sie dann erst ihre politischen Gegner behandeln. Eine überaus
böse Entgegnung hatte damit Herr Deßbrück doch selbst befaßt,
daß auch er die Rechtsfragen letzten Endes als Rechtsfragen be-
trachtete. Er wird es der Sozialdemokratie nicht verübeln können,
wenn sie das Mißtrauen, das er selbst dem Proletariat entgegen-
bringt, den Repräsentanten der besitzenden Klasse mit Zinsen
zurückgibt.

Mit positiver Emphase legte sich der nationalliberale Natur-
bursch Haarmann, ein abgetaner Staatsanwalt, für die
Firma Krupp ins Zeug. Liebknecht habe von allen Prozeßteil-
nahmen bei den Krupp-Prozessen am schlechtesten abgeschnitten. Zum
Beweise dafür berief er sich auf einen Unparteiischen, nämlich —
seinen Praktikantenkollegen Schiffer-Nagelburg! Dafür ging er auch
nicht mit einem Worte auf die Krupp-Affäre und ihre prozessualen
Ergebnisse selbst ein. Der Redner schloß seine Ausführungen mit
der ebenso neuen wie geistvollen Pointe: „Ich komme nunmehr
zu den Fragen, die ich nicht behandeln will, und mache daher
Schluß.“ — Auch der Freikonservative Vredt konnte sich nicht
enthalten, wenigstens im Vorübergehen für den ehemaligen Krupp-
Direktor Landrat a. D. Röttger eine Lanze zu brechen. Er sei in
dem Krupp-Prozess vor der Roabiter Strafkammer wegen Ver-
dachts der Mitschuld nicht bereidigt worden. Das möge vom Stand-
punkt des Gerichts mit Recht geschehen sein. Jedoch habe in-
zwischen die Berufsungsverhandlung gegen die Zeugentantis vor
dem Oberkriegsgericht den Beweis der Unschuld des Ange-
klagten Lillan ergeben, für dessen Tätigkeit Herr Röttger allein
als Mitschuldiger in Frage kommen könne. Diese Behauptung ist
total falsch! Eriens wurde Lillan nicht freigesprochen, weil
er unschuldig sei, sondern weil man seine Verfehlungen als ver-
jährig betrachtete, und zweitens nahm die Strafkammer in
Roabit hauptsächlich deshal von der Vereidigung des Herrn Röt-
tger Abstand, weil die Anstellung des Brandt hauptsächlich mit ihm
durchgesprochen worden war und in dem an Landrat Röttger ge-
richteten Briefe unter anderem die Stelle vorkam, direkte Ge-
schäfte mache Brandt nicht“. Durch den Schlussantrag sorgte das
Haus dafür, daß auch diese völlig schief Darstellung gleich allen
anderen Schiefheiten nicht sofort richtiggestellt werden konnte.

Den Schluß der Debatte bildete eine Kulturkämpferlei, die
in der mutwilligsten Weise von den Herren Weill und Gro-
nowski herausbeschoren wurde. Genosse Gaenisch hatte —
ganz mit Recht — der Schnellfeuerjustiz im Kulturkriege die Zander-
tastik gegenübergestellt, die die Staatsanwaltschaft in einem Falle
bekundete, wo nach den Behauptungen eines evangelischen Pfarrers
und eines Rektors ein Kaplan ein sechzehnjähriges, geistig defektes
Mädchen protestantischer Eltern unter allerhand erschwerenden
Umständen, wie der Entführung, der katholischen Kirche zuführen
versucht habe. Statt die Richtigkeit dieser Darlegung anzufechten
oder von dem Kaplan abzurufen, inszenierten die genannten
Zentrumslopflechter eine Kulturkämpferlei, mit der sie aller-
dings gründlich abbüßten, da die Genossen Liebknecht und
Adolf Hoffmann die kühne Demagogie der Herren dem
Gelächter preisgaben.

Am Sonnabend: Fortsetzung der zweiten Beratung des Justiz-
etat.

Sie erinnern noch daran!

Bekanntlich ist im vorigen Jahre unser verantwortlicher
Redakteur, Genosse Wachs, zu sechs Wochen Gefäng-
nis verurteilt worden, weil er durch den Artikel: „Eine
reaktionäre Affenskomödie“ das preussische Ab-
geordnetenhaus beleidigt haben sollte. Im Urteil
war dem Abgeordnetenhaus auch die Publikationsbefugnis
zugelassen worden. Die Geschäftsordnungskommission be-
schäftigte sich am Freitag mit der Frage, ob das neugewählte
Abgeordnetenhaus auf der Veröffentlichung des Urteils be-
stehen soll, da es sich auf die Beleidigung des verflorenen
Abgeordnetenhauses bezieht. Natürlich beschloß die Kom-
mission, daß die Veröffentlichung des Urteils im „Vorwärts“
zu erfolgen habe. Nur die Vertreter der Polen und der Fort-
schrittler stimmten dagegen. Der Fortschrittler erklärte, schon
deswegen dagegen zu stimmen, weil seine Partei feinerzeit
gegen die Einleitung des Strafverfahrens war.

Wir hätten einen anderen Beschluß bedauert und er-
warten vom Plenum, daß es dem Beschluß seiner Kommission
beizutreten wird. Wir werden mit Vergnügen jenes Urteil ab-
drucken, das die Erinnerung daran weckt, wie die Erfahrenen
der Dreiklassenjustiz gegen die politische Kritik ihre Staats-
anwälte und Gerichte in Bewegung setzen. Die Erinnerung
kommt besonders gelegen zu einer Zeit, wo die Preußen-
händler sich nicht genug tun konnten in Beschimpfungen
des Reichstags. Trotzdem hat man nichts davon gehört,
daß ein Staatsanwalt etwa gegen den General v. Wrochem
ein solches angeregt hätte. Vielmehr ist es sicher, daß der
Reichstag einem Strafantrag seine Zustimmung nicht
erteilen würde. Aber ein Privilegion parlament braucht
freilich den Schutz des Strafgesetzes. Denn nur so kann es
sich vor wahrheitsgemäßer Charakteristik einigermaßen
wahren. Daß es aber immer wieder darauf besteht, diese
Tatsache aller Welt zu verkünden, zeigt allerdings, daß es
weiß, daß es im Volke nichts mehr zu verlieren hat.

Drückerberger.

Der Generalpardon bei Abgabe der Vermögenserklärungen zur
Behrsteuer verlangt einen Teil der steuerlichen Drückerberger zu
wahrheitsgemäheren Angaben. Abenthoben ergeben sich daher für
die Kommunen recht erhebliche Mehrerträge an Steuern, die man
bisher hintergangen hatte. So erfährt unser Parteiblatt in
Hannover zuverlässig, daß in dieser Stadt bisher bereits
300 Millionen Mark mehr Vermögen eingeschätzt worden sind. Die
abzulebende Feststellung wird vermutlich noch mehr ergeben. Eine
Herabsetzung der kommunalen Steuerlasten soll daher ins Auge ge-
faßt werden. Auch in der Provinz Hannover hat die Behrsteuer-
erklärung nach Meldung des „Couriers“ überraschende Ergebnisse
gebracht.

Für den Gemüsezoll.

Das Königl. Landesökonomie-Kollegium beschloß gestern
mit dem Gemüsezoll und setzte nach längerer Erörte-
rung einen Beschluß, in dem der Landwirtschaftsminister in
grundsätzlicher Uebereinstimmung mit den gärtnerischen Fach-
verbänden aufgefordert wird, für einen „ausgleichenden“ Zoll-
schutz der gärtnerischen Produkte Sorge zu tragen.

Der Kölner Gewerkschaftsprozess.

Köln, 6. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Am Schluß seines Briefes an den Bischof Schulte hatte Kardinal Kopp gesagt, daß er den Bischof in keinerlei Angelegenheiten habe bringen wollen. Dieses Wort ist, so schreibt unser Kölner Parteiorgan, zweifellos eine Bezeichnung der eiblichen Aussagen des Baderborner Bischofs im Kölner Gewerkschaftsprozess. Es lasse sich denken, daß der Breslauer Kardinal eine peinliche Bloßstellung seines Amisbruders bestrafen möchte, und die Annahme ist wohl berechtigt, daß vor allem diese für den gesamten Episkopat sehr unerfreuliche Äußerung dem Kardinal die Feder zu dem „Versöhnungsbrief“ in die Hand gedrückt habe. Für die Beteiligten des Kölner Gewerkschaftsprozesses ist die Angelegenheit damit aber nicht aus der Welt geschafft.

Zu der Vermutung der „Kölner Korrespondenz“, daß die Verhandlungen vor dem Kölner Schöffengericht ein anderes Aussehen erhalten hätten, wenn bekannt geworden wäre, daß die Baderborner Interpretation weder durch Kopp noch durch andere kirchliche Stellen gebilligt wurden, schreibt die „Rheinische Zeitung“ ferner, daß dies auch andere vermuten; darum muß jetzt das Kölner Urteil an der Hand der Kopp'schen Ausplauderungen ernsthaft nachgeprüft werden.

Eine Rundgebung der Gewerkschaftsdriften.

Wie ein Privattelegramm aus Köln meldet, wird für den kommenden Sonntag nach Bochum eine große Arbeitertagung sozialistischer Arbeitervereine und katholischer Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands einberufen, um zu den fortgesetzten Meinungsäußerungen Stellung zu nehmen, denen die christliche Arbeiterbewegung ausgesetzt ist. Den „Quertreibern“ wie Lippendorf soll ungeschminkt die Wahrheit gesagt werden. Dergleichen sollen später an anderen Orten ähnliche Rundgebungen stattfinden.

Nächsten Sonntag soll auch der Reichsausschuß der Zentrumspartei zusammentreten, um zu dem Streit zwischen Kardinal Kopp und dem Bischof Schulte Stellung zu nehmen. Der Kampf im katholischen Lager dauert also fort.

Strafverfahren gegen die Kölner Polizei.

Sämtliche im Kölner Polizeiprozess vernommenen Kriminalbeamten haben Vorladungen vor die Staatsanwaltschaft erhalten, um dort verantwortlich vernommen zu werden. Sie sind angeklagt, sich der passiven Vesteckung dadurch schuldig gemacht zu haben, daß sie Geldgeschenke angenommen haben.

Herr Major Morohit vor die Front!

Man schreibt uns: Die aus Nr. 33 des „Vorwärts“ ersichtlich, hat der Major Morohit vom „Berliner Tageblatt“ die Verlegung des Obersten v. Reuter nach Frankfurt a. O. als eine Art Mißtrauensvotum hingestellt, weil der Oberst dabei direkt den Auftrag des Brigadeführers und des Divisionskommandeurs gestellt und aufhört, Garnisonsältester zu sein. Was sagt nun der Herr Major Morohit zur Beförderung des Gerichtspräsidenten im Reuter-Prozess, des Generalmajors v. Velst-Karbone, zum Führer der Gardebataillondivision? Ist er vielleicht der Ansicht, der General sei nur deswegen nach Berlin und an die Spitze der Gardebataillon gekommen, damit ihn der oberste Kriegsherr immer im Auge habe? Man könnte sich einen Kropf locken, wenn man sieht, wie die Beschwichtigungsparole gerade von jenen blantiert werden, zu deren Gunsten sie beschwichtigen wollen. Der Sozialdemokratie kann das alles nur angenehm sein, denn jetzt wird wieder einmal drastisch der Beweis erbracht, daß sie die einzige Metierin des deutschen Volkes ist.

Antirichter Knittel nach Strehlen verlegt.

Der durch seinen Prozeß bekannte Antirichter Knittel wurde, dem „Oberchl. Anzeiger“ zufolge, von Rhönd nach Strehlen verlegt.

Das Zaberner Ehrenbürgerrecht.

Soll dem Kreisdirektor Wahl verliehen werden. Dem Zaberner Gemeinderat liegt ein darauf hinzielender Antrag bereits vor. Wahl, der ein Opfer der Militärdiktatur insofern wurde, als er infolge der Zaberner Vorgänge und seiner Haltung im Straßburger Militärgerichtsprozess verlegt wird, soll durch das Ehrenbürgerrecht eine Anerkennung für die Wahrung der Interessen des Bürgertums gegenüber der Militärdiktatur erhalten.

Noch ein Opfer der Zabernaffäre.

Straßburg i. Elz, 6. Februar. (W. T. V.) Ministerialdirektor v. Traut, der stellvertretende Leiter des Landwirtschaftsministeriums unter dem Staatssekretär Freiherrn Jörn v. Sulach, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht.

Prinzen als Offiziere.

Der jüngste Sohn des Kaisers, Prinz Joachim von Preußen, ist vor einigen Tagen als Leutnant bei einem Husarenregiment in Kassel eingetreten und hat gleich darauf einen Urlaub von sechs Wochen zum Zwecke der Erholung angetreten. Zwei Söhne des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen „dienen“ bei den Husaren in Langfuhr, wo sie sich gelegentlich einmal einige Tage aufhalten. Als der Kronprinz Regimentskommandeur in Langfuhr wurde, erhielt das Regiment sofort einen überzähligen Stabsoffizier, der den Kronprinzen bei dessen häufiger Abwesenheit zu vertreten hatte. Für den Dienstbetrieb eines Regiments sind diese prinzipialen Offiziere kein Vorteil und es wäre besser, die Prinzen a la suite bei den verschiedensten Truppenteilen zu führen. Sie könnten auch auf diese Weise allmählich zu Generalen befördert werden. Herr von Weismann sollweg ist ja auch General geworden. Im Ernstfall wird natürlich kein Mensch daran denken, ihm auch nur eine Kompanie anzubringen.

Der Wehrbeitrag der Rüstungslieferanten.

Kürzlich wurde berichtet, daß Krupp etwa 5 Millionen zum Wehrbeitrag beisteuere. Nämlich unwirksam wurde diese Nachricht von den Offiziösen demontiert. Eine Berliner Korrespondenz aber versichert, daß Krupps Wehrbeitrag sich sogar auf 6 Millionen Mark belaufe, aber — diese Summe entspräche nur etwa dem Reinertrag, den die Firma aus Geschäftsbeteiligungen beziehe, die ihr aus Anlaß der Durchführung der neuen Militärverträge erwachsen. Diese Feststellung ist der „Germania“ höchst unangenehm. Sie bezweckt — mit einigen, beim Zentrum nun einmal nicht zu vermeidenden Verdrehungen — darauf, daß die Sozialdemokraten immer auf das große Interesse der Rüstungslieferanten an der Wehrvorlage hingewiesen haben und fährt dann fort:

... die hier erwähnten Angaben scheinen uns keineswegs geeignet, das rote Geschrei dertunnen zu lassen. Wenn die Geschäftsbeteiligungen nicht „bedeutlichen Umfangs“ sind (wie die Korrespondenz behauptet), dann ist dafür der Gewinn Krupps, wenn er sich wirklich auf 6 Millionen beläuft, leider verhältnismäßig um so beträchtlicher. Und dem Ausgleich zwischen Wehrbeitrag und Verdienst an der Wehrvorlage werden die Sozialdemokraten entgegenhalten, daß also dann Krupps Riesen-

vermögen in Wirklichkeit gar nicht vom Wehrbeitrag erzielt werde, wenigstens nicht in dem Sinne, in dem der gewöhnliche Bürger auf dem Altar des Vaterlandes opfern muß. Denn der zahlt, ohne etwas wiedergubekommen. Natürlich ist nicht Krupp allein in einer so glücklichen Lage, vielmehr werden mehr oder weniger alle, die an Lieferungen, an Kasernenbauten usw. beteiligt sind, ihren Beitrag für die Wehrvorlage aus der Wehrvorlage zurück erhalten. Das läßt sich selbstredend auch nicht vermeiden, solange man nicht Ausnahmegeetze in der Besteuerung machen will, und Ausnahmegeetze lehnt ja im allgemeinen auch die Sozialdemokratie ab. Immerhin könnte man es versuchen, wenn jemand es besonders bedauerlich fände, daß gerade Krupp seinen Wehrbeitrag gleichsam zurückhält, weil sein Riesenvermögen zum guten Teil aus Deutschlands Rüstungsbedürfnissen mit erwuchs.

Die Arbeitslosenversicherung im württembergischen Landtag.

In württembergischen Landtag kam am Freitag endlich die sozialdemokratische Interpellation zur Verhandlung: „welche Maßnahmen die Regierung zur Milderung der Not der Arbeitslosen und Kleinen Gewerbetreibenden zu ergreifen gedenkt?“ Das Zentrum interpelliert in demselben Sinne. — Genosse Dr. Lindemann entwarf auf Grund sorgfältiger Erhebungen ein Bild von dem Tiefstand der wirtschaftlichen Konjunktur, der mit voller Macht auf die Arbeiterklasse im allgemeinen, besonders aber auf den Arbeitslosen lastet. Allein in der Metallindustrie Stuttgart ist nachschätzlich ein Ausfall von 82000 M. an Arbeitslohn zu verzeichnen. Sehr wirksam kritisierte unser Redner die Regierung, weil sie dem bereits zweimal gefassten Kommerzialbeschluss nicht nachgekommen ist, der sich für die Gewährung von Staatsbeiträgen zu kommunalen Arbeitslosenversicherungen ausspricht. An der Tatsache, daß Reich, Staat und Gemeinden seit Jahren untätig sind und jeder dieser Faktoren die Zuständigkeit dem anderen zuschieben sucht, empfinden die Arbeiter kein ästhetisches Vergnügen, sondern sie erkliden darin nur den bitteren Hohn und den schlechten Willen der verantwortlichen Instanzen. Zum mindesten solle die württembergische Regierung das bayerische Beispiel nachahmen.

Der Zentrumabgeordnete Andre schlug gleichfalls einen energischen Ton an und gab der Regierung das Sprichwort zu bedenken: Wenn der Regen kuzzt, ist nicht gut beten. — Die Antwort des Ministers des Innern v. Reichshauer lief auf die vollständige Negation hinaus. Der Minister rebete ein langes und breites über den Stand des Wirtschaftslebens, um unter Berufung auf Entwürfe aller nur denkbaren Unternehmervertretungen zu beweisen, daß die Arbeitslosigkeit keinen ungewöhnlichen Umfang aufweise. Und doch mußte er zugeben, daß die Zahl der Fälle der Wanderarbeitstätten sich enorm vermehrt hat; aber er hat 99 Gründe an der Hand, um ein Eingreifen der Regierung abzuweisen. In den Gemeinden mit kommunaler Arbeitslosenversicherung habe man erst noch Erfahrungen zu sammeln; das Zentrum habe diese Mängel; der Staat dürfe nicht Kampforganisationen, wie die freien Gewerkschaften, stützen; von einer staatlichen Unterstützung würden die freien Gewerkschaften den Löwenanteil bekommen. Eine Zwangsversicherung sei nur auf reichsgegendlichem Wege möglich. Der württembergischen Industrie dürfe man nicht einseitig weitere Lasten aufbürden. Alle Unternehmerorganisationen seien gegen ein Eingreifen des Staates auf diesem Gebiet. Württemberg sei mit den Wanderarbeitstätten behaftet; vorangegangen; jetzt möge Bayern eine Probe mit der Arbeitslosenversicherung machen. Der Minister beschwor schließlich den Landtag, die Regierung nicht zu drängen, daß sie jetzt schon etwas tun solle, denn sie könne zurzeit noch keine praktischen Vorschläge machen. — Mit der Besprechung der Interpellation, die am Sonntabend vorgenommen wird, wird verbunden der Antrag der Sozialdemokraten, die Regierung zur Einbringung einer Vorlage aufzufordern, die Mittel vorzieht zu Staatsbeiträgen an Gemeinden, die Arbeitslosenunterstützung einrichten. Derselbe Forderung enthält ein vom Zentrum gestellter Antrag.

Untergebene und Vorgesetzte.

Selten waren wohl Urteile eines Kriegsgerichts mehr geeignet, den Unterschied zwischen Bestrafungen von Vorgesetzten und Untergebenen so deutlich zu kennzeichnen, als zwei Urteile, die das Breslauer Kriegsgericht jüngst innerhalb weniger Tage fällt.

Der Dragoner Schönkalla vom 8. Dragonerregiment aus Kamslau erhielt unter Annahme eines „unerschweren“ Falles 2 Jahre und 4 Monate Gefängnis, weil er einem Vorgesetzten (einem Schriftsetzer), dem er sich zu Unrecht schickte, zwei Ohrfeigen versetzte. Der Gefasste war zudem noch mit dem Verurteilten näher bekannt und beide verkehrten außer Dienst kameradschaftlich miteinander. Das Oberkriegsgericht als Revisionsinstanz bestätigte das barbarische Urteil, wie es der Verteidiger, ein königstreuer Rechtsanwalt, begehrte, in vollem Umfang.

Ebenfalls vor dem Kriegsgericht Breslau stand der Unteroffizier Karl Sauer vom 6. Landbataillon aus Breslau, der dem ihm untergebenen Gemeinen Lebede deshalb einen kräftigen Stoß in das Genick gegeben hat, weil er der Meinung war, daß v. seinem Pferde zu viel Heu gebe. Als Lebed nach dem Schlage nicht sofort auf eine Anfrage des Unteroffiziers Antwort gab, erhielt er einen so wichtigen Schlag auf die Nase, daß diese zehn Minuten lang ununterbrochen blutete. Das Kriegsgericht nahm nur passivstillschweigende Behandlung an und erkannte auf ganze neun Tage Mittelarrest, also der geringsten zulässigen Strafe.

Beide Urteile wirken von selbst und zeigen die Militärjustiz und die Militärstrafprozedur in schönster Beleuchtung.

Die Lügen über die Deportierten.

London, 6. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nach den hier eingelaufenen Berichten über die Verhandlungen im südafrikanischen Unionsparlament befahte sich Minister Smuts in seiner langatmigen Rede zur Inhumanität hauptsächlich mit der Anschuldigung der ausgewiesenen Arbeiterführer, die sich dagegen nicht verteidigen können. In schwindelhaften Auseinandersetzungen suchte er dem Parlament die angelich von den Streikenden geplante revolutionäre Verschwörung auseinanderzulegen. Wie weit sich die Ausführungen Smuts von der Wahrheit entfernen, zeigt ein Brief, den der südafrikanische Arbeitervertreter Creswell am 15. Januar an den Senats-Radonald schrieb. Es heißt darin: „Der Eisenbahnerstreik verlief in vollkommener Ordnung. Der Führer Boutsma und andere rieten zur Ordnung. Sie warnten in jeder Rede, die sie hielten, vor Gewalttätigkeiten und ihre Ratsschläge wurden treu befolgt. ... Es steht so, daß Smuts und Booysa, besonders Smuts, beschlossen haben, die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterbewegung zu zermalmern. Unsere einzige Chance gegen die erdrückende Uebermacht ist, die Taktik der passiven Resistenz anzunehmen und stille zu sitzen. Wird hier Blut vergossen, so können Sie trotz allem, was die kapitalistische Presse und Kabeltelegramme melden, glauben, daß es von anderen Parteien provoziert worden ist.“ Der Brief schließt mit dem Satz: „Ich erwarte, die Nacht im Gefängnis zuzubringen, und zwar wegen meiner Vertuegenheit, ein Flugblatt herauszugeben, in dem ich den Leuten rate, sich der Gewalttätigkeiten zu enthalten.“ Daß die ganze Streikbewegung einen durchaus friedfertigen Charakter trug, wird auch durch die südafrikanischen Blätter, die mit der letzten Post eingingen, bestätigt.

Dänemark.

Die Verfassungsrevision.

Kopenhagen, 8. Februar. (Fig. Ber.) Die Verhandlungen über die Verfassungsrevision sind in der gemeinsamen Kommission der beiden Kammern nunmehr so weit gediehen, daß die Unmöglichkeit besteht, mit den Konserativen zu einer Einigung zu gelangen. Die Abänderungsanträge, die von dieser Parteigruppe eingebracht wurden, sind vom Ministerpräsidenten Jørgen am Dienstag als unannehmbar zurückgewiesen worden. Diese Abänderungsanträge wollten das Wahlrecht zur Ersten Kammer an eine hohe Altersgrenze, etwa 40 Jahre, und an geleistete Steuerzahlung binden. Von einem allgemeinen Wahlrecht war aber keine Rede mehr, sondern ein Privilegierstimmrecht, das zu den schwierigsten politischen Fragen hätte führen müssen, weil die eigentliche Volksherrschaft aus einem demokratischen Wahlrecht herborgehen soll. Auf dieser Grundfrage Verhandlungen zu beginnen, hat der Ministerpräsident abgelehnt.

Gleichzeitig hat Herr Jørgen dem Vorsitzenden der alten liberalen Partei, Herrn Christensen, ein Schreiben mit dem Ersuchen übermittelt, festzustellen, auf welcher Grundlage die Reform des Wahlrechts zur Ersten Kammer, die größte Aussicht hat, alle Reformirunde zu sammeln. Der von der Zweiten Kammer angenommene Entwurf sieht die Wahl der Ersten Kammer durch die Gemeindeparlamente bezw. -Verwaltungen vor. In der liberalen Partei soll aber eine Strömung vorhanden sein, an Stelle der Gemeindeverwaltungen die direkte Wahl zu setzen mit einer niedrigeren Altersgrenze, etwa 30 Jahre. Das Wahlrecht soll auf alle Fälle allgemein bleiben. Herr Christensen hat nun Verhandlungen mit seiner Partei eingeleitet und das Ergebnis kann schnellst erwartet werden.

Schweden.

Für und gegen die Rüstungshege.

Stockholm, 6. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Rüstungsagitation hat ihren Höhepunkt mit dem heutigen „Bauernzug“ vor dem königlichen Schloß erreicht, über dessen Vorbereitung wir bereits berichtet haben. Die sozialdemokratische Arbeitererschaft hat nun eine Gegendemonstration der Stockholmer Arbeiter veranstaltet, die kommenden Sonntag stattfinden soll. Während also die konserativen Rüstungsheger einen Bauernaufzug mit mehr oder weniger Hofnachtscharakter veranstalteten, zu welchem Zweck ihnen die Eisenbahnen bereitwillig zur Verfügung gestellt wurden, um die rund 30000 Teilnehmer nach Stockholm zu schaffen, werden die Stockholmer Arbeiter ihre Auffassung in einer ruhigen Demonstration bekunden.

Dieser Entschluß der Arbeiter hat jedoch die Surropatrioten mächtig aufgeregt. Der „Bauernzug“ durfte sich ungeniert durch die zentralen Stadtteile bis zum Schloß bewegen, woselbst der König die „patriotischen“ Ansprachen anhörte und eine lange Rede hielt, worin er sich mit den Absichten der Demonstranten einverstanden erklärte. Den Arbeitern aber, die die gleichen Straßenzüge benutzen wollen wie die Bauern, erklärte der Polizeipräsident, darin keinen „berühmten Zweck“ erblicken zu können. Dieser kleine Jagow wurde aber bald eines besseren belehrt; der Premierminister, Herr Staaff, erklärte jetzt, den Zug am Regierungsgebäude (in unmittelbarer Nähe des Schloßes) selbst empfangen zu wollen, um die Wünsche der Arbeiter entgegenzunehmen. Nun mußte allerdings der Polizeigewaltige sein Verbot des Zuges rückgängig machen und die gleichen Straßenzüge freigeben, die dem „Bauernzug“ offenstanden. Jagow spielen kann man eben nur in Preußen, und mit Behmut und Reib blüht der Stockholmer „Polizeimeister“ auf seinen glücklichen Kollegen an der Spree.

Rußland.

Ein Mißtrauensvotum für die Regierung.

Petersburg, 6. Februar. Nach beendeter Beratung der Interpellation über geschwundene Maßnahmen der Regierung während der Wahlen zur Reichsduma hat die Duma mit 160 Stimmen der Opposition und der Oktoberisten gegen 125 Stimmen des rechten Flügels der Oktoberisten, der Konserativen und der Rechten folgende von den Progressisten beantragte Uebergangsformel angenommen: „Indem die Reichsduma in der Verfassung offenbar geschwundener Maßnahmen durch die Regierung eine Bestätigung dafür sieht, daß die Regierung selbst ein System geschwundener Maßnahmen organisiert hatte, erachtet die Reichsduma die von dem Minister des Innern und dem Justizminister in dieser Beziehung abgegebenen Erklärungen für ungenügend.“

Letzte Nachrichten.

Volkstrüftung gegen kapitalistische Korruption.

Tokio, 6. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In Verbindung mit der Votungsaßäre, in welche Marinoffiziere verwickelt sein sollen, wurde heute eine große Volksversammlung abgehalten, an der 15000 Personen teilnahmen. Der Führer der Opposition und der Deputierte, der in der letzten Woche die Angelegenheit in der Kammer vorbrachte, waren anwesend und wurden als Volkshelden gefeiert. Es wurde laut der Rücktritt der Regierung gefordert und es wurden auf rotem Papier gedruckte gegen die Sozialpartei gerichtete Nieder verteilt. Die Redner wiederholten die im Parlament vorgebrachten Anklagen der Erpressung und Bestechung gegen hohe Offiziere und den sogenannten Armour-Arzt.

Ein österreichischer Journalist in Konstantinopel verhaftet.

Konstantinopel, 6. Februar. (W. T. V.) Der Korrespondent der „Wiener Neuen Freien Presse“, Sienast, wurde gestern auf der Straße verhaftet und auf einem französischen Passboot eingeschifft, welches am Nachmittag nach Smyrna, Piräus und Marseille abfuhr. Infolge der Schritte des österreichisch-ungarischen Botschafters versprach der Großvezir, daß der Korrespondent im ersten Hafen aussteigen und nach Konstantinopel zurückkehren dürfe.

Garai stellt einen neuen Flugrekord auf.

Paris, 6. Februar. (W. T. V.) Der Flieger Garai stellte heute nachmittag eine neue Höchstleistung auf, indem er auf dem Flugfeld von Chartres mit vier Fluggästen an Bord seines Zweideckers eine Höhe von 2750 Metern erreichte. Garai hat damit den von dem deutschen Flieger Eckstein aufgestellten Rekord von 2080 Meter geschlagen.

Die Genidstare in Frankreich.

Paris, 6. Februar. Der Genidstare, die bereits in den französischen Garnisonen schon verschiedene Opfer gefordert hat, ist nunmehr ein Schützling des Samartine-Lyzeums erlegen. Vorsichtshalber ist das Dyzuum heute morgen geschlossen worden.

Weisse Woche

Weisse Waren in guten, bewährten Qualitäten aussergewöhnlich billig.

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat, Verkauf nicht an Wiederverkäufer. (Nicht am Spittelmarkt) Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen.

Kolonialwaren

Victoria-Erbisen	Pfund	18	Pf.
Erbisen glasirt	Pfund	24	Pf.
Bohnen	Pfund	16, 23	Pf.
Linzen	Pfund	16, 20, 23	Pf.
Reis	Pfund	16, 20, 23	Pf.
Hartgries	Pfund	22	Pf.
Makaroni lose gefärbt	Pfund	32	Pf.
Pflaumenmus	Pfund	25	Pf.
Pflaumen getrocknet	Pfund	28	Pf.

Cervelat- oder Salamiwurst
Pfund
1.20

Wurstwaren

Echte Braunschweiger Mettwurst	Pfund	1.30
Echte Hallesche Leberwurst	Pfund	1.30
Teewurst	Pfund	1.10
f. Leberwurst	Pfund	1.10
Landleberwurst	Pfund	95 Pf.
Sülzwurst	Pfund	65 Pf.
Rot- od. Zwiebelwurst	Pfund	55 Pf.
Nusschinken	Pfund	1.35
Schinkenspeck	Pfund	1.10

Speck
fett **78** Pf.
mager **90** Pf.

Konserven

Brech- od. Schnittbohnen	1/2 Dose	33 Pf.
Gemüse-Melange	1/2 Dose	43, 48 Pf.
Spinat	1/2 Dose	40 Pf.
Kohlrabi in Scheiben mit Grün	1/2 Dose	28 Pf.
Suppenschofen	1/2 Dose	38 Pf.
Bruchspargel ohne Kopf	1/2 Dose	78 Pf.
Pflaumen	1/2 Dose	45 Pf.
Kirschen mit Stein	1/2 Dose	70 Pf.
Erdbeeren	1/2 Dose	95 Pf.

Kaninchen gestreift	85, 1.00
Hirschblatt	€5 Pf.

Kassler **78,88** Pf.

Stangenspargel	1/2 Dose	1.10, 1.20
Bruchspargel mit Kopf	1/2 Dose	1.00

* Frisches Fleisch

Schmorfleisch m. Knochen	Pfund	90 Pf.
Roastbeef ohne Knochen	Pfund	1.35
Suppenfleisch	Pfund	70 Pf.
Schweinebauch	Pfund	70 Pf.
Schweinekoteletts	Pfund	95 Pf.
Rückenfett	Pfund	60 Pf.
Pökelkamm	Pfund	85 Pf.
Kalbsvorderfleisch	Pfund	85 Pf.
Hamme/keule im Ganzen	Pfund	95 Pf.
Hammel-Dicke-Rippe	Pfd.	85 Pf.
Hammeldünnung	Pfund	75 Pf.
Liesen	Pfund	70 Pf.

Suppenhühner	1.65, 2.25
Brathühner	1.65, 2.25

Kakao garantiert rein... Pfund **68** Pf.

* Ananas	Pfund	58, 68 Pf.
Gemischte Marmelade	Pfund	25 Pf.

Käse

Schweizer Käse	Pfund	85, 95 Pf.
Tilsiter Käse	Pfund	78 Pf.
Limburger Käse	Pfund	39 Pf.
Spitz- od. Fauskäse	3 Stück	20 Pf.
Harzer Käse	5 Stück	10 Pf.

Kaffee
frisch gebrannt
1/2-Pfund-Paket
60, 65, 70 Pf.

* Obst und Gemüse

Blut-Apfelsinen	Dutzend	28 Pf.
Tiroler Essäpfel	Pfund	18 Pf.
Zitronen	Dutzend	25, 35 Pf.
Blumenkohl	Kopf	15, 20 Pf.
Weisskohl	Pfund	4 Pf.

Mandarinen
Pfund
20, 28 Pf.

Räucherwaren

Bücklinge	Kiste	39 Pf.
Flundern	Pfund	38 Pf.
Makrelen - Bücklinge	Stück	10 Pf.
Spottbücklinge	Pfund	38 Pf.
Sardellen	Pfund	58 Pf.

Photographin
F. Süß
G. m. b. H.

Vorpost

geben wir jedem

bis Sonntag, den 1. März inkl.

Bromsilber-Vergrößerung

Schwarzmalerei

der sich in dieser Zeit eine Aufnahme bestellt.

12 Visits	in glänzender Ausführung	1.80 an
12 Kabinetts	in glänzender Ausführung v.	4.80 an
12 Visits für Kinder	v.	2.50 an

Man achte genau auf die Grösse und Ausführung unserer Gratis-Bilder

Geöffnet von 9-7 Uhr



PEEK & CLOPPENBURG

Für die Alpenfeste

Trachten-Ausstellung

im II. Stock.

Große Auswahl in allen Teilen.

Verkauf zu niedrigen Preisen.

67 Lothringer Straße 67

Möbel-Beiser

67 Lothringer Straße 67

Stube und Küche bestehend aus:

2 Bettstellen	1 Tisch
2 Matratzen mit 2 Kissen	2 Stühlen
1 Kleiderschrank	1 Küchenschrank
1 Spiegel	1 Küchentisch
1 Spiegelbild	1 Küchenstuhl
	1 Küchenschrank
	1 Küchenschrank

Wochenrate 1,50 Mark **15** Mark

2 Stuben und Küche bestehend aus:

1 Kleiderschrank	1 Trumeau
1 Waschebende	1 Sofa
1 Waschtisch	1 Tisch
2 Bettstellen	4 Stühlen und 1 farbiges komplettes Küchensystem
2 Matratzen mit 2 Kissen	

Wochenrate 2,50 Mark **25** Mark

2 Stuben und Küche in Nußbaum u. moderner Ausführung:

1 mod. Kleiderschrank	1 Plüschsofa
1 modernes Vertiko	1 mod. Umbau
2 engl. Bettstellen	1 Tisch
2 Matratzen	4 Stühle und 1 mod. kompl. farb. Küche
1 Waschtisch	
2 Nachtschränke	

Wochenrate 3 Mark **45** Mark

1 modernes Herrenzimmer
1 modernes Schlafzimmer
1 modernes Speisezimmer
1 modernes Wohnzimmer in allen Holz- und Sejlarten

Einzelne Möbelstücke und Polsterwaren

Anzahlung von 3 Mark an, wöchentlich 1 Mark

40-60 Mark Wochenrate 4 Mark **3** Mark Wochenrate 1 M.

Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.

Lieferung auch nach auswärts.

Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet.

Gewerkschaftliches.

Vor Tisch las man anders.

Wahrnehmung von Arbeiterinteressen, losgelöst von parteipolitischen und konfessionellen Interessen, das ist die Aufgabe der christlichen Gewerkschaften. — Solches behaupten und beteuern mit sittlichem Pathos, im Brustton tiefinnerlichster Ueberzeugung die Nachbarn der R.-Gladbacher, Mandymal schon las man allerdings auch anders. So hörte man in den Tagen der Kindheit der christlichen Gewerkschaften, gelegentlich der Generalversammlung des Gewerksvereins der christlichen Bergleute in Helsenkirchen aus dem Munde des Viz. Weber das Wort von den „Todesfeinden“ im anderen Lager. Damit war der Bergarbeiterverband gemeint. Mal wurde der Kampf gegen die Sozialdemokratie scharfer betont, mal stellt man sie mehr in den Hintergrund. Alles je nach Bedarf. Immer aber gaben sich die R.-Gladbacher den Anchein, als erfolgte ihr grundsätzliches und taktisches Vorgehen lediglich unter dem Gesichtswinkel der eigentlichen Arbeiterinteressenvertretung. Jetzt, in den schweren Tagen des mörderischen Bruderzwistes lüftet die „Köln. Volksztg.“ über die Motive der Gründung christlicher Gewerkschaften den Schleier. Aus „industriellen Kreise“ läßt sich das Blatt schreiben:

... In die Gründung der christlichen Gewerkschaften denn, so frage ich, nicht wesentlich auch hervorgegangen aus dem patriotischen Streben, ein einigermaßen Band um die konfessionell so verschiedenen Volkskreise des Vaterlandes zu schlingen? ... Die christlichen Gewerkschaften sollten und könnten in unserem sozialen Zeitalter der gemeinsame Boden sein, auf dem sich gegenüber dem Umsturz die positiv gläubigen und staats-erhaltenden Teile des Volkes zusammenfinden konnten. ...

Deutlicher als es hier geschieht, braucht man es wirklich nicht mehr zu sagen, daß die christlichen Gewerkschaften von vornherein als eine kapitalistische Schuttruppe gedacht waren. Das religiöse Mäntelchen und soziale Forderungen hatten nur den Zweck, den Arbeitern den wahren Zweck der Arbeiterzersetzung zu maskieren. In dem erwähnten Artikel wird weiter noch verraten, daß man des gesteckten Zieles willen „immer und immer wieder auf die Geltendmachung mancher in seiner Stärke liegenden Machtmittel auf den verschiedensten Gebieten verzichtete. ...“ Das stimmt! Das Zentrum hat sehr oft auf die Geltendmachung seiner Machtmittel verzichtet. Nämlich bei allen Arbeiterforderungen, bei allen sozialen Fragen. Das vorstehende Bekenntnis erklärt es auch wohl, warum die christlichen Gewerkschaften nicht nur auf die Ausnutzung günstiger Konjunktur verzichteten, sondern sogar deren Ausnutzung durch die freien Verbände verhindern, indem sie ihre Mitglieder zu Streikbrüchern verpflichteten.

Die staatsbehaltende Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften erfolgt auf Kosten der Arbeiterinteressen, zum Segen des Geldsacks.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Eisbahner ist zu berichten, daß die Firma G. Klare nach 18wöchigem Streik den Tarif unterschrittlich anerkannt hat. Die Arbeit wird in diesem Betriebe am Montag aufgenommen. Rannhebe haben fünf Firmen den Tarif anerkannt: B. Hoffmann, Henje u. Zeuner, G. Mahly, R. Vint und G. Klare. Alle übrigen Eisbahnen sind nach wie vor gesperrt, da das Gerücht, welches von interessierter Seite ausgebreitet wird, der Streik würde in nächster Zeit abgebrochen, jeder Unterlage entbehrt. Im Gegenteil, die Streikenden denken nicht daran, ihre durch den Kampf errungene Position aufzugeben. Darum ist auch für die Zukunft der Zug von Eisbahner, Eisbahner fernzuhalten.

Der Verband der Maler und Lackierer will ein neues Ortsstatut ausarbeiten. Da nun aus den verschiedensten Bezirken der Wunsch geäußert wurde, das Delegatensystem einzuführen, so nahm der Vorstand Veranlassung, den Vorschlag für das neue Ortsstatut dem-

entsprechend auszugestalten. Man verspricht sich von diesem System eine bessere agitatorische Wirkung und hofft, dadurch die Bezirksversammlung mehr zu beleben. Am 12. d. M. finden die Mitgliedsversammlungen statt, die hierzu Stellung nehmen, während die entscheidende Generalversammlung für den 26. d. M. vorgegeben ist. Die Lackierer befähigen sich bereits am Donnerstag in ihrer Branchenversammlung mit der Frage, doch war ein abschließendes Urteil nicht zu erzielen, da zum Teil für das System gesprochen, andererseits aber auch Bedenken geäußert wurden.

Kellnerausperrung im Café Borussia, Hasenheide.

Die im Café Borussia, Hasenheide 5, beschäftigten Kellner sind ohne Grund plötzlich entlassen worden, weil dieselben von der Organisationsleitung den Auftrag hatten, dem Inhaber Robert Mäsel in seinem Bestreben, seine Konkurrenten bei der Polizei zu denunzieren, keine Gelderdienste zu leisten. Dieser merkwürdige Herr hat nämlich nichts Besseres gewußt, als Nachts festzusetzen, ob die Kellner in seiner unmittelbaren Nähe die Polizeistunde überstiegen haben. Seine Angestellten gab er in den schriftlichen Anzeigen als Zeugen an, ohne dieselben von seiner Absicht in Kenntnis zu setzen. Als die Organisation gegen dieses Treiben die nötigen Schritte einleitete, hat Herr Mäsel seine Kellner kurzerhand auf den Damm gesetzt und seinen Betrieb, wie dies nicht anders sein kann, mit geliehenen Elementen besetzt. Der Betrieb ist bis auf weiteres für organisierte Geblissen gesperrt. Verband der Gastwirtsgehilfen. Zweigverein der Caféangestellten.

Deutsches Reich.

Das Maschinenpersonal und die Nachtruhe in der Binnenschifffahrt.

Die Mitgliedschaft Elbe-Oder-Havel-Schiffahrt des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer hielt dieser Tage eine zweitägige Generalversammlung im Gewerkschaftshaus in Berlin ab. Der von Schlienz erstattete Geschäftsbericht gab ein Bild über die schwere Zeit, welche die Mitgliedschaft im vorigen Jahre zu überstehen hatte. Alle Stürme haben es aber nicht vermocht, an den Grundfesten der Organisation Schaden anzurichten. Die im Herbst durchgeführte Reorganisation festigte die innere Kraft der Mitgliedschaft, so daß alle Angriffe mit Entschlossenheit abgewehrt werden konnten. Auch gab der Bericht. Dieser zeigt eine Zunahme der Mitglieder und eine Steigerung der Beiträge. Wenn man die außergewöhnliche Zunahme der Mitglieder vor dem Streik außer Betracht läßt, so kann der jetzige Stand der Organisation befriedigen. Die Aufnahme von 500 neuen Mitgliedern in den letzten drei Quartalen beweist die dauernde Werbekraft der Organisation. Sodann gab Schlienz einen Rückblick auf den vorjährigen Kampf um die Nach- und Sonntagsruhe. Wenn die Maschinisten den Kampf abgebrochen haben, so geschah das nicht, weil sie sich geschlagen fühlten, sondern weil die Verhältnisse sich so gestaltet hatten, daß ein befriedigender Erfolg nicht mehr zu erwarten war. Daß die Bootleute noch einige Tage länger streikten, war auf besondere Umstände zurückzuführen, an denen der Verband der Maschinisten keine Schuld trägt. Der feste Wille, die Nach- und Sonntagsruhe zu erlangen, ist bei dem Maschinenpersonal noch immer vorhanden. Solange keine von den Unternehmern tariflich anerkannte, oder durch Gesetz bezim. Verordnung eingeführte Begrenzung der Arbeitszeit des Maschinenpersonals in der Binnenschifffahrt gewährleistet ist, kann es für die Maschinisten wohl eine Pause in diesem Kampfe geben, aber kein Zurückweichen von dem Ziele. Der Kampf um diese Kulturforderung ist ein Kampf ums Menschenrecht. Selbst die Reichsbehörden mußten anerkennen, daß eine Regelung dieser Fragen erfolgen muß. Nur der Widerstand der Großbetriebe hat die Lösung der Fragen verzögert. Die Entschlossenheit der Maschinisten, diesen Widerstand zu brechen, hat durch den Streik zu dem Erfolg geführt, daß die im Arbeitgeberverband vereinigten Unternehmer der Elbe-Oder-Schiffahrt ihren prinzipiellen Widerstand gegen die Regelung der Nach- und Sonntagsruhe aufgegeben haben. Der unerhörte Terrorismus der Unternehmer hat die Maschinisten nicht eingeschüchtert. Auch die vielen, meist aus geringfügigen Ursachen erfolgten Bestrafungen von Streikposten haben den Mut der Streikenden nicht gebrochen, sondern den bisher im gewerkschaftlichen Kampfe weniger geschulten Kollegen die Augen geöffnet über die Interessensharmonie der bekämpften Klassen. Obwohl der Streik dem Verband über 200 000 M. kostete, sieht der Verband heute mehr denn je innerlich gefestigt da und wird in kurzer Zeit genügend gerüstet sein, um bei den Unternehmern wieder anknöpfen zu können.

In der Diskussion wurden die Maßnahmen der Leitung genehmigt und der Antrag des Mitgliedschaftsvorstandes auf Erhöhung des Beitrages um 10 Pf. pro Woche und Mitglied einstimmig an-

genommen. Ebenso wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung der Geschäftsstelle der Elbe-Oder-Havel-Schiffahrt des Zentralverbandes der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Deutschlands erkennt die vom Verbandsvorstand in Gemeinschaft mit dem Mitgliedschaftsvorstand vorgenommene Reorganisation unserer Mitgliedschaft als den Umständen nach für geboten und den Interessen der Schiffahrtskollegen dienlich, als richtig und zweckentsprechend an.

Die Generalversammlung erklärt daher nach eingehender Beratung und Würdigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse eine Änderung der jetzigen Form der Organisation des Maschinenpersonals in der Binnenschifffahrt nicht für wünschenswert und weist alle von außen herkommenden Eingriffe in unser Organisationsleben mit Entschiedenheit zurück.

Die Delegierten erklären in der beruflichen Einheitsorganisation, wie diese durch den Zentralverband der Maschinisten und Heizer geschaffen ist, die alleinige Möglichkeit, die wirtschaftlichen und geistigen Interessen des in der Binnenschifffahrt beschäftigten Maschinenpersonals tatkräftig und erfolgreich zu wahren und zu fördern.

Aus diesem Grunde fordern die Delegierten den Verbandsvorstand auf, Versplitterungsversuchen irgendwelcher Art mit aller Energie entgegenzutreten.

Sollte, durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingt, eine Änderung der Organisationsform in der Weise sich als unumgänglich ergeben, daß eine Verschmelzung mit einer anderen Organisation geboten erscheint, so kann nur eine korporative Vereinigung mit einer wirklich leistungsfähigen Organisation in Frage kommen.

Die Delegierten verpflichten sich, den Verbandsvorstand bei allen Maßnahmen, welche die Durchführung dieser Richtlinien erforderlich machen, mit allen Kräften zu unterstützen.

Am zweiten Tage wurden die vorliegenden Anträge beraten. Angenommen wurde u. a. ein Antrag betr. den Abschluß von Tarifverträgen mit der Privat-Schiffahrt. Nach Vornahme der Delegiertenwahl zur Generalversammlung des Verbandes hielt der Verbandsvorstand Scheffel einen Vortrag über die Lage des Verbandes.

Scheffel führte aus: Die wenig günstige Lage des Wirtschaftsmarktes konnte die Entwicklung des Verbandes nicht aufhalten. Im dritten Quartal v. J. hatten wir einen Umsatz von 200 000 Beiträgen. 133 Tarifverträge konnte der Verband im Jahre 1913 abschließen, wodurch eine erhebliche Arbeitszeitverlängerung und eine Lohnsteigerung von 600 000 M. für die Kollegen erreicht wurde. Die geführten Kämpfe in der Hochseefischerei, in der Binnenschifffahrt und die Beteiligung an dem Streik der Werftarbeiter brachten leider nicht die gewünschten Erfolge. Aber der Verband hat diese Belastungsprobe glänzend bestanden. Sämtliche Kämpfe wurden aus eigenen Mitteln geführt, ohne daß den Mitgliedern die Zahlung von Extrabeiträgen auferlegt werden brauchte. Man kann daher den kommenden Ereignissen mit großer Ruhe entgegenblicken. Nebenher erörterte dann die Möglichkeit der zukünftigen Gestaltung der Organisationsverhältnisse. Er erntete großen Beifall für seine ebenso interessanten wie wichtigen Ausführungen. Mit einem kernigen Schlusswort des Vorsitzenden Ruch und einem Hoch auf den Verband wurden die Verhandlungen beendet.

Zur Entstehungsgeschichte der Terroristmüßlegenden.

Wie die Märchen über angeblichen Terrorismus der Arbeiterorganisationen entstehen, lehrt ein Schulfall, der sich in Heegermühle bei Eberswalde ereignet hat. Dort waren die Arbeiter des Betriebes von Galkowski u. Kiehl in große Erregung geraten, weil ein Arbeiter wegen angeblich agitatorischer Tätigkeit im Betrieb entlassen worden war. Der Kommission, die diesbezüglich vorgelegt worden war, wurde dies als Grund der Entlassung mitgeteilt. Außerdem sollte der betreffende Arbeiter gegen die Ueberstunden agitiert haben und sollten sich einige Arbeiter durch sein Vorgehen beleidigt haben. Da weder ein Beschluß vorlag, Ueberstunden zu verweigern, noch sonst von agitatorischer Tätigkeit die Rede sein konnte, da die Arbeiter bis auf einige wenige organisiert sind, wollten sie die Arbeit niederlegen, um gegen so rigorose Entlassungen sich zu wehren. Die Organisationsleitung legte ihnen nahe, zunächst noch davon Abstand zu nehmen, bis der Sachverhalt durch Verhandlung geklärt sei. Bei den Verhandlungen hielt die Betriebsleitung ihre Erklärung zunächst aufrecht. Die Organisationsleitung hielt nun zunächst fest, mit welchen Arbeitern der Entlassene überhaupt Gespräche geführt habe und was der Gegenstand der Unterhaltungen war. Dabei ergab sich, daß mit vier Arbeitern Gespräche geführt waren, die bei dreien, wie auch die Betriebsleitung zugeben mußte, recht unbedächtig waren. Wieb

Der verreckte Nationalismus. Der verstorbene Nationalistenhäuptling Déroulède war zweifellos ein ehrlicher Fanatiker, aber dabei doch als richtiger Bourgeois darauf bedacht, von dem entfesseltsten Strom der patriotischen Begeisterung die erforderliche Kraft auf die Wähle seiner materiellen Interessen abzuleiten. Er besaß bei Angoulême eine Zigarettenpapierfabrik, die ihm ein gutes Einkommen abwarf, hauptsächlich dank einer Papierforte, die er unter dem, einem sehr bekannten patriotischen Wille entlehnten Namen: „Die letzten Patronen“ und mit einer entsprechenden Plakateklame in den Handel brachte. Das Papier stank etwas, aber das Geld nicht und in seiner Doppelgestalt als dühnende Phrase und als profitliches Fabrikat — war der Déroulédismus Schall und Rauch.

Notizen.

— Gegen Hoffmanns Dornhausentwurf nahm die Vereinigung Berliner Architekten Stellung. Sie erklärte, daß der Regierungsentwurf besser sei, und will durch eine Kommission eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus anfertigen lassen.

— Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse feiert am Sonntag, den 8. Februar, sein 15. Stiftungsfest in den Sophienkaten, Sophienstr. 17/18, unter Mitwirkung von Marja Delvard und Marc Geny. Das Thema des Abends lautet: „Kunst und Volksgefühl in alter und neuer Zeit.“ Beginn 8 Uhr.

— Ein Opfer des Skilaufs. Der Skilauf ist einem Mann von besonderem Wert verhängnisvoll geworden. In den Walliser Alpen bei Trient verunglückte tödlich der durch die Gründung der Schule für rhythmische Gymnastik in Hellerau bekannt gewordene Dr. Wolf Dohrn. Er war ein ideal gerüsteter Kulturarbeiter, der sich erst für den deutschen Werkbund, dann für die Gründung von Hellerau einsetzte und vor vier Jahren die Gründung der genannten Anstalt des Genfer Musikpädagogen Jacques Daleroz durch den Einsatz seines gesamten eigenen Vermögens möglich machte. Seiner unermüdbaren Tätigkeit gelang es, der Anstalt in aller Welt Aufmerksamkeit zu gewinnen und sie über alle finanziellen Fährnisse hinwegzubringen. Er war ein Sohn des Gründers der Zoologischen Anstalt in Reapel und ging im Alter von 35 Jahren zugrunde.

— Theaterchronik. Die nächste „Parisier“-Vorstellung des Deutschen Opernhauses, zu der noch Billets zu haben sind, findet am Sonntag, den 22. Februar, statt.

— Kunstabend. Karl Hauptmann liest Mittwoch, den 11. Februar, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses, zum Gedenken des Lessing-Museums, Einiges aus noch unveröffentlichten Werken. Karten zu 3, 2, 1 M. in den bekannten Verkaufsstellen. — Im Schiller-Saal, Charlottenburg, findet Sonntag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der Reihe der Dichter- und Tonichterbände des Schiller-Theaters zum erstenmal ein Walladenabend statt.

Kleines Feuilleton.

Ein in die Escarpins! Berlin liegt zwar an der Spree, aber wenn man so nach einer „Nacht der Wälle“ die Zeitungen liest, könnte man denken, es sei an die Donau gerührt.

Früher ging man tanzen, amüsierte sich und ließ Gott einen guten Mann sein. Dagegen ist nichts einzuwenden. Seit aber tanzen eine Ehrensaft geworden ist, bei der man nicht mehr auf Möbel, sondern nur noch auf vier Beine sieht, geht der's nicht mehr so einfach von statten. So ein Fall ist das, was der Berliner eine „Sache“ nennt: man muß an die schönen Beine Peter Schers denken. „Wenn wir Berliner eine Lust entfassen, denn jetzt wir feste ran (Verfätschte: Schwung!) Natürlich aber doch mit Mäßigung — Da gibt es nicht zu lachen.“ Gibt es auch nicht, es sei denn, man sieht sich am nächsten Morgen die Zeitungen durch.

In einer Reihe mit Ein- und Beindrücken, mit Kulturwerten und Klatschgeschichten stehen Wallberichte, die der selbige Piesch nicht besser hätte mit der Hand herstellen können. Ungeniert werden den Damen zweifelhaftester Probenienz — auf die niemand einen Stein werfen soll, so lange sie bei ihrem Leiten bleiben — Aranzchen gebunden, und die Fräulein der Herren Schieber und Karrikaturisten, die längst Modezeichner sind, werden hübsch genau abgemalt. Der Nachfolger des alten Piesch in der „Börsen Zeitung“ — der Altmeister war berühmt wegen seines Schmalzes, das er gleichermäßen auf Gerechte und Ungerechte träufeln ließ — dieser Nachfolger ist tob-süchtig geworden ob des reizenden Anblicks, der sich ihm darbot.

Während Hunderte in der großen Stadt nicht wußten, wo sie den nächsten Tag das Essen herkommen sollten, während kräftige arbeitswille Arbeitslose betteln von Tür zu Tür zogen, tobten die jungen Leute bei Sekt und Tanz durch die Nacht. Gut. Aber man muß diese anstrengende Tätigkeit nicht als „Eleganz“ oder „Kultur“ oder sonst etwas Hervorragendes hinstellen. Man muß nicht von irgendeiner dunklen Dame, die wir erst wieder beim nächsten Schieberprozeß als Zeugin — oder will's Gott — als Angeklagte austauschen sehen werden — sagen: „Ihr gertenklonker Körper atmete Pusil.“ Es bleibt jedem überlassen, sich dies schöne Bild auszumalen.

Aber die Höhe des angeregten Rapportes ist doch die Stelle — und ganz Berlin liegt drin — wo jener sich gegen die schwarzen Fräule ausspricht. Gute Fräule müßt ihr tragen! Kololo! — Kurz: „Raus aus der schwarzen Krauerluft und rin in farbenfreudige Escarpins und hellseidene Fräule mit Spigenjackets!“ So ist's richtig. (Was auf die Mehrzahl von „Fräule“, die „Fräule“ heißt.) Nun wird also der Ladenjüngling oder Konfessionär am Tage sich vom „Alten“ anschnauzen lassen, selbst den Hauskirchen antönen, und abends, abends, abends wird er mit der Fuderquaste über das rosige Perlelegerl fahren, rin in die Escarpings, um denn los! Der Berliner Schieber mit Spigenjackets!

Und wenn diese ganze Nachtunterhaltung nicht so dimm, so

geistlos, so ohne jede Grazie (trotz der Wallberichte) wäre, möchte man ein bißchen lächeln. Aber es genügt, das Treiben dieser Jungen gelegentlich zu betrachten — aus der Ferne — und als vernünftiger Mann abends ein Buch zu lesen, ein gutes Wort mit einem anderen zu sprechen und früh in die Klappe zu gehen.

Korinfunde. In der Archäologischen Gesellschaft wurde über die letzten Ausgrabungen auf Korfu berichtet. Es handelt sich um Funde, die historisch von einiger Bedeutung sind. Zu interessanten Schlüssen veranlaßten die Aufdeckungen von größeren Scherbenlagern am Kap Akropoli. Es liegt nämlich dieser Landspitze gegenüber eine Insel, die noch heute die Gestalt eines Schiffes zu haben scheint. Nun erinnern die Gelehrten an jenen Gesang des Homers, der davon berichtet, daß das Schiff des irden-fahrenden Odysseus an der Küste der Phäaken durch den argen Poseidon in Stein verandelt worden wäre. Die Forscher meinen, daß Homers Gedicht durch die Schiffinsel angeregt worden sei, sie glauben darum, in den Scherbenresten auf Kap Akropoli Urkunden jenes sagenhaften, zweitausend Jahre vor Christo lebenden Volkes der Phäaken gefunden zu haben.

Kunstlerisch bedeutsam sind einige Relieffiguren, die zusammengehörig ein das Giebelfeld eines Tempels füllten. Man hat diesen Tempel wenigstens in den Spuren seines Grundrisses aufgedeckt; man fand auch einen gepflasterten Weg, der zu einem Brandaltar führte, fand diesen Brandaltar, der sich bis auf die fehlende Deckplatte unadelig erhielt. Der Giebel nun und seine Plastik verdienen besondere Aufmerksamkeit; ein Abguss des wieder zusammengefügten Werkes (das an dem Fundort verblieb) ist zurzeit in dem Gang, der das Berliner Alte Museum mit dem Neuen verbindet, aufgestellt. Im Zentrum des Giebels, mit dem Haupt die Spitze anstehend, steht eine mächtige Gorgo, die schreckensvolle Figur jener furchtbaren Nachgöttin. Der Leib ist mit Schlangen gegürtet, Schlangen züngeln um den freistrunden Frontkopf, dessen Maul aufgerissen ist, dessen Reißzähne drohen, dessen Augen hervorzuquellen scheinen. Links und rechts der Gorgo lagern riesenhafte Löwen, ganz hart in der Form, von monumentalen Linien umrissen. Die übrige Giebelfläche wird von einem Zeus, der, jugendlich und bartlos, einen Giganten niederstößt, von einer sitzenden Frau, die eine Lanzenspitze abwehrt, und von einem gefallenen Krieger (dessen Pendant verloren gegangen ist) ausgefüllt. Es ist nun merkwürdig, daß die Gorgo und ihre Löwen einen wesentlich größeren Maßstab als alle übrigen Figuren aufweisen.

Professor Loeschke, der den Giebel zu erklären versucht, schließt aus dieser Vergleichbarkeit der Größe, daß er in einer Zeit entstanden sein muß, da die alte Furchtreligion mit der neuen lichten Anschauung, wie sie Homer pries, noch im Streite lag; die Gorgo gehört zu den schrecklichen Göttern, sie soll alle bösen Geister und alle menschlichen Feinde abwehren; der bartlose Zeus und seine gelenkigen Genossen erzählen von den seligen und genießenden Olympiern des hellenischen Heidentums, dessen höchster Glaube die Schönheit war.

nach der vierle übrig, ein Mechaniker Alfred Palm, geboren am 7. Oktober 1866 in Neufahrland, der angeblich in der Werkstatt für die Organisation gewonnen sein wollte. Demgegenüber stellte der Organisationsvertreter sofort fest, daß dieser in der Werkstattverammlung seine Aufnahme gem. u. n. i. habe, die jedoch nur unter Vorbehalt zugelassen worden sei, weil erst festgestellt werden sollte, ob es wahr sei, daß P. in Berlin Streikbruch verübt hat. Weiter stellte der Organisationsvertreter fest, daß P. in der Werkstattversammlung über die mangelnde Fähigkeit der Betriebsleitung zur Leitung des Betriebes recht eigenartige Ausführungen gemacht habe, wonach doch nicht anzunehmen sei, daß er sich belästigt gefühlt habe, sondern eher, daß er die Arbeiterschaft durch die Arbeitsniederlegung nach der Art von Agents provocateurs in eine unangenehme Situation bringen wollte, um dann der Firma gegenüber um so besser als Raubritzer dazustehen. Gegenüber diesen einwandfreien Feststellungen sah sich die Firma allerdings genötigt, ihre Auffassung, daß die Arbeiter unter allen Umständen freifen wollten, fahren zu lassen. Sie konnte dies um so eher, als weiter festgestellt wurde, daß auch in gebelmer Abstimmung, an der auch der fragliche Palm teilgenommen hatte, nicht eine einzige Stimme für die Arbeitsniederlegung abgegeben worden war, daß auch Palm trotz häufiger Aufforderung, sich zu äußern, ob irgend jemand von dem entlassenen Arbeiter in der von der Betriebsleitung behaupteten Weise belästigt worden sei, sich ebenfalls nicht geäußert habe, daß er dagegen nur seine, die Betriebsleitung herabziehenden Ausführungen gemacht habe. Die Betriebsleitung gab nach diesen Feststellungen die Erklärung ab, daß der entlassene Arbeiter wieder eingestellt werden soll, sowie Bedarf vorhanden ist, daß sie auch in Zukunft vorstichtiger verfahren werde und erst durch Gegenüberstellung der Demagogen mit dem Demagogen die Wahrheit festzustellen suchen wird. Damit erklärten die Arbeiter die Differenz für erledigt. Wie leicht hätte es aber durch die Tätigkeit dieses gewerkschaftlichen Lockpfeils zu ersten Differenzen kommen können, wenn es nicht gelungen wäre, die einwandfreien Feststellungen zu machen. Ob sich die Terroristmüßlinge auch diesen Fall in ihrer Arbeit beschreiben?

Ausland.

Abzug der Streikbrecher aus Basel.

Die Gastvorstellung der Streikbrecher aus Berlin und Hamburg in der Basler Metallwarenfabrik von Affolter, Christen u. Co. L. G. war von kurzer Dauer, da sie wirklich arbeiten sollten, woran sie aber keine Freude fanden. In dieser Stimmung waren sie auch der Ueberredung durch die Streikenden zugänglich, und so verließen sie unerwartet schnell den Schauplatz ihrer unruhlichen Tätigkeit unter Zurücklassung ihres Kadelesführers Blankenburg, der ihnen auch noch Lohn schuldet, da mit diesem die Firma den Streikbruchvertrag abgeschlossen hatte. Alsdann einigten sich die Vertreter der Streikenden und der Firma vor dem Einigungsamt auf Selbstbestellung der bisherigen Arbeitsbedingungen, deren versuchte Verschlechterung den ganzen Kampf verurteilt hätte. Einzig für die Abforderte wurde als Keuerung die Verdienstgrenze mit 30 Proz. über den Stundenlohn eingeführt. Die Arbeiter werden wieder eingestellt, Maßregelungen unterbleiben, und der Direktor Peter, der Urheber des ganzen Kampfes, ist nach „Verdienst“ entlassen.

Die Verhältnismahl in den Betriebskrankenkassen.

Wie bekannt, hat die Reichsversicherungsordnung eine erhebliche Einschränkung der Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen gebracht. Es scheint nun, daß im Bezirk des Oberversicherungsamts Groß-Berlin noch Unternehmer vorhanden sind, denen das wenige Recht, das den Versicherten geblieben, noch zuviel wäre. Ganz besonders macht sich das bei den Verkehrsunternehmen bemerkbar, die Betriebskrankenkassen eingerichtet haben. Vor allem versuchen sie die im § 15 der R.-V.-O. festgelegte Verhältnismahl durch besondere Gruppeneinteilung der Mitglieder zu umgehen. So hat z. B. die Berliner Hochbahn für ihre Betriebskrankenkasse die Versicherten nicht nur in Gruppen eingeteilt, sondern auch noch jeder Gruppe eine bestimmte Anzahl Ausschussmitglieder zugeteilt. Die Versicherten in den einzelnen Gruppen dürfen nun bei den Wahlen ihre Stimme nicht für die gesamten Ausschussmitglieder abgeben, sondern nur für die ihrer Gruppe zugehörigen. Die R.-V.-O. läßt nun aber für Betriebskrankenkassen eine Gruppeneinteilung nicht zu. Auch nachträgliche Bestimmungen seitens der Regierungsorgane sind nicht vorhanden, die den Kassen solche Rechte einräumen. Selbst die Musterstatuten für Betriebskrankenkassen besagen nichts davon. Die Berliner Hochbahn hat sich aber infolgedessen zu helfen gesucht, nachdem sie das Statut fast wörtlich nach den Musterstatuten übernommen, indem sie einen § 4a einfügte, der die Gruppeneinteilung festlegte. Das Oberversicherungsamt Groß-Berlin hat diese Wahlordnung der Hochbahn genehmigt.

Dieser Vorstoß der Berliner Hochbahn hat nun auch der Großen Berliner Straßenbahn Mut gegeben, und sie plant ähnliches. Einen Teilerfolg kann sie schon an ihre Tasche heften. Nach dem schon vom Oberversicherungsamt genehmigten Statuten ihrer Kasse bleibt sie mit einem Teil der Leistungen gegenüber denen der maßgebenden Allgemeinen Ortskrankenkasse zurück. Jetzt versucht sie auch noch denselben Wahlmodus einzuführen wie die Berliner Hochbahn. Erhält sie zu diesem Versuche die Genehmigung des Oberversicherungsamtes, so hört für die meisten Versicherten die Verhältnismahl überhaupt auf. Denn während bei der Berliner Hochbahn nur sieben Gruppen vorgesehen sind, will die Große Berliner mindestens 25 Gruppen einführen. Die Zahl der gesamten Ausschussmitglieder darf aber 60 nicht übersteigen. Da nun außerdem die Gruppen nicht gleichmäßig groß sind, so entfällt auf eine ganze Anzahl nur ein Ausschussmitglied. In solchem Falle kann naturgemäß von einer Verhältnismahl nicht mehr die Rede sein. Der Vorsitzende der Betriebskrankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn begründete seine Maßnahmen damit, wenn eine Gruppeneinteilung nicht stattfinden würde, so wäre nicht daran zu denken, daß seine Kasse Aussicht hätte, gewählt zu werden.

Nun hat ja das Reichsversicherungsamt zu dieser Wahlordnung seine Genehmigung noch nicht erteilt; aber es besteht die dringende Gefahr, daß es dennoch geschieht. Aus diesem Grunde nahmen die Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn in einer kürzlich stattgefundenen Versammlung dazu Stellung und beschloßen, an das Oberversicherungsamt eine Beschwerde einzureichen. Sie verlangten, daß der Großen Berliner Straßenbahn nicht gestattet wird, in der Wahlordnung von den Musterstatuten abzuweichen, da einmal eine gesetzliche Handhabung für solche Abweichungen nicht vorhanden ist und das andere Mal die Rechte der Versicherten erheblich eingeschränkt würden.

Aus Industrie und Handel.

Vom Tabaktrug.

Der Geschäftserfolg des englisch-amerikanischen Tabaktruges im Jahre 1913 war so groß, daß der Trust seinen Stammaktionären eine Dividende von nicht weniger als 27 1/2 Proz. ausschütten kann. Der Dividendenbetrag quillt aus einem Reingewinn von rund 44 Millionen Mark, dem höchsten, den die British-American Tobacco Co. im Laufe der letzten neun Jahre erzielt hat, wogegen sie allerdings im Jahre 1911 eine noch höhere Dividende, nämlich 37 1/2 Proz. ausschütete. Um die Bedeutung dieser Zahlen richtig zu würdigen, vergegenwärtige man sich nun, daß der Reingewinn erzielt wurde, trotzdem andererseits in aller Herren Länder große Summen für den Aufkauf fruchtbarer Unternehmungen ausgegeben wurden, daß ferner die Niederdrückung der einheimischen Konkurrenz überall ganz außerordentliche

Strategie erfordert. Es braucht dabei nur wieder an das Guttschein- und Jugobestimmten erinnert werden, an die großen Propagandakampagnen, mit welchen der Trust anderer Unternehmungen belästigt wird. Das alles ist notwendig aus den Einnahmen zu decken und trotz dieser Kosten konnte die British-American Tobacco Co. einen Reingewinn von rund 44 Millionen Mark erzielen.

Die italienische Zuderindustrie will Ausfuhrprämien.

Wenigen Industrien sind solche Treibhausbedingungen zur Ausfuhr geboten worden wie der italienischen Zuderindustrie, die durch eine Differenz von 24 Lire pro Doppelzentner zwischen Einfuhrzoll und Fabrikationssteuer vor jeder auswärtigen Konkurrenz sichergestellt wurde. Der Einfuhrzoll in Italien beträgt heute 90 Lire für den Doppelzentner, die Fabrikationsabgabe 75 Lire. Die alle durch künstliche Bedingungen übermäßig geförderten Industrien hat sich auch die Zuderindustrie zu einem echten Parasiten ausgebildet. Sie hat sich weder mit Verbesserung der Zudererzeugung noch mit technischer Vervollkommnung in der Zudererzeugung befaßt, sondern alle ihre Energie darauf gewendet, sich in einen Trust zusammenzuschließen, um auch im Inlande seine Konkurrenz zu haben. Unter diesem geschützten Regime bezahlte der italienische Konsument im Detail das Kilogramm Zuder mit 1,90 bis 1,65 Lire. Dies Jhdal der hohen Profite wurde dadurch gestützt, daß in der Provinz Padua eine neue Zuderfabrik entstand, die den Zuder zu Preisen abgab, die den Detailverkauf zum Preise von 1,40 Lire ermöglichte. An Riesenerlöse gewöhnt und zu jeder agrarischen oder technischen Vervollkommnung unfähig, fangen jetzt die Zuderbarone an, von Ueberproduktion zu reden und verlangen von der Regierung Ausfuhrprämien. Durch ihren Einfluß haben sie seinerzeit den Rücktritt Italiens von der Brüsseler Konvention durchgesetzt. Im nun jetzt ihre Agitation für Ausfuhrprämien siegreich zu Ende zu führen, spekulieren sie auf die Arbeiterschaft. Überall, wo Zudererzeugen gebaut werden oder sich Fabriken befinden, lassen sie die Nachricht verbreiten, daß im nächsten Jahre der Anbau aufgegeben und die Fabriken geschlossen werden müssen, wenn die Regierung der Industrie nicht zu Hilfe kommt. Sie drohen mit der Arbeitslosigkeit, um so ihre Schächeln ins trockene zu bringen. Es ist nicht das erste Mal, daß eine italienische Industrie es versucht, die Interessen einer Arbeiterkategorie gegen die der proletarischen Gesamtheit auszuspielen. Damit die Arbeiterschaft den Herren nicht auf den Leim gehe, hat nun der Zentralverband der Landarbeiter einen Aufruf an alle seine Organisationen erlassen und die Arbeiterschaft aufgefordert, die Interessen des ganzen Proletariats vor ihre Sonderinteressen zu stellen. Der Aufruf weist darauf hin, daß von Ueberproduktion in Italien nicht die Rede sein könne; hier liegt vielmehr ein Unterkonsum vor, der durch die hohen Zuderpreise bedingt ist, die sich aus den riesigen Abgaben auf dieses Nahrungsmittel erklären. Die Organisationen werden daher aufgefordert, eine Agitation für Herabsetzung der Zuderabgaben durchzuführen und sich nicht durch die Drohung der Schließung der Fabriken irremachen zu lassen. Die Faltung des Zentralverbandes der Landarbeiter in dieser Sache ist sehr zu begrüßen: sie entzieht den Unternehmern, die sich der Arbeitslosigkeit als eines Mittels bedienen wollten, um Ausfuhrprämien zu erlangen, Hilfstruppen, auf deren Mitwirkung sie gerechnet hatten.

Soziales.

Staatliche Ruftergruben in Westfalen.

Der preussische Bergfiskus hat befallentlich im Norden des Ruhrkohlenreviers umfangreiche Bergwerksanlagen erworben, die teils in der Aufbereitung begriffen sind, teils aber schon eine regelrechte Förderung zu verzeichnen haben. Die Flöz- und Gebirgsverhältnisse sind hier im Gegensatz zu den umliegenden Privatfeldern nicht gerade günstig. Der Staat hat die einträglichsten Felder dem Privatkapital zur Ausbeutung „verliehen“ und die mindertwertigsten zu einem sehr hohen Preise erst wieder erkaufen müssen. Die schlechtesten Gebirgsverhältnisse sind auf den Märlerschächten in Gladbeck anzutreffen. Das druckhafte Gebirge verursacht eine starke Wärmeausstrahlung, die sich hier zwischen 27 und 30 Grad bewegt. Dazu kommt, daß die Schächte sehr tief sind und die Grubenbaue eine außerordentlich grobe Ausdehnung haben. Die einströmende Luft wird hierdurch sehr gehemmt und erwärmt und bringt wenig Kühlung vor den Arbeitspunkten. Es kommt hinzu, daß die Gruben keine Schlagschlagwetter aufweisen, also die Gefahr einer Katastrophe nach dieser Richtung ausgeschlossen ist. Deshalb braucht man es mit der Bewetterung nicht so genau zu nehmen. Die Arbeiter leiden unter der Hitze, die durch stärkere Ventilation herabgedrückt werden könnte, ungeheuer.

Die Kohlenbauer arbeiten meist in Schichtarbeit, die zum billigen Preise auf der Seche zu haben sind, andere binden sich nach Regersitte vor Ablauf eines Jahres, ein großer Teil arbeitet aber pudelnackt, hat nicht einmal Schuhe an den Füßen und fährt mit nackten Füßen an.

Erwachsene Sauer und Bremsjungen im Alter von kaum 16 Jahren laufen hier durcheinander. In früheren Jahren war das Arbeiten in nackten Oberkörper verboten, jetzt ist es splitterackt erlaubt.

Frägt man sich, woher der Umstand, so lautet auch hier wieder die Antwort: Die tolle Raad nach Kohlen ist die Ursache. Seitdem auf den Staatsgruben auch das Prämienystem eingeführt ist, ist es unheimlich geworden. Die Steiger bringen kaum noch das „Glückauf“ heraus; die erste Frage des hastenden Beamten ist: Wieviel habt Ihr schon? Wieviel bekommt Ihr heute noch raus? Da wird dann drauflosgewöhlt und der Arbeiter so zu einem Arbeitstier herabgedegradet. Ist es da verwunderlich, wenn der Bergmann schon mit 40 Jahren „bergaftig“ wird?

Das sind schöne Kulturerzeugnisse! Und solche Zustände sind auf preussischen Staatsgruben anzutreffen, die den Privatgruben mit gutem Beispiel vorangehen sollten.

Hier wäre auch ein dankbares Feld für die Sittlichkeitskämpfer; doch vor dem dreimal geheiligten Profit macht man einen Kotau.

Die Schlieben-Prozesse vor dem Kaufmannsgericht.

Die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts hatte ein Dutzend Klagen von Filialisten der zusammengebrochenen Weinfirma Schlieben u. Co. zu verhandeln. Der Hauptinwand des Konkursverwalters in allen Prozessen besteht bekanntlich darin, daß nach seiner Auffassung die Leiter der Filialbetriebe selbständige Gewerbetreibende waren und nicht Angestellte. Nachdem das Kaufmannsgericht diesen Einwand in einem früher verhandelten Falle schon im Prinzip zurückgewiesen hatte, kam der Konkursverwalter jetzt in den Fällen, in denen Gebalt über den 1. Oktober hinaus verlangt wurde, mit dem neuen Einwand, daß das Angestelltenverhältnis auf alle Fälle mit dem 1. Oktober d. J. erlosch. In einem Falle behauptete der Beklagte, der Kläger habe sogar den Gewerbetrieb auf seinen Namen polizeilich angemeldet. Das Kaufmannsgericht hielt den Einwand für so erheblich, daß es dem Konkursverwalter aufgab, den polizeilichen Nachweis zum nächsten Termin zu erbringen. Ein anderer Filialist, der auf Grund einer vertraglich vereinbarten einvierteljährlichen Kündigungsfrist klagte,

erhielt die Rechtsbelehrung, daß im Falle des Konkurses höchstens die sechsmonatige Kündigungsfrist vor dem Quaral in Frage komme. Darum sei die ihm zuteil gewordene Kündigung am 15. August per 1. Oktober auch gültig, da am 1. August bereits der Konkurs eröffnet wurde.

Besonders übel daran sind einige Filialistinnen, die neben ihrem Gebalt die in Wertpapieren gestellte Kautions einbüßen. Sie können nicht mit Erfolg auf Herausgabe der Wertpapiere gegen die Konkursmasse klagen, da Schlieben die Papiere unbeiträtenermaßen sofort veräußert hat. In dem Falle eines Fräulein S. hatte die Filialleiterin ihre gesamten Ersparnisse, insgesamt 2000 M. in Wertpapieren, als Kautions gestellt, nachdem sie Direktor Wilmann durch einen „Kautionschein“ in Sicherheit gewiegt hatte. Wenn die Filialleiterin diesen Kautionschein haben,“ jagte U. zu ihr, „dann ist Ihnen das Kapital so sicher wie auf der Sparkasse.“ Einen Tag später hatte Schlieben die Papiere veräußert. Diese Filialistin ist durch diese Manipulation mit ihrer kranken Mutter, die sie noch zu ernähren hat, in eine bedrängte Lage geraten. — Noch schlimmer liegt der Fall eines Fräulein Wolf. Diese Filialistin hat 3500 M. in barem Gelde, eine Aktie von 1000 M. und 2500 M. in Wechseln als Kautions gegeben, hat aber nie ein Warenlager zu sehen bekommen. — Der Filialistin Fräulein S. hat Schlieben sein Ehrenwort als Offizier gegeben, daß ihr die Kautions sicher sei. Ein Filialleiter S. sollte für 1000 M. Rotwein kaufen und mit einem Wechsel bezahlen. S. war so unvorsichtig, vor Erhalt des Gegenwerts den Wechsel anzuschließen. Er mußte den Wechsel einlösen, hat aber den Rotwein nie zu sehen bekommen.

Das Richterkollegium gab gegenüber diesen Vorgängen seiner tiefen Empörung vielfach Ausdruck, und der Vorsitzende, Rechtsratsassessor Dr. Henschel, erklärte, daß diese Zustände einfach jeder Beschreibung spotten.

In zwei Streitfachen erfolgte Beurteilung der Konkursmasse, in mehreren Klagen war eine neue Beweiserhebung notwendig, und der Rest der Prozesse wurde vertagt.

Vorsitz in der Dresdener Ortskrankenkasse.

Ueber die Streitigkeiten, den Genossen Landtagsabgeordneten Fräulein von dem Vorsitz der Dresdener Ortskrankenkasse zu verdrängen, der er seit 20 Jahren vorsieht, haben wir schon berichtet. Führer in der Kreiberei ist der Syndikus der Metallindustriellen. Demgegenüber treten einige Unternehmer sogar öffentlich für die Wiederwahl Fräuleins ein. Das wird aber wenig Erfolg haben, denn die Schatzmacher erhielten 4 von den 7 Vorstandsmitgliedern, auf den die Unternehmer Anspruch haben. Diese Mehrheit kann nun die Wiederwahl verhindern und es erzielen, daß das Versicherungsamt einen Vorstehenden ernimmt.

Berichtszeitung.

Stellenvermittlungsschwindel.

Ein Stellenvermittlungsschwindel, durch den mehrere Arbeitslose um ihre letzten Groschen geprellt worden waren, lag einer Anklage wegen Betruges zugrunde, welche gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Gochel beschaffte.

Angelagt war der gewerbmäßige Stellenvermittler Ferdinand Schreiber. — Der Angeklagte betreibt in dem Hause Lindenstr. 85 ein Stellenvermittlungsbureau. In dem Hause befindet sich ein auswechselbares Plakat mit der Aufschrift: „Hausdiener, Fuder, Radfahrer verlangt“. Dieser Hinweis, der doch nur so gedeutet werden konnte, als habe der Angeklagte derartige Stellen zu vergeben, lockte auch zahlreiche Arbeitslose an. Diesen erklärte der Angeklagte, daß er diese Stellen zu vermitteln habe; in den meisten Fällen gab er sogar an, daß sie die Stelle sofort antreten könnten, dies koste aber 1,50 M. Auf diese Angabe hin entfernten sich die arbeitslosen jungen Leute wieder, die vielfach nicht einmal einen Groschen Fahrgeld in der Tasche hatten, und suchten sich schließlich bei Verwandten oder Bekannten die 1,50 M. zu borgen, in der Hoffnung, nach Zahlung dieses Betrages endlich wieder Arbeit zu bekommen. Nachdem sie die 1,50 M. gezahlt hatten, händigte ihnen der Angeklagte einen zusammengefalteten Zettel aus, der in den meisten Fällen von den Arbeitsuchenden für eine Quittung angesehen wurde. Sie erhielten dann den Auftrag, am Nachmittag wiederzukommen, sie könnten dann sofort „ansetzen“. Dieses Wort „ansetzen“ wurde von den Leuten natürlich so verstanden, als wenn sie dann die Arbeit gleich ansetzen könnten. In Wirklichkeit sollten sie dann aber erst ansetzen — sich Arbeit zu suchen. Denn der Angeklagte händigte ihnen lediglich eine Liste aus mit Namen von Firmen, die angeblich Stellen frei hätten. Die Leute mußten also die 1,50 M. für etwas bezahlen, was sie durch das Lesen der Annoncen und des Arbeitsmarktes der Zeitungen auch so, und zwar kostenlos erlangt hätten. Außerdem erhielten die Arbeitsuchenden in den meisten Fällen den Bescheid, daß die Stellen längst besetzt seien, vielfach sogar schon seit mehreren Tagen. — Diese betrügerische Ausbeutung Arbeitsloser führte schließlich dazu, daß sich eines Tages vor dem Hause des Angeklagten eine größere Menschenmenge ansammelte, die sich hauptsächlich aus den Hereingefahrenen zusammensetzte. Als die erbitterten Leute kamen, erbat dieser telefonisch von der Postlei Hilfe. Die Leute zogen dann, heftige Verwünschungen ausstößend, unter Führung des 19jährigen Zeitungsortierers Verlet nach dem Polizeirevier in der Oranienstraße, um dort eine Massenanklage im wirklichen Sinne des Wortes zu erstatten.

Das Schöffengericht hatte den Angeklagten wegen Betruges zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, da es sich um eine höchst verwerfliche und gemeingefährliche Ausbeutung der Arbeitslosen handelte. — Auf die von Rechtsanwalt Reinhardt eingelegte Berufung hin, ermäßigte die Strafkammer die Strafe auf 2 Monate Gefängnis, da der bisher unbescholtene Angeklagte durch die im Anschluß an dieses Strafverfahren erfolgende Konfessionsanziehung ja auch schwer bestraft werde.

Ein Schriftstellerprosch.

Der Reichsverband der deutschen Presse und der Schutzverband deutscher Schriftsteller teilte uns folgenden, für das Verhalten einiger Verleger typischen Fall mit:

Der Schriftsteller B. Fred ist als festangestellter Mitarbeiter der Zeitschrift „Zeit im Bild“ von deren Verlag, der Neuen Deutschen Verlagsgesellschaft, unter Bezug des Vertrages gefündigt worden. Es ist Herrn Fred sogar das vertragmäßige Honorar für die in den Monaten Dezember und Januar gelieferten Beiträge vorenthalten worden. Obwohl die Artikel des Herrn Fred während des nun schwebenden Prozesses regelmäßig weitergedruckt werden, hielt es die Neue Deutsche Verlagsgesellschaft für angemessen, durch ihren Anwalt die Klage-Verpflichtung des Herrn Fred als Kläger anzugehen, weil „Fred“ ein Pseudonym sei. (Herr Fred trägt bürgerlich diesen Namen.) Außerdem ließ sie vorbringen, Herr Fred habe den Vertrag aus Betrugsabsichten zugunsten eines Dritten geschlossen. Der Reichsverband der deutschen Presse und der Schutzverband deutscher Schriftsteller verurteilten dieses Vorgehen eines Verlages gegen einen Schriftsteller auf das Entschiedenste. Sie übernehmen selbst die Führung des Prozesses Fred gegen die Neue Deutsche Verlagsgesellschaft, um ihre Abwehr gegen die Täuschung zum Ausdruck zu bringen, einen festangestellten Mitarbeiter nicht nur wirtschaftlich zu verdrängen, sondern auch persönlich zu verunglimpfen.



Amol Hausmittel

Allgemein-Verchiedenes

Grumow's Kaffe-Verd. Breitenstr. 70

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Arbeiter-Berufsbildung

Auto-Fabrikale

Bade-Anitaton

Bad Ostend

Passage-Bad

Silesia-Bad

Bandagen, Gummiwaren

Bäcker- u. Konditoreien

Erseheint 2 mal wöchentl.

Bäcker- u. Konditoreien

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brauerei Königstadt

Ender's Brauerei

Groterjan

C. Habels Brauerei

Goldbier

Dampf-Waichenst

Drogen und Farben

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Schloßbräu-Flaschenbier

Verlags-Brauerei Teutonia

Weinsbier, C. Breithaupt

Protadrik

Liebling's Zerpenschleuser

Bürten u. Seilerwaren

Bildereinführung, Glaser

Butter, Eier, Käse

H.P. Biedermann

Bruno Freche

Wilhelm Göbel

Gebrüder Groh

August Holtz

F. HAGEN

Gebrüder Manns

Wilh. Pfeß, Buttergroßh.

Paul Reinike Butter

Schröter, R.

Gust. Schultze & Sohn

Uhly & Wolfram

Vereingte Pommersche

C. F. Finstruck

Cacao, Schokolad., Confitur.

Kakao und Schokolade

Cylix, G.

Seifert, E.

Cigarrenhandlungen

F. Jakob, Müllerstr. 12.

G. A. Müller

W. Herbol

Damen-Konfektion

Dampf-Waichenst

Paul Seidel, Schönhaus-Allee 80

Otto Schreiber

F. Roland

Glas, Porzellan

Haarartikel

Gaus- u. Kochengeräte

Heilgehilfen u. Malfleur

Herrn-Artikel

Herrn- u. Knaben-Mod.

J. Baer

Leak & Stupack

Holzschuh- u. Pantinenfabrik

Hüte, Mützen, Polzw.

Kauf beim Hutmacher

G. G. Müllerstr. 155.

Huthaus Monopol, Müllerstr. 165.

Rieck, Em.

Vester, E.

Zum Hutwinkel

Kaffeebörstel

Kaufhüter

Kaufhaus Fritz

Paul Falkenstein

Kontor- u. Ladeneinrichtg.

Konzertsaal, Wirtschaft.

„Alter Kuhstall“

Nahrungsmittel

Unterstehende Geschäfte

Fleisch- u. Wurstwaren

Moers, Otto

G. A. Müller

A. Möbes Ncht.

Paul Seidel, Schönhaus-Allee 80

Otto Schreiber

F. Roland

Glas, Porzellan

Haarartikel

Gaus- u. Kochengeräte

Heilgehilfen u. Malfleur

Herrn-Artikel

Herrn- u. Knaben-Mod.

J. Baer

Leak & Stupack

Holzschuh- u. Pantinenfabrik

Hüte, Mützen, Polzw.

Kauf beim Hutmacher

G. G. Müllerstr. 155.

Huthaus Monopol, Müllerstr. 165.

Rieck, Em.

Vester, E.

Zum Hutwinkel

Kaffeebörstel

Kaufhüter

Kaufhaus Fritz

Paul Falkenstein

Kontor- u. Ladeneinrichtg.

Konzertsaal, Wirtschaft.

„Alter Kuhstall“

Nahrungsmittel

Muffkuchen u. Instrumente

Möbelmagazine

Hoche & Co., Tegel

Ferd. Joachim Nachfolg.

Möbel-Kamerling

Lange, Max

C. Linkogel, Poststr. 46

W. H. Nolte, Teltowstr. 30/31

Muffkuchen u. Instrumente

Möbelmagazine

Hoche & Co., Tegel

Ferd. Joachim Nachfolg.

Möbel-Kamerling

Lange, Max

C. Linkogel, Poststr. 46

W. H. Nolte, Teltowstr. 30/31

Uhren und Goldwaren
Kesslers Rep. Werkstatt, Berlin SW 11, 117

Jonass & Co.
BERLIN SW 309
Teilzahlung
Kataloge
gratis u. franko

Vericherungen
Deutschland Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-
Sterbekassenversicherung - Straße 3

Unterrichtsinstitute
Maschinen-u. Heizerausbildung
Lehrkräfte, Kraftanst. Fahrstuhlführer

Warenhäuser
Carl Hoffmann
Schöneberg
Herbertstr. 4

Kino-Variété
Sensou, Cottbusser Str. 6
Erstklassiges Programm

Café Metropol
Köpenicker-
Eckstr. 10
Tägliche Konzerte

Hagenbeck
Café und
Restaurant
Müllerstraße
Ecke Senefelderstr.

Konzert-Café
Nord-Palast
Brunnenstr. 18, E. Veteranienstr.

Wild- u. Geflügel
Georg Riedl, Eberstr. 27

Yoghurt-Präparate
Yoghurt-Milch-Kakao
wirkt blutreinigend

Zahnateller
Max Alm, Franseckstr. 16

Adlershof
Fisch- u. Fleischwaren
Kaufhaus Julius Weill Nachf.

Bohnsdorf
G. Schülerkind- u. Schweinemetzger

Königs-Waltherhau
Butterhandlung Monopol
G. Hübner, Uhren- u. Goldw.

Lichterfelde
Königsberger & Co.
Lankwitzstr. 1

Mariendorf
A. Böckmann
Gartenstr. 2, S. S. S. S.

Schöneberg
W. Hübner, Bülowstr. 61

Spandau
J. Bode, Fichelsdorferstr. 94

Wienand
Beardings-Land, Hauptstr. 14

Wilhelmsruh
Carl Gahl, Schleierstr. 10

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavalieren wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackett- u. Rock-
anzüge, Paletots, Ulster, Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M., größtenteils auf Seide.

Kleine Anzeigen

Verkäufe
Reizter Tag Saison-Räumungs-
verkauf

Wohnung
Wohnung mit 3 Zimmern, 2 Bädern

Geschäftsverkäufe
Zigarettengeschäft, postbillig

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Kaufgesuche
Blattabfälle, alte Goldschmied-
werkzeuge

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in der Annahme-

Wohnung
Wohnung mit 2 Zimmern, 1 Bad

Wohnung
Wohnung mit 3 Zimmern, 2 Bädern

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Kaufgesuche
Blattabfälle, alte Goldschmied-
werkzeuge

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in der Annahme-

Wohnung
Wohnung mit 2 Zimmern, 1 Bad

Wohnung
Wohnung mit 3 Zimmern, 2 Bädern

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Kaufgesuche
Blattabfälle, alte Goldschmied-
werkzeuge

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in der Annahme-

Wohnung
Wohnung mit 2 Zimmern, 1 Bad

Wohnung
Wohnung mit 3 Zimmern, 2 Bädern

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Kaufgesuche
Blattabfälle, alte Goldschmied-
werkzeuge

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in der Annahme-

Wohnung
Wohnung mit 2 Zimmern, 1 Bad

Wohnung
Wohnung mit 3 Zimmern, 2 Bädern

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Kaufgesuche
Blattabfälle, alte Goldschmied-
werkzeuge

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in der Annahme-

Wohnung
Wohnung mit 2 Zimmern, 1 Bad

Wohnung
Wohnung mit 3 Zimmern, 2 Bädern

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Kaufgesuche
Blattabfälle, alte Goldschmied-
werkzeuge

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in der Annahme-

Wohnung
Wohnung mit 2 Zimmern, 1 Bad

Wohnung
Wohnung mit 3 Zimmern, 2 Bädern

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Kaufgesuche
Blattabfälle, alte Goldschmied-
werkzeuge

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in der Annahme-

Wohnung
Wohnung mit 2 Zimmern, 1 Bad

Wohnung
Wohnung mit 3 Zimmern, 2 Bädern

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Kaufgesuche
Blattabfälle, alte Goldschmied-
werkzeuge

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in der Annahme-

Wohnung
Wohnung mit 2 Zimmern, 1 Bad

Wohnung
Wohnung mit 3 Zimmern, 2 Bädern

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Kaufgesuche
Blattabfälle, alte Goldschmied-
werkzeuge

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in der Annahme-

Wohnung
Wohnung mit 2 Zimmern, 1 Bad

Wohnung
Wohnung mit 3 Zimmern, 2 Bädern

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Kaufgesuche
Blattabfälle, alte Goldschmied-
werkzeuge

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in der Annahme-

Wohnung
Wohnung mit 2 Zimmern, 1 Bad

Wohnung
Wohnung mit 3 Zimmern, 2 Bädern

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Kaufgesuche
Blattabfälle, alte Goldschmied-
werkzeuge

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in der Annahme-

Wohnung
Wohnung mit 2 Zimmern, 1 Bad

Wohnung
Wohnung mit 3 Zimmern, 2 Bädern

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Möbel
Bequem, Möbel für Stube und
Küche

Kaufgesuche
Blattabfälle, alte Goldschmied-
werkzeuge

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in der Annahme-

Die Waldverkaufsvorlage für den Zweckverband Groß-Berlin.

Die Verbandversammlung des Verbandes Groß-Berlin tritt am Montag, 23. Februar, vormittags 10 Uhr im Berliner Rathaus zu ihrer nächsten Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung als wichtigster Punkt die Vorlage über den Erwerb fiskalischer Waldflächen steht. Der Vorlage ist eine Waldkarte beigegeben.

Nach einem Ueberblick über den bisherigen Gang der Verhandlungen zwischen dem Unterausschuß des Verbandsausschusses und des Verbandsausschusses und den Kommissaren der Staatsregierung teilt die Vorlage mit, daß die Minister für Landwirtschaft und der Finanzen zuletzt dem Zweckverbande nur insofern entgegengekommen (11) seien, als die sofortige Zahlung des Kaufpreises soweit zinslos hinausgeschoben werden solle, daß darin ein Nachschuß von 3 Millionen Mark, also von 53 auf 50 Millionen Mark, zum Ausdruck käme. Hiernach stellt sich das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen wie folgt:

a) Hinsichtlich der Flächen will die Staatsregierung über rund 40 000 Morgen nicht hinausgehen. Sie will ferner im wesentlichen nur dasjenige abtreten, was in der beigelegten Waldkarte dargestellt ist, auch wenn damit 40 000 Morgen nicht ganz erreicht werden sollten. Es sind also rund 5000 Morgen weniger, als vom Fiskus ursprünglich für 178 Millionen zur Verfügung gestellt wurde. Zu dem für den Verband geäußerten Wunsch, die Staatsregierung möge Verpflichtungen eingehen in bezug auf die Erhaltung der außerhalb des Verbandsgebietes liegenden Papenberg und der gleichliegenden Gelände am Saffrower See ist bei den kommissarischen Verhandlungen die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Staatsregierung ausgesprochen worden, auch hier einzelne Teile als Dauerwald unter noch näher zu vereinbarenden Modalitäten auszuscheiden. Von den jetzt angebotenen Dauerwaldflächen entfallen auf die Oberförsterei Grunewald etwa 3146 Hektar, Potsdam 518 Hektar, Tegel 1722 Hektar, Oranienburg und Schönevalde 417 Hektar, Grunewald-Dahme 2290 Hektar und Köpenick 1598 Hektar.

b) Was die wesentlichste Belastung des Besitzes anlangt, so kommt 1. die Wegebaulast in Betracht. Sie erstreckt sich nach einer Mitteilung des Landwirtschaftsministers auf 100,6 Kilometer, für deren Unterhaltung nach dem Durchschnitt der letzten drei Etatsjahre im ganzen jährlich 52 297 M. verausgabt worden sind, was auf den Kilometer 520 M. ausmacht. 2. Der Grunewald unterliegt insofern einer dauernden Belastung zugunsten der Charlottenburger Wasserwerke, als diese für alle Zeiten das Recht haben, längs des gesamten Grunewalds an der Habel Tiefbrunnen zu haben und auszunutzen. Außerdem steht den Charlottenburger Wasserwerken bis zum Jahre 2000 eine Grunddienstbarkeit des Inhalts zu, daß auf dem fiskalischen Teil des Gutsbezirks Grunewald-Forst von anderen als den Charlottenburger Wasserwerken Wasserwerksanlagen nicht betrieben werden dürfen, daß dagegen diese Werke das Recht zur Verlegung von Wasserleitungen auf den zum Zwecke der Bebauung angelegten Straßen und Plätzen der Oberförsterei Grunewald besitzen. 3. In der Oberförsterei Tegel sind, wie unlängst ermittelt wurde, Flächen von insgesamt 45 Hektar an vier Kirchengemeinden zur Benutzung als Friedhöfe bis 1892, 1907 und 1912 vergeben und 165 Hektar den Militärbehörden zur Benutzung als Schießstand, Sicherheitszonen usw. unbeschränkt überlassen.

c) Die schon früher verlangte vertragsmäßige Verpflichtung des Verbandes zur dauernden Erhaltung der zu erwerbenden Flächen als Freiflächen will die Staatsregierung grundsätzlich nicht aufgeben. Sie ist aber bereit, dem Verband das Recht der Veräußerung mit Zustimmung des Staatsministeriums im Einzelfalle unter der Voraussetzung zuzugestehen, daß der Verkaufserlös binnen längstens 5 Jahren zum Erwerb anderer Freiflächen verwendet wird.

d) Das Wiederkaufrecht will die Staatsregierung fallen lassen. Sie verlangt aber ihrerseits dafür, daß der Staat bei Enteignungen von Gelände keinen höheren Preis zu bezahlen habe, als den vom Verband gezahlten Durchschnittspreis von 50 Pf. für das Quadratmeter nebst 4 Proz. Zinsen für einen Zeitraum von höchstens 50 Jahren und dem beschränkten Ersatz für Aufwendungen. Diese Beschränkung des Enteignungspreises soll für 15 Proz. der gesamten vom Verbande zu erwerbenden Flächen, also für rund 6000 Morgen, in Betracht kommen ohne Rücksicht auf die Lage der Flächen und den Zeitpunkt der etwaigen Enteignung.

e) Als Preis werden 50 Millionen Mark für rund 40 000 Morgen, also auf das Quadratmeter berechnet 50 Pf. gefordert, dergestalt, daß die wirklich übereigneten Quadratmeter zu bezahlen sind. Zur Bewilligung von Teilzahlungen mit unverzinslichen Resten sind die Resorminister nicht bereit.

f) Ins Gewicht fällt noch, daß der Landwirtschaftsminister im Herrenhause zu Anfang vorigen Jahres die Erklärung abgegeben hat, der Stadt Berlin sei die Zusage gegeben worden, daß 3000 Hektar vom Grunewald überhaupt nicht preisgegeben werden sollten; es drohe nicht die Gefahr, daß der Grunewald in Privatwäldern gegeben werde, in welchem Falle würde sich die ganze öffentliche Meinung gegen die Staatsregierung wenden. Nach der jüngsten Erklärung der staatlichen Kommissare hat der Minister hiermit lediglich die Zusage wiederholen wollen, die seinerzeit auf eine Immediatengabe Berlins und einiger Vororte der Kaiser hat erteilt lassen. Dieser antwortend einem Vorschlage des Landwirtschaftsministers erlassene Bescheid ging dahin, daß es nicht in der Absicht des Kaisers liege, die Veräußerung des Hauptbestandteiles des Grunewalds als Waugelände zu genehmigen.

Der Verbandsausschuß hat sich einstimmig über folgende Vorschläge schlüssig gemacht:

a) Er schlägt vor, das staatliche Flächenangebot ungeachtet bestehender Bedenken für annehmbar zu erachten. Jedoch soll für die in der Oberförsterei Tegel-Süd auf dem zu erwerbenden Gelände zugunsten der Kirchengemeinden und der Militärbehörden begründeten, erst unlängst bekannt gewordenen Belastungen Ersatz verlangt werden, wozu in erster Linie die Schönholzer Heide in Aussicht zu nehmen sein dürfte.

b) Das von der Staatsregierung für die Fälle der Enteignung beanpruchte Zugeländnis betreffend den Käuferpreis erscheint nicht annehmbar. Nach Ansicht des Verbandsausschusses muß der einmal vollzogene Kauf ein endgültiger sein. Damit und mit dem Zwecke des Erwerbes wäre es nicht zu vereinbaren, wenn der Staat jederzeit in der Lage wäre, zu dem Gemeinheitspreise zusätzlich zeitlich beschränkter Zinsen große Teile zurückzuerwerben. Den beiderseitigen Interessen wird Rechnung getragen, wenn für nicht ausfindbare Fälle der Enteignung die Bestimmungen des Enteignungsgesetzes über die Entschädigung Platz greifen. Dagegen erscheint es auch vom Standpunkt der Interessen

des Verbandes aus möglich, der Staatsregierung insofern entgegen zu kommen, daß ihr für eine Anzahl Jahrzehnte das Recht zugestanden wird, in Fällen der Enteignung dem Verbande an Stelle der gesetzlichen Varentschädigung geeignete Ersatzflächen unentgeltlich zu überweisen. Da die Staatsregierung noch reichlich 2000 Morgen in dem hier in Betracht kommenden Umkreise von Berlin besitzt, besteht sehr wohl für lange Jahre die Möglichkeit, von einer solchen Verfügung Gebrauch zu machen.

c) Im Falle der Einigung über diesen Punkt hält es der Verbandsausschuß für angängig, dem Staate den geforderten Preis von 50 Millionen Mark für 40 000 Morgen, berechnet nach dem Einheitspreise von 50 Pf. für ein Quadratmeter und der Gesamtzahl der übereigneten Quadratmeter zu bewilligen mit der Maßgabe, daß bei einer Anzahlung von 5 Millionen Mark bis zur endgültigen Abtragung des unverzinslichen Restkaufgeldes zwölf Jahresraten von je 3,75 Millionen Mark abgezahlt werden.

In einem besonderen Abschnitt werden dann die zahlreichen Eingaben von Gemeinden und Vereinen zur Waldfrage aufgeführt. Soweit diese Anregungen nicht über den Rahmen der Vorlage des Verbandsausschusses hinausgehen, werden sie mit der Fassung des vom Verbandsausschuß vorgeschlagenen Beschlusses im wesentlichen befriedigt werden.

Parteiangelegenheiten.

Wilmerdorf. Am Montag, den 9. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Bitorogarten“, Wilhelmstraße 114 (Eingang vom Garten aus): Öffentlicher Vortrag: „Der Geburtenrückgang als soziales Problem“. Referent: Prof. Dr. med. Blaschko. Zu der Versammlung, die vom Bildungsausschuß und Frauenleseabend gemeinsam einberufen ist, sind Männer und Frauen willkommen. Eintrittspreis 10 Pf. an der Abendkasse.

Tempelhof. Heute Sonnabend, abends 8 Uhr, im Wilhelmsgarten, Berliner Str. 49: 1. Kompositionabend (Schubert). Mitwirkende: Das Kutschke-Quartett (1. Violine, 2. Violine, Cello, Bass). Gesang: Herr Dr. Rud. Klutmann (Bariton). Am Flügel (Piano) Hr. Praetorius. Kinder unter 6 Jahren haben freien Zutritt. — Eintrittskarten inkl. Einführung und Bierbelegte 60 Pf. — Auch die Mariendorfer Genossen werden auf diese Veranstaltung aufmerksam gemacht.

Jossen. Sonntag früh 8 Uhr treffen sich sämtliche Genossen bei Scherler zur Broschürenverteilung.

Nieder-Schönhausen. Zu der morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr, in Röhlsend stattfindenden öffentlichen Versammlung treffen sich die Genossen um 2 Uhr im Lokal von Bratvogel in Röhlsend.

Röhlsend und Umgegend. Morgen Sonntag, nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus zur „Sonne“: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Freies Koalitionsrecht und die Hege der Scharfmacher. Referent: Gauleiter Hermann Kämpfer.

Berliner Nachrichten.

Ueber die Familienpflege für Geisteskranke

sprach kürzlich in der Gesellschaft für Medizin, Hygiene und Medizinallstatistik der Daldorfer Pfleglingsarzt Dr. Bernhard. Er berief sich einleitend darauf, daß diese Art der Pflege schon vor dreißig Jahren bald nach Eröffnung der Daldorfer Irrenanstalt eingeführt und heute allgemein in Europa für das Irrenpflegewesen gebräuchlich sei. Mit 165 Männern und 168 Frauen, die im Jahre 1913 seitens einer einzigen Irrenanstalt in Familienpflege gegeben wurden, reise Daldorf an der Spitze. Besonders geeignet für die Familienpflege seien ruhig genordene Hauslose, mäßig Verblödete, höherstehende Idioten, noch nicht hinjüngig Senile und Refrakteszenten mit akuten geistigen Störungen. Das Schwierigste und Verantwortlichste sei die Auswahl der Pflegestellen, die sich für die städtischen Irrenanstalten Berlins zumeist in Berlin selbst und in Charlottenburg befinden. Ein Fünftel der weiblichen Daldorfer Pfleglinge ist in Privatanstalten (!) untergebracht, ein Drittel in der eigenen Familie oder bei entfernteren Verwandten. Mit dem Pflegegeld von höchstens 30 M. monatlich werde meistens die Rente bedekt. Wenn der Vortragende sagte, daß die meisten Pfleger gutmütige, stille Deutschen sind, die dankbar seien, in dem Pflegeheim einen „Gesellschafter“ zu finden, so ging aus den weitesten Ausführungen hervor, daß die Verhältnisse denn doch nicht ganz so rosig sind, sogar viel zu wünschen übrig lassen. Dr. Bernhard selbst gab zu, daß manche Pflegestelleninhaber, deren Verhältnisse also vorher durch den Pfleglingsarzt sondiert waren, die Anstalt täuschen, indem sie die Pfleglinge gar nicht beiseit behalten, sondern anderweitig unterbringen und von anderen Leuten ausnützen lassen. Ist seien es gerade die Angehörigen, die ihre Pfleglinge auf diese Weise ausnützen. Die Pflegestellen werden schlechter, je mehr sie nach der inneren Stadt hinein und nach dem Westen zu liegen, wo die Mieten teurer sind. Wenn dann der Vortragende erklärte, daß die meisten Pfleglinge sich gar nicht beschäftigen, da sie körperlich dazu nicht imstande sind, so muß doch die Frage aufgeworfen werden: wozu leben diese Pfleglinge, da doch das geringe Pflegegeld ungefähr die Rente deckt? Die Antwort ist, daß die Pfleger von ihren Pfleglingen einen Vorteil haben, von dem die Anstalt nichts weiß oder nichts wissen will. Entweder beschäftigt sich der Pfleger und beschäftigt sich von dem Verdienst zum größten Teil selbst oder er beschäftigt sich nicht, verdient also auch nichts und erhält eine durchaus unzureichende, sehr minderwertige Verpflegung, so daß manche Pfleglinge tatsächlich auf den Bettel gehen. Nicht wegzuleugnen ist es auch, daß nicht wenige Pfleglinge gezwungen werden, ganz ohne Lohn oder für ein kaum nennenswertes Taschengeld täglich viele Stunden für den Geschäftsbetrieb des Pflegers zu arbeiten, was ebenfalls eine Ausnützung darstellt. Die von den städtischen Irrenanstalten mit den Pflegern abgeschlossenen Pflegeverträge begünstigen eine derartige Ausnützung.

Die Berliner Armenverwaltung hat vor einiger Zeit eine Vertrauenskommission eingesetzt, deren Mitglieder nach Bedarf die Pflegeverhältnisse außerhalb Berlins prüfen und überpähen sollen. Gerade von diesen auswärtigen Pflegestellen, wo der Pfleger völlig dem Ausnutzungssystem des städtischen Besitzers preisgegeben ist, kommen viele Klagen. — Am Schluß seines Vortrages erklärte Dr. Bernhard auch nur, es sei in mehreren Fällen gelungen, Pfleglinge zur Selbstständigkeit zu bringen, die viele Jahre in der Anstalt und hierauf in Pflege gewesen waren.

Mehreinnahme an Steuern infolge des Wehrbeitrages.

Die Dezerenten der Berliner Steuerberatungskommission haben nach einer oberflächlichen Berechnung der bisher eingegangenen Einkünfte zur Wehrsteuer festgestellt, daß mindestens vier Millionen Mark an Steuern mehr eingeht, als nach der vorjährigen Veranlagung zur Staatseinkommensteuer zu erwarten war. Für die

Finanzen der Stadt Berlin ist dieses Ergebnis nicht ohne Einfluß. Die Ergänzungsteuer wird vermutlich einen erheblich höheren Ertrag ergeben.

Zur Eingemeindung von Reinickendorf nach Berlin.

Nachdem der Magistrat Berlin bereits in seiner vorigen Sitzung gegenüber einer Anregung der Gemeinde Reinickendorf, diese in Berlin einzugemeinden, seine grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt hatte, hat er in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, dem inzwischen eingegangenen formellen, einstimmigen Antrag der Gemeindeorgane zuzustimmen, wonach die dortige Einwohnerschaft mit allen Rechten und Pflichten Berliner Bürger in den Verband der Stadtgemeinde aufgenommen zu werden wünscht. Angesichts der insofern der Nähe Berlins ständig wachsenden Ansprüche und der damit teils verbundenen, teils zu befürchtenden finanziellen Belastung erscheint der Gemeinde Reinickendorf der Anschluß an Berlin als der natürlichste Ausgleich und die beste Wahrung ihrer gegenwärtigen und künftigen Interessen. Der Magistrat Berlin hat dieser Auffassung beigepflichtet. Unsere Stadt ihrerseits wird in der Angliederung eines Gebietes von 1000 Hektar und einer Gemeindeverwaltung, deren wirtschaftliche Verhältnisse als durchaus gesund bezeichnet werden müssen, nicht unerhebliche Vorteile mindestens allgemeiner Natur erblicken dürfen.

Es sollen nun nach Einholung der Zustimmung der Stadtverordneten in Gemeinschaft mit dem Gemeindevorstand Reinickendorf an die zuständigen Stellen alsbald die erforderlichen Anträge gestellt werden.

Wieder ein Wohnhaus unter Wasser Sperre.

Der heftigste und gefährlichste Brauch, einem Grundstück die Lieferung des Wassers abzuschneiden, wenn der Besitzer das Wassergeld schuldig bleibt, wird von der Stadt Berlin immer noch für zulässig gehalten. Den skandalösen Vorkommnissen dieser Art, über die wir in den letzten Jahren zu berichten hatten, reiht sich ein allerneuester Fall an. Seit einer Woche ist über das Wohnhaus Reinsberger Straße 41, dessen Besitzer außerhalb Berlins wohnt, die Wasser Sperre verhängt, angeblich deshalb, weil das Wassergeld schon längere Zeit hindurch nicht bezahlt worden sei. In den der Gesundheit drohenden Gefahren, die eine solche Sperre über ein Wohnhaus bringen kann, kommt hier noch eine schwere Gefährdung durch einen etwa ausbrechenden Brand. Auf dem Grundstück befinden sich außer 20 Wohnungen mit zum Teil recht kinderreichen Familien auch mehrere Gewerbebetriebe, ein paar Tischlereien, eine Schlosserei, eine Goldblechfabrik, eine Stuckwerkstätte. Für den Wirtschaftsgebrauch holen die Bewohner des Hauses das Wasser aus einem Straßentrunk, der ziemlich weit entfernt ist. Bei einem Brande müßten aus dieser Erschwerung der Wasserzufuhr sich die verhängnisvollen Folgen ergeben. Die Polizei ist angerufen worden, doch ist sie machtlos gegenüber den Wasserwerken der Stadt. Hausbewohner haben eine beträchtliche Summen zusammengebracht, um aus eigener Tasche das Wasser zu bezahlen, aber sie scheint den Wasserwerken noch nicht zur Aufhebung der Sperre zu genügen. Verlangt wird auch Hergabe einer Kaution, damit die Zahlung der weiter entstehenden Kosten gesichert ist. Es ist unbegreiflich, daß immer wieder die Wasserwerksverwaltung sich auf den Standpunkt eines Geschäftsmannes stellt, der die Warenlieferung unterbricht, wenn die Zahlung ausbleibt. Die Wasserlieferung durch die Stadtgemeinde ist kein Geschäft, sondern gehört zu jenen Aufgaben, denen sie sich unter keinen Umständen entziehen darf.

Ins Irrenhaus abgeschoben!

In Nr. 35 meideten wir, daß aus der Dr. Ludwig Meher'schen Privatklinik in der Kominiener Straße ein nach Schlaganfall eingelieferter Maschinenarbeiter L. ohne vorherige Benachrichtigung seiner Ehefrau nach Schöneberg in die Maison de Santé gebracht worden war. Hierzu erhalten wir folgende Zuschrift:

„Im Auftrage des Dr. Ludwig Meher, Inhaber der Privatklinik Kominiener Str. 35, erlaube ich Sie unter Berufung auf § 11 des Pflegegesetzes ergeblich, Ihren Artikel vom 5. Februar 1914 mit der Ueberschrift „Ins Irrenhaus abgeschoben“ in folgender Weise zu berichtigen. 1. Der Patient L., dessen schwer unruhiger Zustand seine Ueberführung in speziell nordenärztliche Behandlung erforderlich machte, ist von seiten meines Mandanten nicht in ein Irrenhaus, sondern in die offene Nervenanstalt der Maison de Santé überwiesen worden. In der Maison de Santé wurde der Patient L. dem Schöneberger Kreisarzt Dr. Platten zur Untersuchung vorgeführt, und dieser attestierte, daß bei L. ein Zustand geistiger Schwäche besteht, der als die Folge fortschreitender Gehirnlähmung aufzufassen ist. Die Aufnahme in die Anstalt war erforderlich. Die Ueberführung des Patienten L. in die Irrenanstalt ist dann lediglich auf Anordnung des betreffenden Kreisarztes erfolgt. 2. War der Tag, an welchem der Patient in die Nervenanstalt der Maison de Santé übergeführt wurde, ein Sonntag, an welchem die Postanstalten nicht tätig sind, und würde eine Benachrichtigung erst Montag früh bei der Ehefrau des Patienten eingegangen sein. Da aber die Ehefrau bereits am selben Sonntag 3 Stunden später erschien und von dem genauen Sachverhalt Kenntnis nahm, so war es selbstverständlich überflüssig, ihr noch zu Montag auch per Post eine Zuschrift zu machen. Hochachtungsvoll Dr. Möller, Rechtsanwalt.“

Was ist denn da eigentlich „berichtigt“ worden? Die Maison de Santé hatten wir selber genannt. Soll sie kein „Irrenhaus“ sein? Nur in die „offene Nervenanstalt“ dieser Anstalt wurde L. überwiesen! Nun wissen wirs. Wir fragten, wer denn bei einem so schleunigen Verfahren über die Abschiebung ins Irrenhaus entscheidet. Patient wurde in der Maison de Santé einem Kreisarzt vorgeführt. Wohl gemerkt: erst dort, nicht etwa schon in der Mayer'schen Klinik! Wann die Vorführung und Untersuchung stattfand, sagt die Zuschrift nicht. Verheben wir recht, so wurde L. dann aus der „offenen Nervenanstalt“ in die „Irrenanstalt“ überwiesen. Wir widerholen: Was ist denn da „berichtigt“ worden?

Daß man mit dem „schwer unruhigen“ Patienten noch am späten Abend von der Kominiener Straße nach der Charté und von da nach dem Wichow-Stranzenhous kutschierte und dann, weil beide Anstalten ihn abweisen, ihn noch für die Nacht nach der Kominiener Straße zurückbrachten, wird in der Zuschrift mit keinem Wort berührt. Das bleibt also unbesprochen. Eine vorherige Benachrichtigung der Ehefrau hat man unterlassen. Sie soll auch nicht möglich gewesen sein, weil's Sonntag war. Nein, Sonnabend war, als der erste und erfolglose Versuch gemacht wurde, den „schwer unruhigen“ Patienten in eine andere Anstalt zu bringen! Ehe er dann am Sonntag in die „offene Nervenanstalt“ der Maison de Santé überwiesen wurde, hätte man sehr wohl noch die Ehefrau benachrichtigen und befragen können. Weiß man in der Mayer'schen Klinik nicht, daß es Rohrpost und Telegraph gibt, die auch am Sonntag tätig sind?

Es bleibt dabei: Die Ueberweisung ohne Wissen der Ehefrau

war ungehörig. Wer ist noch sicher vor einer Ueberweisung in die „offene Anstalt“ der Maison de Santé, wenn dabei so rasch vorgegangen werden darf!

Frauen in die Waisen-Deputation.

Die Freie Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung (Vorsitzender Düring in Gemeinschaft mit Baurat Arrie, Stadtverordnetenvorsteher Wischiet, Vordirektor Rommelen u. a.) haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet:

Wir beantragen zu beschließen: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, einer Vermehrung der Waisen-Deputation um zwei, durch Bürgerdeputierte zu besetzende Stellen zuzustimmen.“ — Der Antrag bezweckt daselbe, wie ein anderer Antrag, der die Vermehrung der Mitglieder der Armen-Direktion um drei Frauen vorschlägt, um auch die Mitarbeit von Frauen bei der Waisen-Deputation zu sichern.

Die Stellung der Frau in der Waisenverwaltung ist eine andere als die in der Armenverwaltung. Während die Frau als Armenpflegerin in der Armenkommission stimmberechtigt ist, bildet die Frau in der Waisenpflege nur helfendes Organ und hat im Gemeindevaisenrat kein Stimmrecht. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, lehnt der Delegierte der Waisen-Deputation es ab, eine Frau als Vorsitzende eines Gemeindevaisenrats zu bestätigen. In der Waisen-Deputation ist die Frage der Aufnahme von Frauen in die Deputation vor Jahresfrist von unseren Genossen angeknüpft worden, große Neugier hat sich aber für diesen Antrag nicht kund. Nachdem aber nun das Eis gebrochen ist, dürften der Aufnahme von Frauen in die Waisen-Deputation kaum noch Schwierigkeiten im Wege stehen.

Ein schwerer Automobilunfall.

hat sich am gestrigen Freitagmorgen gegen 1/2 5 Uhr in der Mödenerstraße ereignet. Dort spielten an der Ecke der Halleschen Straße zahlreiche Kinder, darunter auch die sechsjährige Ruth Vöhrder, die Tochter des in der Halleschen Straße 18 wohnenden Schneidemeisters V. Als ein Automobil herannah, ließen die Kinder erschreckt auseinander. Während die übrigen Kinder sich in Sicherheit brachten, rannte die Kleine V., wohl in der Angst, gegen den Kraftwagen und wurde unterflissen. Das Mädchen geriet unter das Gewicht, dessen Vorderäder über den Körper der Kleinen hinweggingen. In brennend-rottem Zustande wurde die Verunglückte, die schwere äußere und innere Verletzungen davongetragen hat, nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer und von dort nach Anlegung von Notverbanden nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. Der Zustand des bedauernswerten Kindes ist sehr bedenklich.

Großfeuer in der Mühlenstraße.

Auf dem Grundstück Mühlenstr. 77, wo schon vor einigen Jahren einmal ein Großfeuer wütete, kam gestern gegen Abend ein umfangreicher Brand zum Ausbruch. In den Kellereien des langgestreckten Hauptgebäudes hat die Papierfabrik von Wrede & Co. Feuer seinen Herd. Als der Löschzug aus der Memelerstraße eintraf, schien es, als ob das Feuer nur eine geringe Ausdehnung habe. Es wurde mit drei Rohren Wasser gegeben, doch gestalteten sich die Löscharbeiten infolge starker Rauchentwicklung sehr schwierig. Obgleich gewaltige Wassermengen in den Keller gestrikt wurden, griff der Brand plötzlich mit großer Gewalt an sich. Der leitende Brandoffizier sah sich daher veranlaßt, durch die Rauchmelder „Mittelfeuer“ noch weitere Verdäckerungen heranzuziehen. Auf die Nachmeldung eilte auch Branddirektor Reichel zur Brandstelle, um die Leitung der Löscharbeiten persönlich zu übernehmen. Es wurden noch mehrere Schlauchleitungen angesetzt, so daß schließlich aus 10 Rohren Wasser gegeben wurde. Die vollständige Wälschung zog sich noch bis in die Nacht hin. Vom städtischen Rettungswesen waren unter Leitung des ärztlichen Direktors mehrere Verletzte und Krankenwagen auf der Unfallstation anwesend.

Drei vermuthliche Mordtäter beschäftigten die Kriminalpolizei. An drei verschiedenen Stellen wurden kleine Leichen aufgefunden und zur Feststellung der Todesursache nach dem Schauhaus gebracht. Auf der Spädaufbewahrungsstelle des Potsdamer Bahnhofes war es aufgefallen, daß aus einem Karton, der am 25. Januar aufgegeben worden war, ein sehr übler Geruch entströmte. Als man daraufhin nachsah, fand man darin die schon stark in Verwesung übergegangene Leiche eines neugeborenen Mädchens. Spuren dritter Gewalt waren an der Leiche nicht zu sehen. — Auf dem Bahnhof Gesundbrunnen wurde in einem Automatenobort die Leiche eines neugeborenen Knaben aufgefunden, die in Zeitungspapier eingewickelt war. — Die dritte Leiche fand man auf dem Treppenhof eines Warenhauses in einem Papierkorb.

Die Eisfläche des Müggelsees hat sich infolge der letzten Nachtfröste zu einer tadellosen spiegelglatten Eisbahn gewandelt. Das Eis selbst weist eine Stärke von 8—10 Zoll auf. Die etwas warme Witterung der letzten Tage hat dem Eis nicht nur nichts geschadet, sondern zur Glätte außerordentlich beigetragen.

Zeugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am Dienstag, den 3. Februar d. J., in der Luisenstraße unweit Karlovplatz gegen 1 Uhr mittags eine Frau mit Kind von einem Geschäftsausumgehenden wurden, werden gebeten, ihre Adresse bei Thiene, Stargarder Straße 78 II, abzugeben.

Kleine Nachrichten. An der Oberbaumbrücke sprang am Donnerstagabend ein unbekannter Mann in die Spree und ertrank. Er ist etwa 1,70 Meter groß, hat blondes Haar und ebenfalls Schnurrbart, ein längliches Gesicht und trug einen dunkelroten Anzug, einen blauen Sweater, ein graues Plaidhemd, große Stiefel und schwarze Schuhschuhe. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht. — Gestorben ist der 17 Jahre alte Arbeiter-Ludwig Wollschläger, der am Montag an der Ecke der Karl- und Friedrichstraße von einer Kraftdrosche überfahren wurde.

Vorortnachrichten.

Neußlin.

Stadtverordnetenversammlung. Die Sitzung am Donnerstag erklärte zunächst die Wahlen der am 4. Januar d. J. in den Wahlbezirken 9 und 19 gewählten Genossen Robert Diche und Rudolf Schulz für gültig. Die Einführung der beiden Neugewählten erfolgte sofort. Der Bericht der gemischten Kommission zur Beratung des Ortstatuts betr. Verrückung der Beamten, Lehrer und Angestellten von der Krankenversicherungspflicht führte zu einer lebhaften Debatte. Stadtverordneter Dr. Fürtz (Soz.) bekämpfte grundsätzlich die im Ortstatut enthaltene Durchbrechung der Reichsversicherungsordnung, wolle man aber die Verrückung der in Betracht kommenden Angehörigen trotzdem vornehmen, so müsse aus dem Ortstatut die Möglichkeit gestrichen werden, daß an Stelle der zu gewöhnlichen Regelleistungen der in Frage kommenden Krankenkasse noch Subventionen des Magistrats auch das 15 fache Krankengeld gewährt werden könne. Letzteres zeichne bei einer ersten Krankheit für Arzt, Medizin und sonstige Hilfsmittel nicht entfernt aus und stelle also eine erhebliche Schädigung der Versicherungsnehmer dar. Diese Bestimmung sei also unbedingt zu streichen und die Gewährung der Regelleistung zu statuieren. Für eine Handhabung der im Ortstatut zugelassenen beiden Möglichkeiten im sozialen Sinne biete der Magistrat keine Gewähr, habe er doch der alten Mutter einer kürzlich verstorbenen Krankistin weder ein Sterbegeld, noch das Gehalt für den laufenden Monat voll ausgezahlt, und diese mit der kurzen Wittilung abgepeist, daß lediglich das

Restgehalt bis zum Todeslage zu Verfügung stehe. Eine derartige antisoziale Maßregel erlaube sich kein anständiger Privat- arbeitsgeber. — Stadtrat Dr. Mann bemühte sich, die Vorwürfe des Vorredners zu entkräften und behauptete, der Fall der Krankistin sei noch nicht erledigt; die Hinterbliebenen derselben hätten einen Antrag auf Gewährung weiterer Bezüge stellen sollen. — Stadtr. Conrad (Soz.) bemerkte demgegenüber, daß ein solcher Antrag durchaus überflüssig sei und der Magistrat ohne einen solchen einschlägigen Bescheid erfüllen müßte. — Die bürgerliche Mehrheit lehnte den sozialdemokratischen Antrag nichtbedenklicher ab und votierte mit 33 gegen 30 sozialdemokratische Stimmen für das vorgelegte Ortstatut.

Dem neuen Entwurf des Ortstatuts über die Anstellung der städtischen Beamten wurde debattelos zugestimmt.

Einmütig genehmigt wurde der Vorschlag des Magistrats, eine neue Anleihe im Betrage von 3700000 M. auszunehmen. Ueber den Verwendungszweck der Anleihe berichteten wir kürzlich.

Debattelose Genehmigung fand der Antrag der Deputation für die städtischen Werke, in der Ganshofenstraße Casnieberstraße 11a eine neue Feuer- und Wasserleitung einzurichten und der Vorschlag der Verkehrsdeputation, an Stelle der beabsichtigten Instandsetzungs- und Verstärkungsarbeiten an der Wildenbruchbrücke neben derselben eine Holzbrücke aus Holz mit eisernen Tragkonstruktionen aufzuführen und dadurch die spätere Erbauung einer massiven Brücke zu erleichtern.

Für das Rieselgut Voddinsfelde wurden verschiedene Neubauten bewilligt, mit Ausnahme eines Hundewischplatzes, über dessen Errichtung von den Mithürgerlichen eine erneute Kommissionsberatung gefordert wurde. Stadtr. Wuyh (Soz.) beantragte die nochmalige Zurückverweisung an die Verkehrsdeputation, da die Notwendigkeit des Baues in der Vorlage ausreichend begründet sei. — Der Veräußerungsantrag wurde dann auch mit 32 gegen 31 Stimmen abgelehnt, sonderbarerweise aber auch die ganze Vorlage, da bürgerliche Stadtverordnete, die erst für diese lebhaft plädiert hatten, umfielen und sie niederstimmen halfen. Zu erregten Auseinandersetzungen führte die vorgeschriebene Neuwahl von 5 Mitgliedern für die Schuldeputation, weil die bürgerliche Mehrheit die Vorschläge der Sozialdemokraten im Wahlstand abgelehnt hatte. Der Berichterstatter des letzteren, Stadtr. Vögelle, schlug zur Wahl den Vorsteher Sander und die Stadtr. Collberg, Rosenow, Weder und Winter vor. — Stadtr. Dr. Silberstein (Soz.) protestierte gegen die Nichtbeachtung sozialdemokratischer Kandidaten und schlug zur Wahl die Genossen Dr. Fürtz und Schulz vor. Der geltendgemachte Grund, daß die Befähigung von sozialdemokratischen Mitgliedern für Schuldeputationen ja doch nicht erfolge, sei zwar nicht stichhaltig, dafür aber sehr bequem. Bei dem in einer solchen Haltung liegenden Mangel an Mut dürfe sich das Bürgerthum gar nicht wundern, wenn die Regierung die Selbstverwaltung nicht überlassen wolle, wenn man sich nicht einmal an die Wahl von Sozialdemokraten heranwage, so sei das geradezu ein Anreiz für die Regierung, widerrechtlich und dauernd Sozialdemokraten die Befähigung zu verweigern. Das sei um so unerträglich, als doch gerade die Vertreter der Arbeiterklasse das erhebliche Interesse an der Volksschule hätten. Welche die bürgerliche Mehrheit auch jetzt wieder einmal in Wilderei und Liebeserei vor der Regierung, so müsse sie es sich gefallen lassen, als Mitschuldige der reaktionären herrschenden Gemaltes bezeichnet zu werden. Man solle doch endlich einmal als aufrechter Mann und Bürger handeln. — Stadtr. Abraham beteuerte, selbst keine Bedenken gegen die Wahl von Sozialdemokraten in die Schuldeputation zu haben. Wenn er trotzdem dagegen sei, so aus Zweckmäßigkeitsgründen und weil er nicht gern einen Kampf gegen Windmühlensügel führe. Liebeserei und Mangel an Mut sei es gewiß nicht. — Stadtr. Klotz (Soz.) bemerkte dem Vorredner gegenüber, daß mit den schönen Worten des bürgerlichen Reichthums nichts anzufangen sei; man solle endlich Taten sehen lassen. Es sei nichts anderes als eine Folge des Mangels an Bürgerthum und Mannesmut, wenn dem Bürgerthum im Sinne der ihm gebührenden Ehrfurcht keine Rücksicht auf die Interessen der verhältnismäßig kleinen Clique unserer Junken nehmen, die es wohl verstände, der Regierung ihren Willen aufzuzwingen. Wenn es die preussische Regierung in früheren Entscheidungen aber fertiggebracht habe, den Sozialdemokraten die städtische Qualifikation für das Amt eines Schuldeputationsmitgliedes abzusprechen, so müsse jeder Unbefangene zustimmen, wenn er erklärt, daß einer solchen Regierung selbst völlig die städtische Reife zu einem derartigen Urteil fehle. — Die bürgerliche Mehrheit lehnte geschlossen die sozialdemokratischen Kandidaten ab und wählte die vom Berichterstatter vorgeschlagenen.

Als Bürgerdeputierter für den Vorstand der städtischen Sparkasse wählte die Versammlung an Stelle des verzogenen Genossen Freier den Genossen Moris Köster.

Für die Prüfung der in der vorigen Sitzung vorgelegten Polizeiverordnung über den Rehwang im Schornsteinfegergewerbe war eine gemischte Kommission eingesetzt worden, welche diese Verordnung abgelehnt hat. Trotzdem hat sich der Magistrat, wie er der Versammlung mittheilte, auf den entgegengegesetzten Standpunkt gestellt. Stadtr. Hoppe (Soz.) empfahl als Berichterstatter der Kommission, den Beschluß der letzteren sich zu eigen zu machen und sich gegen die Polizeiverordnung auszusprechen. Er tadelt die Eile des Magistrats, der lokalweise das Votum der heutigen Versammlung hätte abwarten können. Die vom Polizeipräsidenten vorgelegene Verordnung sei völlig unzulässig und könne nur als ein fiesler Friede bezeichnet werden, der sicher bald durch einen erneuten Krieg mit den Schornsteinfegermeistern abgelehnt wird. Eine allgemein befriedigende Lösung könne nur durch die Uebernahme des Rehwangs in städtische Regie erreicht werden. — Stadtr. Rieck bemühte sich, die Haltung des Magistrats zu verteidigen, der sich lediglich von dem praktischen Gesichtspunkt habe leiten lassen, daß die Ablehnung der vorliegenden Polizeiverordnung die Aufrechterhaltung der alten Zustände nach sich ziehe; man werde sich nicht bedenklicher bemühen, eine befriedigende Regelung vorzubereiten und hoffe, dabei nicht wieder von den Grundbesitzern im Stiche gelassen zu werden. — Die Versammlung trat mit Mehrheit dem Vorschlage ihrer Kommission bei.

Die fortgeschriebene Einwohnerzahl Neußlins betrug nach vorläufiger Feststellung des Statistischen Amtes am 1. Februar 1914: 273 030 (gegen 267 604 am 1. Februar 1913). Als zugezogen wurden 2880 Personen gemeldet, während die Zahl der Fortgezogenen 2902 betrug.

Gewerbegerichtswahl.

Am Sonntag, den 8. Februar, in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags, findet die Wahl der Arbeitnehmer, am Montag, den 9. Februar, in der Zeit von 4 bis 7 Uhr, die der Arbeitgeber statt. Für die Arbeiterschaft ist das Gewerbegericht von hoher sozialer Bedeutung. Gerade in den letzten Zeiten der Krise ist bemerkt worden, daß viele Arbeitgeber dem Arbeiter den Lohn streift zu machen suchen, weil ja draußen die Reservearmee der Arbeitslosen wartet. In solchen Fällen ist der Arbeiter dann gezwungen, das Gericht anzurufen und da ist es nicht gleichgültig, wer der Richter ist. Ganz besonders verweisen wir auf die Arbeitgeberwahlen, auch hier ist es notwendig, darauf hinzuwirken, daß die Liste der freien Arbeitgeber, welche mit dem Namen Wiberi Wendt beginnt, gewählt wird. Es werden alle Arbeiter und Parteigenossen ersucht, ihr möglichstes aufzubieten, auch den letzten für uns in Betracht kommenden Wähler an den Wahltag zu bringen.

Charlottenburg.

„Notstandsarbeiten“ in Charlottenburg. Uns wird geschrieben: Die Art, wie städtische Behörden die jetzt herrschende Arbeitslosigkeit bekämpfen, findet in den Notstandsarbeiten, die auf Veranlassung des Magistrats der Stadt Char-

lottenburg durch das Tiefbauamt vorgenommen werden sollen, eine sonderbare Illustration. Das Tiefbauamt will als Notstandsarbeiten Aufbesserungen von Bürgerthümern vornehmen. Diese Maßnahme wäre ohne weiteres zu begrüßen, nur birgt sie den einen Fehler, daß nicht jeder Arbeitslose solche Arbeiten ausführen kann. Das Tiefbauamt wandte sich an den städtischen Arbeitsnachweis, um zehn Steinseher und Kammer zu erlangen, denen ein Stundenlohn von 55 Pf. resp. 48 Pf. angeboten wurde. Um städtischen Arbeitsnachweis wurde den Leuten erklärt, daß es sich bei den Arbeiten, die sie verrichten sollten, durchaus nicht um berufliche Arbeiten handle, sondern um Notstandsarbeiten allgemeiner Natur. Als die Arbeiter dann auf dem Bauamt erschienen, daß es sich um reine Berufsarbeiten handle, waren sie der Meinung, daß dafür der angebotene Stundenlohn doch etwas zu gering sei. Der tarifliche Lohnsatz beträgt für Steinseher 85 und für die Kammer 65 Pf. pro Stunde. Um nun eine endgültige Klarstellung der ganzen Sachlage herbeizuführen, beauftragte eine am 3. Februar stattgefundene Versammlung der arbeitslosen Steinseher und Kammer von Charlottenburg eine dreigliedrige Kommission, bei dem Delegierten des Tiefbauamtes, Herrn Stadtbaurat Brodtmeier, vorstellig zu werden. Der Herr Stadtbaurat erklärte denn auch, daß die Arbeiten für die Steinseher und Kammer nicht als Notstandsarbeiten zu betrachten seien, das treffe nur für die Hilfsarbeiter zu, die einen Tagelohn von 2 bis 3 M. erhalten sollten. Für Steinseher, Maurer und Zimmerer lasse die Stadt keine Notstandsarbeiten ausführen, denn diese hätten im Sommer einen so hohen Lohn, daß sie für den Winter etwas davon erübrigen könnten. In diesen Berufen sei die Arbeitslosigkeit im Winter eine normale Erscheinung. Da die Steinseher vom 15. November bis 15. März auf Arbeit überhaupt nicht rechnen könnten, sei der angebotene Stundenlohn von 55 Pf. durchaus gerechtfertigt. Den Einwand der Kommission, daß die Steinseher im letzten Sommer von einer großen Arbeitslosigkeit heimgejagt worden seien, beantwortete der Baurat dahin, daß er keine Not anerkennen könne, sobald man sich weigere, für 55 Pf. Stundenlohn zu arbeiten. Jetzt also sollten die Arbeiten auch „Notstandsarbeiten“ für die Steinseher und Kammer sein. Daß die Steinseher bei Pflasterarbeiten für die Stadt auch den tariflichen Lohn verlangen könnten, lehnte er mit dem Bemerkens ab, daß nach den Beschlüssen der Bau- deputation dies nicht angängig sei.

Die Verhandlung mit dem Stadtbaurat hinterließ bei den Beteiligten einen geradezu deprimierenden Eindruck. Diese für die „Hilfsarbeiter“ vorgesehenen Notstandsarbeiten zeigen sich noch in einem besonderen Lichte, wenn man erwägt, daß die Bürgerfreigewerkschaften nur wenige Hilfsarbeiter nötig sind; die Hauptarbeit muß von den gelehrten Arbeitern hergestellt werden. Oberdenn sollte das nötige Handwerkszeug für diese Pflasterarbeiten von den Steinsehermeistern — geborgt werden.

Uebrigens erklärten die arbeitslosen Steinseher und Kammer Charlottenburgs, daß sie auf das Angebot des Tiefbauamtes von 55 Pf. Stundenlohn nicht eingehen können. Jetzt finden die Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrages statt. Von den Unternehmern ist bereits der Ruf erfolgt, das Beispiel des Tiefbauamtes der Stadt Charlottenburg nachzuahmen. Ganz richtig argumentieren die Unternehmern, wenn man hört zu einem um 27 Pf. geringeren Lohnsatz arbeite, so müsse das auch bei ihnen möglich sein. Um nicht die Allgemeininteressen der Steinseher durch diese löshenkende Maßnahme des Tiefbauamtes der Stadt Charlottenburg zu gefährden, werden die Betroffenen trotz der langen Arbeitslosigkeit diese Sorte „Notstandsarbeiten“ nicht verrichten.

Uebrigens zeigt es sich hier, wie ein begründetes Problem in den Händen einer unsocialen Behörde sich in ihr Gegenteil verkehren muß. Hoffentlich wird vom Magistrat noch eine Besserung herbeigeführt. Jetzt hat es fast den Anschein, als ob das Tiefbauamt die Arbeitslosigkeit benutzt, um billige Bürgerfreigewerkschaften auszuführen zu können.

Das Waldhaus Charlottenburg, Kaiser-Wilhelm-Stiftung 1913/14 das die Stadt Charlottenburg zur Verpflegung und Behandlung von Augenkranken in Sommerfeld (Mithagenland) errichtet hat, wird nächsten Montag eröffnet werden. Das Waldhaus liegt zwei Kilometer von der Station Veeg-Sommerfeld der Kremmen—Sittlicher Eisenbahn entfernt auf einem 365 Morgen großen und kleeferwald bestandenen Gelände. Die Kasse hat 220 Betten, je zur Hälfte für Männer und Frauen. Kinder über 12 Jahren können in beschränkter Zahl ebenfalls Aufnahme finden. Der Tagesbesuch beträgt 4 M. Die Direktion des Waldhauses erteilt auf Wunsch nähere Auskunft über die Aufnahmebedingungen.

Lichtenberg.

Gewerbegerichtswahl! Sonntag, den 8. Februar, vormittags von 10 bis 3 Uhr, finden die Wahlen für die Arbeitnehmerbeisitzer zum hiesigen Gewerbegericht statt. Wahlberechtigt ist jeder 25 Jahre alte Arbeiter, der entweder am Ort wohnt oder arbeitet. Als Legitimation dient eine Bescheinigung des Arbeitgebers oder des Einwohner-Regimeamtes, Steuerzettel oder Pflanzentaxi. — Ausgabestellen für amtliche Wahllegitimationen, ähnlich wie in Berlin, sind leider immer noch nicht vorhanden; jedenfalls würde die Ausgabe die Gesamtwahlhandlung erleichtern.

Zur schnelleren Abfertigung bei der Wahl empfiehlt es sich, daß die Arbeiter eines Betriebes möglichst geschlossen zur Wahl kommen und alsdann als Ausweis eine vom Arbeitgeber ausgestellte Liste für sämtliche Wahlberechtigten vorlegen. — Ferner sei noch darauf hingewiesen, daß diejenigen, welche am Ort wohnen und arbeiten, in dem Bezirk wählen, in dem ihre Arbeitsstelle gelegen ist.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß sich diese Wahl auch über den Ortsteil Kummelsburg erstreckt.

Alles Nähere ist noch aus den in jedem Arbeiterverzeichniß ausliegenden Plakaten ersichtlich.

Berliner Gewerkschaftskommission. (Abteilung Lichtenberg.)

Schöneberg.

Die Wahlen des Ausschusses zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Schöneberg findet heute

Sonntags, den 7. Februar, von 3 bis 9 1/2 Uhr, nachmittags, in folgenden drei Wahllokalen statt: II. Gemeinde- schule, Kaffhäuserstraße 3, Mittelschule, Mühlenstraße 15, IV. Gemeindefschule, Kolonnenstraße 21. Die freien Gewerkschaften und Angehörte vereinen ihre Stimmen auf Liste 8. Versäume niemand, sein Wahlrecht auszuüben. Jedes männliche und weibliche Kassenmitglied, welches das 21. Jahr vollendet hat, ist wahlberechtigt.

Wie richtig die Gegner an der Arbeit sind, die Arbeiterklasse ihres Einflusses auf die Verwaltung der Kasse zu berauben, zeigten die Darlegungen des Referenten in einer von Arbeitern der Schloßbrauerei Schöneberg am Donnerstagabend im großen Saale des Anwarts des Schloßbrauerei zahlreich besuchten Versammlung. Der Angestellte des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes, Schuldt, betonte in großen Zügen die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, soweit sie sich auf die Krankenversicherung beziehen und ging dann zur Befragung der verschiedenartigsten, welche dem Ausschuh der Krankenkassen durch die Reichsversicherungsordnung zugewiesen ist, über. Alsdann verles er Redner darauf, daß für die bevorstehenden Wahlen drei Listen eingereicht seien, nämlich die christlich-nationale Liste Nr. 1, die Christlich-Demokratische Liste Nr. 2, und die Liste der freien Gewerkschaften Nr. 3.

Alle drei Richtungen hätten Flugblätter herausgegeben. Mit Genugthuung konnte konstatiert werden, daß das Flugblatt der freien Gewerkschaften frei sei von Angriffen. Den Christlich-nationalen sei die Hauptfrage, daß für diejenigen Patienten, die Krankenhäuser und Genesungsheime aufsuchen müßten, den zehnjährigen Bedürfnissen Rechnung getragen würde. Als Ausschuhmitglieder bezeichnete diese Liste Leute, die nie einen Finger gerührt hätten zum Behen ihrer Wittenschen. Das Flugblatt der Liste 2, der Christlich-Demokratischen, bezeichnete sich nach den üblichen Ausfällen gegen die Sozial-

demokratie recht großherzig als die Liste der Pioniere der deutschen Arbeiterbewegung" und schlägt mit den Worten, „also auch gegen Selbstherrlichkeit und Willkür, für wirkliche Freiheit und Selbstverwaltung“. Das sei ein recht guter Grundsatz, wenn man sich aber diese Liste betrachte, dann finde man dort Leute als Kandidaten aufgestellt, die schlimmste Willkür und Selbstherrlichkeit getrieben. Da sei zum Beispiel als Kandidat der Herr v. Dunderstein auf Liste Nr. 9 ein Herr aufgestellt, der in der Deutschen Bierbrauerei Kellermeister gewesen sei und dort seine Stellung dazu mißbraucht habe, um die dort beschäftigten Arbeiterinnen zu ottisieren. Als die Organisation von diesem Treiben Kenntnis erhalten, habe sie dem bald ein Ende bereitet. Der Betreffende sei alsdann aus seiner Stellung entlassen worden. Mit solchem Vertreter könne die Liste 2 keinen Staat machen. Für alle rechtlich denkenden Arbeiter könne nur die Liste 3 der freien Gewerkschaften in Frage kommen. Nach längerer Diskussion, in der die Ausführungen des Referenten noch ergänzt wurden, gelobten die Anwesenden, am heutigen Wahltag nur für die Liste 3 einzutreten und den Kandidaten der freien Gewerkschaften zum Siege zu verhelfen.

Kaisberg-Neudorf.

Ein tödlicher schwerer Unglücksfall hat sich hier am Dienstag zugetragen. Der am Silo der Portlandzementfabrik C. D. Wegener beschäftigte Schmiebegeselle Richard Hank aus Schützenhöhe stürzte dort ab und fiel in den Kanal. Der erst 21 Jahre alte Mann konnte leider nur als Leiche aus dem Wasser gezogen werden.

Krisenklammer. In diesem Jahre soll an Stelle der bisher üblichen Zeitungsklammern eine neue Art der Propaganda für den an Naturschönheiten reichen Ort in die Wege geleitet werden. Es soll nämlich ein künstlerisch ausgeführtes Plakat in 8000 Exemplaren in Berliner Lokalen, an den Verkaufsstellen usw. angebracht werden. Der Preis für dieses Plakat würde sich auf etwa 2800 M. stellen. Zu den Kosten sollen jährlich beitragen: die Gemeinde 500 M., der Bürgerverein 200 M., der Gastwirtsverein 50 M. und die Gastwirte, die einen direkten Vorteil davon haben, je 20 M.

Mariendorf.

Zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen unseren Genossen und dem Vertreter der Hausbesitzer Herrn Sauer gestaltete sich in der letzten Gemeindevorstellung die Debatte über den Antrag auf Bewilligung von 2000 M. an arbeitslose Einwohner. Nach den sachkundigen Ausführungen des Genossen Weber bezeichnete der Vertreter der „Partei für Gerechtigkeit“ die Arbeitslosen als Faulenzer. Durch die energische Jurisdiktion dieser Beleidigung in die Enge getrieben, bestritt Herr Sauer die Tatsache, daß Schöneberg bereits eine Arbeitslosenversicherung nach Genter Muster besitze, und plädierte für Armenunterstützung. Der Antrag wurde schließlich einer Kommission überwiesen, der auch Genosse Wolf angehört. — Die Anfrage des Genossen Reichardt über den Stand des vor zwei Jahren beschlossenen Gewerbe- und Kaufmannsgerichts beantwortete der Gemeindevorsteher dahin, daß die Vorarbeiten abgeschlossen seien und die Angelegenheit beschleunigt werde; der 1. April könne aber als Eröffnungstermin nicht festgehalten werden.

Zur Vorlage über die Anstellungsverhältnisse der Polizeifergeanten und Volzhierer berichtete der Gemeindevorsteher, daß jetzt günstigere Anstellungsbedingungen für diese Kategorie von Beamten geschaffen werden sollen. Es wurde der Vorlage zugestimmt. Nach Kenntnisnahme einiger Mitteilungen ersuchte der Vorsteher um Nachbewilligung von 800 M. zum Armenetat, da die bewilligten Mittel aufgebraucht seien. Auch hierbei erwiderte Herr Sauer wieder sein warmes Herz für die Armen, er wolle die für die Arbeitslosen bestimmte Summe dazu verwenden, um sein Prinzip nicht zu verletzen. Die Gem. indervertretung ging über diese Einwände hinweg und beschloß nach dem Antrage des Vorstehers. Der übrige Teil der Tagesordnung wurde nichtöffentlich verhandelt.

Pankow.

Die stiefjährigen Gemeindevahlen finden für die dritte Wählerabteilung am Sonntag, den 8. März, von 12-6 Uhr und Montag, den 9. März, von 12-7 Uhr statt. Aus dieser Abteilung wählen unsere Genossen Daxen und Clemen sowie von den Bürgerlichen Bauremeister Rothbach aus. Es sind also drei Vertreter zu wählen, von denen nach der Neueinteilung in vier Wahlbezirke in jedem derselben je einer zu wählen wäre. Der kollegialische Gemeindevorstand mußte deshalb durch das Loos entscheiden, welcher Wahlbezirk bei der Wahl diesmal ausfällt. Hierbei ergab sich die Ausschaltung des neuen dritten Bezirkes. Von den an der Wahl beteiligten Bezirken wählt der erste in der Turnhalle der 2. Gemeindevorschule (Brunowstr. 17), der zweite in der Turnhalle der 3. Gemeindevorschule (Kaiser-Friedrich-Str. 58) und der vierte in der Turnhalle der 5. Gemeindevorschule (Wollankstr. 131). Die Wahlen in der zweiten Abteilung sind für Mittwoch, den 11., und Donnerstag, den 12. März, von 1-6 Uhr im Restaurant Bellevue (Vreitelstr. 21a) und die der ersten Abteilung für Freitag, den 13. März, von 4-6 Uhr ebendort abgeräumt. Die Wähler aller Abteilungen erhalten schriftliche Einladungen zugesandt, die für den Fall des Nichtertriffens bis zum Wahltermin im Rathaus persönlich in Empfang genommen werden können. Die erste und zweite Ab-

teilung kommen für unsere Partei infolge des Selbstwählrechts nicht in Frage. Sie bleiben ausschließliche Domäne des bürgerlichen Ordnungsbundes. Aber auch in der dritten Abteilung ist durch die neuerdings erfolgte Neueinteilung der Wahlbezirke von bisher zwei in vier unsere Position insofern schwieriger geworden, als der neue dritte Bezirk für uns wohl überhaupt nicht und der erste nur unter Anspannung aller Kräfte zu halten sein dürfte. Der dritte fällt ja für diesmal aus. Es ist überflüssig zu sagen, daß es Ehrenpflicht unserer Genossen sein muß, den zweiten und vierten Bezirk, die beide als unser sicherer Besitz gelten können, mit überwältigender Stimmenzahl zu halten. Im ersten Bezirk dagegen wird es intensiver Arbeit und Agitation bedürfen, wenn er für uns geholt werden soll. Durch ihren vor zwei Jahren im Wege der Vergewaltigung der proletarischen Wählerschaft erzielten Erfolg sind die Bürgerlichen diesmal auch für die dritte Wählerabteilung voller Hoffnungen. Sie organisieren schon seit Monaten in ihren Interessen-Vereinigungen den diesmaligen Feldzug. Von den üblichen, diesmal übrigens nur unbedeutenden Balgereien um die Mandate abgesehen, sind sie eifrig, ihrem im Bürgerverein durch den Gemeindevorsteher Kaufmann zum Ausdruck gebrachten Wunsch, die Wahl wie vor zwei Jahren wiederum auf mehrere Tage anzuberaumen, ist der kollegialische Gemeindevorstand nachgegeben, obwohl diesmal die Begründung mit der übermäßig großen Wählerzahl nicht gegeben war. In sich läßt sich nichts dagegen einwenden, daß möglichst jedem Wähler zur Stimmabgabe Gelegenheit gegeben wird. Nur glauben wir, daß ein solcher Wunsch von der Arbeiterschaft nicht so leicht Gebör gefunden hätte. Jedenfalls ergibt sich aus der ganzen Sachlage, daß unsere Genossen diesmal ganz besonders gut gerüstet gegenwärtig zu treten und alles aufzubieten haben werden, um in der dritten Abteilung auf der ganzen Linie siegreich zu bleiben. Die kommenden vier Wochen, die uns noch von der Entscheidung trennen, sind deshalb organisatorisch und agitatorisch voll anzunutzen.

Jugendveranstaltungen.

Weißensee. Morgen, Sonntag nachmittag: Befähigung der Arbeiter-Volksbildungsanstalt in Charlottenburg. Treffpunkt zwischen 1-1 1/2 Uhr, Ritzschplatz. Endballstelle Mitte 2. Jahrgeld hin und zurück 30 Pf.
Gras-Niederfeld. Sonntag, den 8. Februar, Wanderung nach Gatow. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Bienenhaube. Kosten 20 Pf.
Steglitz. Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 5 Uhr, Eröffnungsfeier des neuen Jugendheims Steglitz-Friedenau, Kniebühlstr. 32. Feste gehalten vom Schlichter N. Schulz. Nach dem Fest Unterhaltungsabend. Das Heim ist geöffnet Montags und Mittwochs von 6-10 und Sonntags von 4-10.
Altglienicke. Sonntag, den 8. d. M., Befähigung des Jugendhauses. Treffpunkt mittags 12 1/2 Uhr an der Haltestelle der Straßenbahn (Steg). Alle Jugendlichen werden ersucht, sich pünktlich daran zu beteiligen.
Arbeiterjugend Reinickendorf-Weß. Sonntag, den 8. Februar, Tagespartie: Gairoler - Schönwalde - Dickenswerder - Wittenau - Althamer 7 1/2 Uhr zum Jugendheim. Proviant und Federbüchel nicht vergessen.
 Das neue Jugendheim befindet sich Bahndorferstr. 44, vom partierre. Es ist geöffnet Dienstags, Mittwochs, Donnerstags, Freitags von 6-10 Uhr und Sonntags von 4-10 Uhr. Jeden Freitag 12 1/2 Uhr abends 8 Uhr. Alle Jugendlichen werden ersucht, das neue Heim rege zu besuchen.

Briefkasten der Redaktion.

Versicherungspflicht. 1. Ja und zwar ab 1.1.14. 2. Der Unternehmer hat 1/2 zu bezahlen. 3. Berliner Allgemeine Ortskrankenkasse. — G. S. 4. Ja, sofern die Witwe invalida im Sinne des Gesetzes ist. Hat die Witwe selbst mindestens 300 Beitragswochen geleistet, so kann sie außerdem Witwenlohn ohne Rücksicht darauf, ob sie invalida ist oder nicht, beantragen. — G. R. 100. Das Mädchen kann sich an das Vormundschaftsgericht wenden und entweder Volljährigkeitserklärung oder Befreiung eines Mitglieds zum Zwecke der anderweitigen Unterbringung beantragen. — G. A. B. 1913. Eine Anmeldepflicht besteht überhaupt nicht. Die Vorstellung kann gegeben werden, sofern es sich um eine geschlossene Gesellschaft handelt. Der Vorkommende muß großjährig sein. Dies interessiert jedoch lediglich die Mitglieder. — Taufend. Ja.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 8. Februar, nachmittags 9 Uhr. Doppel-Messe 12/17; Rosalia, „Heiligsage“; Legel, Bahnhofstr. 13, und Ober-Schönwalde, Kiezstr. 31; Freireligiöse Vorlesung. — Sonntags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6; Vortrag von Herrn A. Fischer: „Seelenansichten der Alten und Heiden.“ — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Witterungsüberblick vom 6. Februar 1914.

Station	Barometer-Höhe am Morgen	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in der Höhe	Station	Barometer-Höhe am Morgen	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in der Höhe
Swinemünde	767,5	2 Dorn	—	1	Sabaranda	756,5	SW	mäßig	—33
Hamburg	767,5	1 heiter	0	0	Petersburg	751,5	SW	3 bedeckt	1
Berlin	768,5	1 halb db.	—3	3	Seib	754,5	SW	4 wolkig	11
Frankf. a. M.	769,5	1 heil	—4	4	Aberdeen	756,5	SW	3 bedeckt	7
München	771,5	1 wolkenl.	—7	7	Paris	765,5	SW	3 wolkenl.	—1
Wien	773,0	1 heil	—9	9					

Wetterprognose für Sonnabend, den 7. Februar 1914.
 Gelmille neblig, sonst vorwiegend heiter und trocken, nachts gelinder Frost, am Mittag wieder mild bei meist schwachen östlichen Winden.

Marktpreise von Berlin am 5. Februar 1914, nach Ermittlungen des Igl. Volkspreiskomm. Preis (milde), gute Sorte 16,90—17,20, Danau 16,00—16,30. Reis (runder), gute Sorte 14,80—15,20. Rindfleisch 0,00. Fett 0,00—0,00.

Marktpreise 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen
 34,00—35,00. Sojabohnen, weiße 35,00—36,00. Bohnen 35,00—36,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,80—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,80—7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,60. Sale 1,60—3,20. Jander 1,20—3,20. Hechte 1,60—2,80. Barsche 0,80—2,20. 1 Schote 60—3,20. Stele 0,80—1,60. 60 Stück Kresse 4,00—24,00.

Bekanntmachung
 betreffend die Wahlen der Vertreter und der Ersatzwähler zum Ausschuss der
Ortskrankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe zu Berlin.
 Nachdem auf unser Hochschreiben vom 10. Januar d. J. von Seiten der Arbeitgeber und der Beschäftigten nur je ein Wahlvorstand der Vertreter und der Ersatzwähler zum Ausschuss eingereicht und dieser vom Vorstand gemäß § 9 der Wahlordnung als gültig anerkannt worden ist, gelten die darin bezeichneten Personen gemäß § 10 a. a. D. als gewählt.
 Die Wahlvorstände legen zur Einsicht der Beteiligten im Kassenlokal in den Geschäftsstunden aus und können Einsprüche gegen die Richtigkeit derselben bis zum 6. März beim Vorstand oder dem Versicherungsausschuss angebracht werden.
 Die für Sonntag, den 1. März 1914, in den Kassenlokalen und für Montag, den 2. März 1914, im Kassenlokal angelegten Wahlen haben nicht statt.
 Berlin, den 6. Februar 1914.
 Der Vorstand,
 Max Guthe, H. Semann, Vorsitzender. Schriftführer.

Spezialarzt
 Dr. med. Wockenfuß,
 Friedrichstr. 123 (Oranienb. Tor)
 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage) — Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berührung. Mäßige Preise.
 Sprechst. v. 8—3, Sonntags 9—11.

Monats-Garderobe!
 4-500 getragene Anzüge für Herren: Smoking, Frack und Gehrock-Anzüge (auch zu verkaufen), Frühjahrspaletots sowie v. Kanariener getragen, fast neue Sachen (a. Seide), f. jed. Figur pass. in größter Auswahl u. umhervertrieben.
billigen Preisen.
 1 Tr. des halb billiger teile im Laden.
 Hirsch Kieferbaum, Wasserortstraße 12/13

Offene Füße
Krampfadergeschwüre.
 wenn auch veraltet u. hartnäckig, schmerzliche Wunden, Krämpfe, unentzündliche Jucken usw. heilt in diesen Danhängungen ohne Nachteil die mild wirkende „Olanda-Salbe“, besonders für empfindsame Leiden, da frei von jeder Schärfe. Zahlreiche Erfolge. R. 1.— u. 2.50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Eisbahn Müggelsee
 Friedrichshagen.
 Spiegelglatte Eisfläche. — Eiskonzerte.
 Am Sonntag nachmittag: Niederlassen und Aufsteigen eines Fliegers auf der Eisbahn.
 Eintritt für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf.
 Wochentags für Erwachsene 10 Pf., Kinder frei.

Möbel-Lechner
 I. Geschäft: Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz, I. Eingang im Laden, 2. Eingang Hof partierre.
 II. Geschäft: Müllerstraße 174 Ecke Fennstraße. I. Etage.
Wohnungs-Einrichtungen auf Kredit.
 Stube und Küche: Anzahlung 15.—, Restrate 2.—
 Ferner: Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen i. allen Farben u. Mustern.
 Einzelne Möbel von 5 Mark Anzahlung an. — Liefere auch nach auswärt. —
 Extra-Abteilung für Herren- und Damen-Garderobe.
 Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

Sonnabend Sonntag Montag Dienstag Mittwoch

5 Pelerinen-Tage

Sonnabend Sonntag Montag Dienstag Mittwoch

Ausnahme-Preise für Loden-Pelerinen

Sämtliche Lodenstoffe sind vor der Verarbeitung imprägniert. Grau oder grünlich Strichloden, ganz vorzüglich im Tragen; Kapuze abknöpfbar, mit Tragbändern, Armdurchgriffen u. Taschen

Für Herren und Damen **Für Knaben und Mädchen**

Spezial-Marke: Längen 120 und 135 cm . . . 13.80 150 cm 16.25 Spezial-Marke: Längen 80 und 90 cm 7.20 100 und 110 cm 9.60
 Qualität II: Längen 120 bis 135 cm Einheitspreis 6.95 Qualität II: Längen 70, 80 und 90 cm 4.10 100 und 110 cm 5.60

Echt englische Gummi-Mäntel für Herren (Single) in allen Größen Ausnahmepreis 9.80

Ausverkauf echt englischer Damen-Gummimäntel wegen Aufgabe dieser Warengattung zu sehr billigen Preisen

BaerSohn

Chausseestraße 29-30 BERLIN Gegr. 1891 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Straße 20 Schöneberg, Hauptstr. 10
 Sonntag nur von 12-2 geöffnet.
 Hauptkatalog Nr. 48 (Neueste Moden) kostenlos.

Charlottenburg.
Unserem Genossen **Artur Thron** zum Eheband mit **Ernestine Strauß** die herzlichsten Glückwünsche.
Bezirk 28.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 110.
Am 4. Februar verstarb plötzlich unser Mitglied, der Gärtler **Paul Kappisch**.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 906/7
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am Mittwoch früh 4 1/2 Uhr verstarb unser Kollege, der Gärtler **Paul Kappisch**.
Er war und allezeit ein ehrenwerter Kollege. 820B
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen u. Kolleginnen der Firma **Gumrich u. Schöning**,
Bismarckstraße 26.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 8. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 750.
Am Mittwoch, den 4. Februar, verstarb unser Genosse, der Dreher **Jakob Hager**
Burgsdorferstr. 2.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seelstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
Bezirk 747.

Am Mittwoch, den 4. Februar, verstarb unser Genosse, der Händler **Wilhelm Hilgers**
Kuhleplatze 21.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 9. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
224/17

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vorstellungsbüro Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner **Karl Belling**
Neudöln, Weichselstr. 14, am 5. d. Mts. an Herzleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neudölnener Gemeinde-Friedhofes, Rarientorfer Weg, aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Mechaniker **Balthas. Westermaier**
Straßener Str. 3, am 5. d. Mts. an Lungenerleiden.
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, den 7. Februar, vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des St. Susanna-Kirchhofes in Hohenschönhausen aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Gärtler **Robert Plath**
Eisenbahnstr. 36 b, am 4. d. Mts. an Magenleiden.
Die Beerdigung findet am Montag, den 9. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.
112/7

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater **Fr. August Höde**
im Alter von 68 Jahren am 5. d. Mts. an Herzleiden gestorben ist.
Ramen der Hinterbliebenen
Wm. Anna Höde geb. Fehmel
Die Einäschung findet Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium zu Treptow statt.

Verband der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am Donnerstag, den 5. Februar, verstarb nach kurzer Krankheit unser Mitglied **Martha Harms**
geb. Schals
im Alter von 31 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 9. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Zentral-Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Die Ortsverwaltung.
37/5

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel. Bez. 178.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gärtler **Robert Plath**
Eisenbahnstr. 36 b, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 9. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Am 5. Februar starb unser Mitglied, der Maurer **Friedrich Müller**
(Bezirk III-Öltsende).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Öltsende aus statt.
140/15 **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **Julius Markowski**
am 5. d. Mts. im Alter von 58 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener **Fr. August Höde**
am 5. d. Mts. im Alter von 58 Jahren verstorben ist.
Die Einäschung findet am Sonntag, den 8. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium in Treptow, Nieholsstraße, statt.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kaffeehändler **Wilhelm Schwarzer**
am 4. d. Mts. im Alter von 44 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 9. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
62/5 **Die Bezirksverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
Neukölln.
Am 5. Februar verstarb unser Parteigenosse **Fr. August Höde**
Juliusstr. 70, 13. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäschung findet am Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium zu Treptow statt.
Um rege Beteiligung ersucht
936/6 **Der Vorstand.**

Nachdruck ist verboten.
Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Centralhaus mod. Herrenbekleidung
I. Neue Friedrichstr. 35
an der Zentral-Markthalle
II. Turmstr. 67. I. Etage,
liefern an jedermann elegante
Herren-Garderobe
nach Maß
unter Garantie für tabellierten Sitz
gegen wöchentliche Zeitabgabe
von **1 Mark** an.
Ausgewählter Stoffe im Laufe.
Auf Wunsch Besuch des Neuesten
mit neuester Stoffmuster.
Sonnabends 12-2 Uhr geöffnet.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäschung meines lieben Mannes besten Dank.
Luise Lentz
125a geb. Werner.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Julie Ladzikowski**
sage allen Verwandten und Bekannten, dem 4. Wahlkreis, den Genossen und Genossinnen des 407. Bezirks, sowie dem Wit und den Waisern des Hauses Obingerstraße 10 meinen herzlichsten Dank.
95A **M. Ladzikowski.**

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und guten Vaters
Johann Nousiainen
sagen wir allen, welche ihm die letzte Ehre erwiesen haben, unseren herzlichsten Dank.
Ww. Nousiainen, Söhne und Verwandte.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben und verehrten Mannes, des Maschinenbauers **Otto Röseler**
sagen ich allen Freunden und Bekannten, den Kollegen des Maschinenbauvereins, auch den Buchdrucker-Geselle sowie dem Redner und dem Gesangsverein nebst Parteigenossen des 4. Wahlkreises meinen aufrichtigsten und tiefempfundnen Dank aus.
Die trauernde Witwe **Julie Röseler.**

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit
unser berühmte Lederhose **Herkules**
tragen.
„Unerreichte“ Leistungsfähigkeit. **Allein-Verkauf.**
Starkes, sogenanntes englisch Leder, grau od. braun gestreift od. einfarbig. Am Bund aus einem Stück. Feste Kappnähte. Taschen aus schwerem Pilot. Gr. Flecken unsonst.
Preis für normale Mannesgröße 4⁵⁰
Jünglingsgrößen entspr. billiger.

Manchester-Anzüge
Marke Gambinus, Strapsierfest. Jappe, dreih., warm gefüt. 11.90
Weste . . . 3.50, Hose . . . 6.75
Blau Monteur-Jacken, Marke Siemens, waschecht Körper od. Drell, M. Blau Monteur-Hosen, Marke Siemens, do. M. Setzer-Kittel . . . 3.10 2.50 Maler-Kittel . . . 2.90 2.—
Berufs- u. Schutzkleidung
für alle Zweige der Gewerke und Industrie, Sanitätsdienst usw.

Baer Sohn
Berlin. Gegr. 1891.
Chaussee-Strasse 29-30
11 Brücken-Strasse 11
Große Frankfurter Strasse 29
Schöneberg, Hauptstraße 10.
Hauptkatalog kostenfrei.
Prompt. Versand nach außerhalb.

Maassen R. M. G. m. b. H.

Spezial-Angebote
unseres Stammhauses
Am Cranien-Platz

Blusen

Woll-Blusen weiß und farbig M.	4 ⁷⁵	6 ⁵⁰	8 ⁷⁵
Tüll-Blusen weiß und ecru M.	5 ⁷⁵	7 ⁵⁰	10 ⁷⁵
Seiden-Blusen weiß und farbig M.	6 ⁹⁰	9 ⁷⁵	12 ⁰⁰
Haus-Blusen aus guten Waschstoffen . . M.	2 ⁹⁰	3 ⁹⁰	4 ⁸⁰

Raglan-Bluse aus gemust. Eolienne in allen Farben, M. 9⁷⁵

Einsegnungs-Kleider

schwarz. Einsegnungs-Kleid aus wollenem Popeline, reich garniert . . . M.	14 ⁵⁰
schwarz. Einsegnungs-Kleid aus wollenem Kammgarn M.	18 ⁵⁰
schwarz. Einsegnungs-Kleid aus gutem Körper-Samt M.	34 ⁵⁰
weisses Einsegnungs-Kleid aus wollenem Cheviot, reich garniert. . . M.	21 ⁵⁰
farbiges Prüfungs-Kleid reizend garniert, aus wollenem Popeline . . M.	16 ⁵⁰
farbiges Prüfungs-Kleid aus wollenem Cheviot mit seidnem Gürtel und Manschetten M.	19 ⁵⁰

Einsegnungs-Anzüge 14⁵⁰ 17⁵⁰
Sonnabends von 12-2 Uhr geöffnet.

Restaurant zum Stiebkanal
am Krematorium
Treptow, Nieholsstraße 249.
Vorzügliche Speisen und Getränke.
Große Vereinszimmer.
August Krause.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-12, 5-7, Sonntags 10-12.

Westmann
37a Mohrenstrasse 37a
Grosse Frankfurter Str. 115

Schluss! Letzte Woche!
des Inventur- und Saison-Räumungs-Ausverkaufs
Sonnabend, den 14. Februar, 9 Uhr abends

Verkauft für 1/3, 1/2, z. Teil bei Modellen für 1/4 der früh. Preise!

Grösste Elle geboten!	Grösste Elle geboten!
Ent-Plüschmäntel aus echt südk. engl. Seal aus Wollplüsch, auch für stärkste Figuren	sonst 66 - bis 136 - M. 85
Hoch-Kostüme aus besten eleg. Stoffen, Aparis und einfache Ausführung	sonst 35 - bis 70 - M. 25
Ulster aus den besten Stoffen erster Fabriken	sonst 25 - bis 49 - M. 15
Gesellschaftskleider	sonst 50 - bis 126 - M. 36
Die besten Polzmäntel aus starkhaltender Fassee	sonst bis 100 - M. 25
	sonst bis 1200 - M. 450
	sonst bis 320 - M. 100

Konfirmationskleider
Es ist unmöglich, alle Fassons einzeln aufzuführen, weil die Bestände viel zu reichhaltig sind. — Wegen Andranges in den Nachmittagsstunden erbitte Besuch möglichst vormittags.
Sonntag 12 2 geöffnet.

Reichstag.

207. Sitzung. Freitag, den 6. Februar 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Delbrück.

Kurze Anfragen.

Abg. Schmitt-Bürgburg (Soz.)

Ist die Aufmerksamkeit auf die in den Auslandgrenzbezirken wohnenden Arbeiter, die oft Jahrzehnte lang in Deutschland beschäftigt sind, auch die volle Invalidenrente in das Ausland beziehen, für deren Hinterbliebene aber die Bezüge auf die Hälfte ohne Reichszuschuß beschränkt sind, so daß Witwenrenten im monatlichen Betrage von 1 M. und Waisenrenten mit 50 bis 60 Pf. pro Monat zur Anweisung kommen. Er fragt, ob der Reichsanzler Abhilfe schaffen will.

Geheimrat Caspar

erklärt, daß Erwägungen über die Materie im Gange, aber noch nicht abgeschlossen sind.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

Ist die Aufmerksamkeit auf die Verlegung der Erteilung von Arbeiterlegitimationskarten an ausländische Arbeiter durch die Abfertigungsstelle der deutschen Arbeiterzentrale, durch die die ausländischen gewerblichen Arbeiter zu billigen und wechsellösenden Landarbeitern gemacht werden sollen. Er fragt den Reichsanzler, was er zu tun gedenkt, um diesen wider die guten Sitten verstoßenden Zustand schleunigst abzuhelfen.

Ministerialdirektor Lewald

verweist darauf, daß für die Ausstellung oder Verlegung der Arbeiterlegitimationskarten landesgesetzliche Bestimmungen maßgebend sind.

Abstimmungen über die Anträge zum Koalitionsrecht.

Die Resolutionen der Polen, des Zentrums und der Sozialdemokraten zur Frage des Koalitionsrechtes werden gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen angenommen, gegen die Stimmen der Rechten, welche die Aufhebung des Verbotes der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen fordern, stimmen auch die Mitglieder der Volkspartei mit Ausnahme des Abg. Weinhanien.

Der Antrag Graf Westarp (L.), der einen wirksamen gesetzlichen Schutz gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechtes, insbesondere ein Verbot des Streikpostens, vorschlägt, wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt.

Der Antrag Bassermann (natl.), der eine Denkschrift über das Arbeits- und Rechtsverhältnis der außerhalb des Beamtenverhältnisses in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen verlangt, wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Der Antrag Schörens (Wirtsch. Bg.) und Giesberts (L.), der die verprochene Zusammenfassung über Auswüchse des Koalitionsrechtes auszudehnen verlangt, wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Der Antrag Bassermann (natl.), der in der Denkschrift über die Auswüchse des Koalitionsrechtes Stellungnahme zu der Frage wünscht, ob die gesetzlichen Bestimmungen sich als ausreichend erweisen haben und ob eine zivilrechtliche Haftung der Koalition einzuführen sei, wird gegen die Stimmen der Rechten, der Nationalliberalen und der Volkspartei abgelehnt.

Der Antrag des Zentrums, die Zusammenstellung der Entschlüsse des Bundesrats der Budgetkommission zur Berichterstattung zu überweisen, wird angenommen.

Die Abstimmung über die übrigen Anträge wird bis nach der Beendigung der Beratung des Etats zurückgestellt.

Etats des Reichsamtes des Innern

fortgesetzt beim Titel 1

Belastung des Reiches aus den auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen.

Abg. Rolkenbuhr (Soz.):

Ich werde ein wenig an dem Ruhepunkt in der Sozialreform rütteln. Aber die furchtamen Gemüter brauchen nicht zu sorgen, daß die Industrie mehr bluten solle. Ich will im Gegenteil eine Anerkennung, die den Unternehmern und den Versicherten keinen Pfennig kostet, die aber den Witwen und Waisen und den Geschädigten, bei denen sie laufen, Millionen einbringt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin gezwungen, diese von mir schon wiederholt angeforderte Forderung immer wieder vorzubringen, da ich die feste Ueberzeugung habe, daß den Witwen und Waisen großes Unrecht zugefügt wird. Ich habe bereits im vorigen Jahre mich bemüht, nachzuweisen, daß der Reichstag bei Beratung der Reichsversicherungsordnung durch

Angabe falscher Zahlen

berleitet worden ist, Beschlüsse zu fassen, durch die die Arbeiter und deren Witwen und Waisen schwer geschädigt werden. Der Reichstag hat der von mir in der Budgetkommission gestellten Resolution zugestimmt, wonach Berechnungen über die Belastung aus der Hinterbliebenenversicherung angefertigt werden sollten. Die Regierung hat darauf geantwortet, daß diese Berechnungen erst im Jahre 1914 begonnen werden können, da die Erfahrungen der Jahre 1912 und 1913 berücksichtigt werden sollen. Darüber, wann diese Berechnungen voranschreiten zum Abschluß kommen werden, sagt die Regierung nichts, und ebenso schweigt sie vollständig zu der anderen Forderung des Reichstags, wonach, wenn sich ergeben sollte, daß die alten Berechnungen falsch waren, schleunigst eine Vorlage dem Reichstag zugehen soll, durch die dem Mangel abgeholfen wird.

Der Reichstag sollte energig dagegen Verwahrung einlegen, daß diese Sache verschleppt wird. Inzwischen haben sich die verschiedenen Regierungen offenbar schon selbst überzeugt, daß ihre Zahlen nicht stimmen, sonst hätten sie unmöglich im gegenwärtigen Etat so niedrige Zahlen für die zu erwartenden Waisen angegeben. Wenn sie noch an ihre früheren Zahlen glaubte, wonach weit über 100 000 Waisen zu erwarten waren, so könnten sie nicht jetzt nur mit 31 500 Waisenrenten rechnen. Für 1912 hat die Regierung die Zahl der bewilligten Renten auf 13 600 angegeben. Etwas Licht in die rätselhaft niedrige Zahl bringt die neueste Nummer des Reichsarbeitsblattes. Dort wird mitgeteilt, daß 13 600 Waisen 35 528 Köpfe haben. (Weiterleit.) Also es handelt sich nicht um Einzelwaisen, sondern um Waisenfamilien, jede rechnerische Waise hat also 2,55 Köpfe. Für 1913 rechnet die Regierung mit 24 480 und für 1914 mit 31 500 einköpfigen Waisen statt mit Waisenfamilien und fordert zickel 2 1/2 Millionen zu wenig. Die Regierung müßte also mit einem Nachtragsetat kommen. Was ich immer bekämpft habe, ist die Forderung, die durch die Angabe der fabelhaft hohen Zahl der Waisen, die nach der Begründung der Reichsversicherungsordnung zu erwarten war, entstanden ist. Mit diesen Zahlen bekämpfte man unsere Anträge, und nannte fabelhaft hohe Summen, die unsere Anträge kosten sollten. Im Lande polemisierte namentlich das Zentrum mit diesen Zahlen gegen unsere Anträge. Man machte es sehr leicht. Die von uns geforderten Rentenätze für Waisen

wurden mit 1 1/2 Millionen multipliziert und dann sagte man: das wollen die Sozialdemokraten auch an Beiträgen abnehmen. Aber von keiner Seite ist der Versuch gemacht worden, nachzuweisen, daß in der Begründung der Reichsversicherungsordnung zutreffende Zahlen über die Höhe der zu erwartenden Waisen gemacht worden sind. Um neue Berechnungen hierüber anzustellen, braucht man nicht Jahre, das könnte in wenigen Tagen geschehen. Die Unterlagen für die Berechnungen in der Begründung der Reichsversicherungsordnung trugen einen auffallenden Stempel der Unwahrscheinlichkeit. Man nahm an, daß die Zahl der im Jahre 1882 vorhandenen Witwen auch jetzt noch zutrefte, und rechnete wir, daß jede Witwe so viel Kinder habe, wie es für die Witwen der Unfallversicherung für 1908 zuträfe. Dabei hat man das Alter der Unfallwitwen nicht verglichen mit dem der Witwen überhaupt. Mehr als die Hälfte der in Deutschland lebenden Witwen ist über 62 Jahre alt, und diese haben in der Regel keine kleinen Kinder. Das Durchschnittsalter der Unfallwitwen ist erheblich niedriger. Ferner stützte man sich auf eine Tabelle, die zum Beispiel annahm, daß Väter mit 27 Jahren bereits Kinder im Alter von 14 bis 15 Jahren haben, und daß die höchste Zahl von Kindern bei 69jährigen Männern mit 61jährigen Frauen vorhanden sei. (Weiterleit.)

Meine stärkste Kritik richtet sich aber gegen die Berechnungen über die Beitragserhöhung. In der Begründung zur Reichsversicherungsordnung war angegeben, daß die Beitragserhöhung 39 172 240 M. bringen würde. 1912 hat sie aber rund 64 Millionen Mark gebracht. Davon stehen für die Hinterbliebenen zur Verfügung 53 Millionen Mark, wozu noch 10 Millionen aus dem Wegfall der Beitragserstattung kommen. Nach Abzug dessen, was 1912 an Hinterbliebenen ausgezahlt wurde, blieb ein Ueberschuß von 62,6 Millionen Mark. Der Betrag 1912 bei 3 1/2 Prozent Zinsen den Betrag von 2 847 500 Mark. Von diesem Zinsbetrag wurde 1913 nicht die Hälfte für Hinterbliebenenrenten gebraucht. Im Jahre 1914 ist der Zinsbetrag bei 3 1/2 Prozent 4 755 875 Mark. Also ein Zinsbetrag, der nicht annähernd für die Hinterbliebenenversicherung gebraucht wird. Der Zinsbetrag steigt schneller als die Hinterbliebenenrente. Eine

Reform der ganzen Hinterbliebenenversicherung

wird deshalb nötig sein. Jedenfalls sind für eine Neuregelung der Waisenrente die Unterlagen gegeben. Komplizierte Berechnungen sind dazu nicht nötig. Von einer solchen Neuregelung würden auch die Witwen profitieren, denn sie sind doch in der Regel die Empfänger der Waisenrente. Jedenfalls darf das Unrecht, das den Witwen und Waisen geschieht, wenn es erkannt ist, seinen Tag länger geduldet werden. Der Reichstag darf nicht zögern, schleunigst Abhilfe zu schaffen und den Witwen und Waisen das zuzulassen zu lassen, was für sie wirklich zur Verfügung steht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Kuris:

Es ist ein Jertum des Sprechers, wenn er meint, die Regierung habe nicht gewußt, daß für jeden Waisenfamiliennach nicht eine Waise, sondern 2 1/2 Waisen in Betracht kommen. Dann hat der Abg. Rolkenbuhr die Tabelle über die Zahl der Kinder angegriffen. Ueber der Tabelle steht „Zahl der Väter, Zahl der Kinder“ und nicht „Zahl der gezeugten Kinder“. Man kann auch Vater eines anspruchsberechtigten Kindes werden, ohne daß man es gezeugt hat. (Weiterleit.) Was die Beiträge anlangt, so kommt der in der Denkschrift errechnete Betrag nicht allein für die Deckung der Hinterbliebenenversicherung in Betracht, sondern auch zur Deckung der enormen Verwaltungsloskosten. Eine Regelung für die Waisen allein, wie sie der Abg. Rolkenbuhr zunächst wünschte, ist nach Lage der Gesetzgebung zunächst unmöglich.

Abg. Rolkenbuhr (Soz.):

Der Regierungsvertreter ist gar nicht darauf eingegangen, daß in der Begründung als mutmaßlicher Ertrag der Beitragserhöhung nur 39 Millionen angenommen waren, während 62 Millionen sich ergeben haben. Diese 13 Millionen Mehrertrag stehen zweifellos für die Witwen und Waisen zur Verfügung. Ich bestreite, daß es unmöglich ist, die Sache für die Waisen allein zu regeln. Aber die dazu nötige Rechnung macht der Regierung offenbar zu viel Kopfschmerzen.

Der Titel wird bewilligt.

Es folgt der Titel

Unterstützungen von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften.

Abg. Rauch (Soz.):

Die Klagen über die Geringfügigkeit dieser Unterstützungen nehmen immer mehr zu. Leider besteht wenig Aussicht, daß ihnen entgegengekommen wird. Die Regierung wartet auf eine Neuregelung der Ortslöhne. Aber auch wenn diese ein klein wenig höher bemessen werden, ist den Unterstützten berechtigten nicht gedient, da die wirklich gezahlten Löhne doch höher sind. Wir müssen verlangen, daß die hier in Betracht kommenden Unterstützungen ausreichend bemessen werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (L.):

Wir können uns diesem Wunsch nur anschließen. Man sollte in Kleinigkeiten nicht so indifferent sein, nachdem man für Heereszwecke Milliarden bewilligt bekommen hat. — Auch die Auszahlung der Aufwandsentschädigung an Familien, deren Söhne einer sechsjährigen Dienstpflicht im Heere oder der Marine genügt haben, sollte beschleunigt werden.

Geheimrat Lewald sagt dies zu.

Abg. Thöne (Soz.):

Die Aufwandsentschädigung von 240 M. sollte man nicht in Halb-, sondern in Vierteljahren den Leuten ausgeben. Die vermehrte Schreiberei kann nicht in Betracht kommen gegenüber den Wünschen und Bedürfnissen der bezugberechtigten Familien.

Beim Titel

Aufwendungen, die den allgemeinen Interessen des Handels und Gewerbes dienen,

wünscht

Abg. Dahlem (L.):

die Mittel im Interesse der Binnenschiffahrt zu verwenden, wo die Sonntags- und Rachtruhe endlich durchgeführt werden muß.

Abg. Bassermann (natl.)

schließt sich den Anregungen des Sprechers an.

Abg. Bender-Bernburg (Soz.):

Auch meine Freunde wünschen, daß die Frage der Sonntags- und Rachtruhe im Binnenschiffahrtsgewerbe endlich aus dem Zustand der Beratungen und Erwägungen herauskomme.

Beim Titel „Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse“ wünscht

Abg. Wellenborn (L.):

stärkere Förderung des Obstbaus und Unterstützung der Bestrebungen des deutschen Pomologenvereins, sowie Unterstützung des deutschen Weinbauvereins.

Beim Titel

Reichsschulkommission

bittet

Abg. Eulovitch

um Annahme der von der Volkspartei eingebrachten Resolution, die die Reichsschulkommission zu einem Reichsschulamt ohne legislative, administrative und disziplinarische Befugnisse auszubauen verlangt. Dieses Schulamt soll nicht etwa einer Zentralisierung und Schablonisierung des Bildungswesens dienen, sondern eine Anregung und Beratungsstelle des gesamten deutschen Schulwesens sein. Am medlenburgischen Schulwesen besteht leider noch die geistliche Schulaufsicht. (Zuruf: In Preußen auch.) Leider hat auch die Ritterschaft einen viel zu weit gehenden Einfluß auf die Schule. Die Geeignetheit der Ritterschaft für die Schulaufsicht zeigt z. B. der Fall, daß ein Rittergutsbesitzer, als für die ritterschaftlichen Schulen auch Globen als Lehrmittel eingeführt werden sollten, einen Globus für Mecklenburg verlangte. (Weiterleit.) Nach 20 Jahren noch kann dem Lehrer ohne Angabe von Gründen gekündigt werden. (Hört! hört! links.) Die Seminarlehrerprüfung berechtigt in mehreren Bundesstaaten, leider nicht in Preußen, zum Besuch einer Universität. Da ist es doch widersinnig, daß dieselbe Seminarlehrerprüfung erst zum einjährigen Dienst im Heere berechtigt. Man sollte den Jünglingen der Lehrerseminare das Berechtigungszeugnis zum einjährigen Dienst schon früher geben, wie es der Deutsche Lehrerverein beim Reichsanzler in einer Petition leider vergeblich verlangt hat. (Beifall bei der Volkspartei.)

Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt die Umwandlung der Reichsschulkommission in ein selbständiges Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen.

Abg. Ortman (natl.):

Die Aufgaben der Reichsschulkommission sind äußerst beschränkt und die Reformbedürftigkeit der Kommission wird allgemein anerkannt. Aber eine Reichsschulbehörde wünschen auch wir nicht, das würde zur Schablonisierung des ganzen Schulwesens führen. Daher lehnen wir den sozialdemokratischen Antrag ab. Den von dem Sprechern geäußerten Wünschen kann ich mich nur anschließen. Wichtig wäre die Schaffung eines Reichsschulmuseums. Die deutschen Auslands- und Kolonialschulen ist große Bedeutung beizumessen. Sie erwägen wäre auch, ob die Reichsschulkommission nicht als oberste Instanz in Disziplinarangelegenheiten fungieren könnte. An Stelle der jetzigen Kommission sollte man ein Reichsschulkollegium einsetzen, bestehend aus im Hauptamt tätigen Reichsschulräten, unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern, um Kompetenzüberschreitungen zu verhindern. Was man nicht definieren kann, hängt man ans Reichsamt des Innern an. (Weiterleit.) Redner wendet sich des weiteren gegen die Abschaffung des Einjährigfreiwilligen-Privilegs.

Abg. Schulz (Soz.):

Unsere Haltung zum Einjährigfreiwilligen-Privileg ist bekannt. Als wir vor zwei Jahren für ein Reichsschulamt eintraten, standen wir allein auf weiter Flur. Im vorigen Jahre stimmte auch ein Mitglied der Volkspartei dafür und dies Jahr hat die Volkspartei selbst einen Antrag zu der Materie eingebracht, und auch der Redner der Nationalliberalen hat sich für den Ausbau der Reichsschulkommission im Prinzip ausgesprochen. Freilich ist die Resolution der Volkspartei von einer übertriebenen Jaghaftigkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur immer langsam voran! ist das Tempo des freisinnigen Fortschritts. Unsere Resolution verzichtet absichtlich auf jede Einzelerforderung, für uns handelt es sich zunächst nur um die Durchziehung eines neuen Prinzips. Wollte man Einzelheiten fordern, dürfte man sich nicht auf das Wenige beschränken, was die Volkspartei fordert, auf das Studium des ausländischen Schulwesens. Ebenso notwendig, ja wichtiger wäre das Studium des inländischen Schulwesens, der Theorie der Pädagogik usw. Wenn nebenbei noch in der fortschrittlichen Resolution steht, daß das Reichsschulamt auf das Schulwesen anregend und beratend wirken soll, so ist das doch nur eine Selbstverständlichkeit. Das Bedauerliche in dem Antrag ist die Fessel, die es dem Reichsschulamt von vornherein anlegt. Vom Bildungswesen im weitesten Sinne des Wortes steht in der freisinnigen Resolution nichts. Die Fortschrittler wollten offenbar nur eine eigene Resolution haben, um nicht in die Berlegenheit zu kommen, für unsere stimmen zu müssen.

Wenn Sie einer reichsschulgesetzlichen Regelung geneigt wären, würden Sie nicht etwa einen Schritt in den Zukunftsstaat machen, sondern nur alten Traditionen der Nationalliberalen folgen. Man befürchtet davon eine Schablonisierung des Schulwesens. Diese Schablonisierung aber haben wir ja heute gerade in Preußen und anderen Bundesstaaten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ohne Schulgesetz kann heute durch einen Federstrich der Regierung schablonisiert und rückwärtsrevidiert werden. Und wer hätte rückwärts zu revidieren, wenn es ein Reichsschulgesetz gäbe? Doch der Deutsche Reichstag! Trauen Sie einem auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählten Reichstag ein solches Vorgehen zu? Das ist Gespensterfurcht. Wenn die Konservativen gegen ein Reichsschulgesetz Front machen, wundere mich nicht. Ihnen sind ja alle unitarischen Bestrebungen, jeder Fortschritt zuwider. Mit den Konservativen streiten wir auch nicht darüber, für sie ist ja lediglich der Machtstandpunkt maßgebend, da kommt es nur darauf an, ihnen die Macht zu nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für das Zentrum sind lediglich religiöse Gründe in der Frage ausschlaggebend. Es hat an sich nichts gegen eine reichsrechtliche Regelung, wenn sie nur in seinem Sinne erfolgt. Die Liberalen wollen ein Reichsschulamt, aber es soll möglichst keine Befugnisse haben. Haben denn übrigens die anderen Reichsämter legislative usw. Befugnisse? Sie sind doch lediglich Hilfsorgane der Gesetzgebung. Gesetze hätte auch ein Reichsschulamt nicht zu machen, sondern das machen Regierung und Reichstag. Im übrigen verlangen wir kein Reichsschulgesetz, sondern ein Reichsschulamt. — Und dieser Gedanke markiert. Dieser Tatsache wird sich auch die Regierung nicht entziehen können. — Wie steht es mit der Schaffung eines Reichsschulmuseums? Auch der Berliner Philologenverein wünschte das. In einer Versammlung dieses Vereins wurde einstimmig über ein Zentralinstitut für Bildung und Unterricht gegeben. Soll dieses Zentralinstitut ein preussisches oder ein deutsches sein? — Schafft man das Reichsschulmuseum, so wird man vernünftigerweise auch gleich ein Reichsschulamt, zunächst zur Verwaltung dieses Museums, schaffen. — Auf der nächsten Pfingsttagung der deutschen Volksschullehrer steht auf der Tagesordnung: Die internationale Einheitschule. Wir brauchen ein

einheitliches Volksschulgesetz für das ganze Reich.

Wir verlasteten Sozialdemokraten, wir vaterlandslosen Weissen verlangen die nationale Einheitschule. Wer sie mit uns verlangt, stimme für unsere Resolution, sie bedeutet einen energischen Schritt auf dem Wege zur nationalen Einheitschule. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Marx (L.):

Die Sozialdemokraten gehen mit ihrem Antrag gleich auf ganze Wägen, während das von der Volkspartei verlangte Reichsschulamt mit lauter negativen Befugnissen besser bezeichnet werden würde als ausgeblendetes Ei. (Weiterleit.) Ist einmal ein Reichsschulamt da, so hat es Beamte, die Betätigung haben müssen, und dann wird eben der Ruf nach einem Reichsschulgesetz sehr viel stärker werden. Es streben die gestellten Anträge dahin, das gesamte Schul- und Erziehungswesen zur Reichssache zu machen. Dem Wamen meine

Freunde nicht zustimmen. Es widerspricht der Verfassung und es würde der Höhe unseres Bildungswesens schweren Eintrag tun. Die Schule wollen wir allerdings nicht so eingerichtet haben wie die Sozialdemokraten, sondern so, wie die christlichen Eltern sie wünschen. Wir werden daher beide Resolutionen ablehnen. — Der einjährig-freiwillige Dienst hat sich bewährt; wir haben daher keine Veranlassung, ihn aufzuheben.

Abg. Dr. Kerschensteiner (Sp.):

Mit einem Reichsschulamt verlangen wir nichts, was nicht schon in föderativen Staatswesen vorhanden ist. Wo Arbeitsteilung vorhanden ist, muß auch eine zentrale Zusammenfassung vorhanden sein. Die Dezentralisation der Kulturanstalten halten wir für segensreich; aber die Zusammenfassung zu gemeinsamer Staatskraft ist notwendig, wie sie auch in der Schweiz, in der Amerikanischen Union vorhanden ist. Solch Zentralamt ist keineswegs ein ausgeklügeltes St. seine Tätigkeit können Sie zum Beispiel aus den Verträgen des schweizerischen Zentralamts ersehen, dessen Tätigkeit segensreich und nützlich ist. Eine Uniformierung wie Herr Schulz wollen wir nicht; die Vereinigten Staaten haben eine Einheitschule, aber ohne Uniformierung. Lassen Sie sich nicht von Vorurteilen beherrschen, so werden Sie sich doch noch von der Nützlichkeit eines Reichsschulamts, wie wir es fordern, überzeugen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Schulz-Grufurt (Soz.):

Aber die Einheitschule der Zukunft haben wir alle noch keine ganz bestimmte Vorstellung, ebenso noch nicht von dem zu gründenden Reichsschulamt. Deshalb halten wir es für falsch, in diesem Stadium der Vorberatung, wo es sich darum handelt, sich um das Prinzip zu scharf, mit Einzelheiten zu kommen und dadurch die Einigkeit zu stören, deshalb redet Herr Kerschensteiner bei mir vorbei, wenn er für eine gute Dezentralisation gegen eine falsche Zentralisierung und Schablonisierung spricht. Verschiedene Schulgesetze nach unserer nationalen Verhältnisse, verschiedene Schulgesetze für Neuländer und jüngerer Linie z. B. ist eine Arbeit, da ist ein Reichsschulgesetz jedenfalls besser. Auf unsere Schulforderungen bin ich heute nicht eingegangen. Sie werden zu erörtern sein bei unserem Initiativvertrag auf Schaffung eines Reichsschulgesetzes. Herr Marx meinte, in Schulfragen hätten die Eltern das letzte Wort. Bei den 4 1/2 Millionen Stimmen, die die Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen bekommen hat, könnten wir uns ja damit abfinden, wenn nicht gerade die sozialdemokratischen Eltern in Schulfragen auf das Unerhörteste vergrößert würden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Interesse dieser vergrößerten Eltern müssen wir unsere Schulwünsche auch vor dies Forum bringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht (Soz.) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der Antrag Altmann (Sp.) gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen.

Abg. Schiffer (natl.):

beantwortet einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über den Ausbau des Bundesamts für das Heimatwesen zu einem Reichsamts für das Heimat- und Finanzwesen behufs Übernahme der lehrplanmäßigen Entscheidungen in Rechtsstreitigkeiten aus dem Wehrtragsgesetz und dem Besitzsteuergesetz.

Abg. Graf Westarp (L.):

Es fehlt jeder innere Zusammenhang zwischen den sonstigen Aufgaben des Bundesamts für Heimatwesen und den Zielen des Antrags. Ein Amt, wie es der Antrag will, würde geradezu schreien nach Ausbau zu einem Reichsoberverwaltungsgericht und ein solches lehnen wir prinzipiell ab. In Besitzsteuerfragen würde es gerade zu einer Rechtsungleichheit führen. Das Besitzsteuergesetz entspricht in vielen Punkten dem preussischen Ergänzungsteuergesetz. Derselbe Jenfus in Preußen würde demnach für dieselbe Sache einmal dem preussischen Oberverwaltungsgericht und das andere Mal dem Reichsoberverwaltungsgericht unterstehen. Diesen weiteren Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten machen wir nicht mit.

Abg. Dove (Sp.):

Wir stimmen für den Antrag, gerade weil wir zu einem Reichsoberverwaltungsgericht kommen wollen. Wieviel Rechtsfragen bei dem Wehrtragsgesetz auftauchen, beweist z. B. die Frage von Beamten, ob der Generalpardon auch schließt die Disziplinarstrafen für frühere solche Angaben. Im übrigen brauchen wir ein Reichsoberverwaltungsgericht auch auf andern Gebieten, wie z. B. dem Vereins- und Versammlungsrecht. (Sehr richtig! links.)

Abg. Erzberger (Z.):

Vor vier Jahren wollte man das Bundesamt für Heimatwesen abbauen, heute will man alles Mögliche daraus machen. Gemäß wäre z. B. eine Inflation nötig, die Doppelbesteuerungen verhindert. Aber ich stimme dem Grafen Westarp zu, daß für den einzelnen Jenfus die Schwierigkeiten viel größer würden. Meiner Ansicht nach ist der Bundesrat die richtige Instanz, um das Wehrtragsgesetz und Besitzsteuergesetz auszuliegen.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Aus den Ausführungen des Abg. Grafen Westarp haben wir die Heberzeugung geschöpft, daß wir dem Antrag zustimmen müssen. Was ihn abweist, ist für uns das Sympathische. Die Notwendigkeit eines Reichsoberverwaltungsgerichts ist schon oft genug nachgewiesen worden. Es muß verhindert werden, daß Reichsgesetze nur nach dem Buchstaben nach solche sind, und daß die Rechtsprechung durch die verschiedene Auslegung in den Einzelstaaten illusorisch gemacht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die von dem Grafen Westarp erwähnten Ungleichheiten für den einzelnen Jenfus würden erst dann verschwinden, wenn die Grundlage der Steuerbefreiung auf Grund von Reichsgesetzen erfolgte und die Einzelstaaten praktisch nur Zuschläge erheben würden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber zu diesem Ziele haben wir auch noch einen weiten Weg. Uns hätte es besser gefallen, wenn der Antrag Schiffer nicht so aufleisen Söhnen gesellschaftlichen Lämme, sondern offen ein Reichsoberverwaltungsgericht gefordert hätte. Aber immerhin kann sich aus ihm Verwertbares entnehmen, deshalb werden wir dem Antrage zustimmen. (Bravo! links.)

Der Antrag Schiffer wird gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen.

Die Weiterberatung des Etats wird verlagert auf Sonnabend 12 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung, Freitag, den 6. Februar 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Besefer.

Zweite Lesung des Justizetats.

Zu Beginn der Sitzung teilt der Präsident Graf v. Schwerin-Erbach mit, daß dem Hause eine Zentrumsinterpellation betreffend den Unglücksfall zweier Zentrumsabgeordneten zugegangen sei, in der auch nach Abhilfe für die Zukunft gefragt wird.

Abg. Dr. Bell (Z.):

Der Umsturz der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse gebietet, daß sich die Juristen mehr als früher und bereits auf der Universitätsdamit befassen. Nur der Jurist, der mit dem modernen Wirtschaftswesen vertraut ist, kann seines Amtes walten. Ich behaupte, daß die nachgeordneten Justizbehörden in der Provinz

sich nicht immer nach den Anschauungen des Justizministers hinsichtlich der Anstellung der Assessoren richten. — Der Redner kritisiert das weitere das Verfahren der Justizverwaltung bei der Anstellung der Assessoren und bei der Beförderung der Staatsanwälte und Richter. In der Dortmund Angelegenheit hat der Justizminister der deutschen Rechtsanwaltschaft, dadurch daß er die Eröffnung des Verfahrens verhindert, den schlechtesten Dienst erwiesen. Der Abg. Liebnecht hat sich mit einer kriminalistischen Statistik beschäftigt, aus der hervorgeht, daß die Kriminalität bei den Reichsinstanzen besonders hoch ist. Aber diese Statistik ist deshalb wertlos, weil sie nicht einmal zwischen Vergehen und Verbrechen unterscheidet. Der Abg. Liebnecht hat ferner aus der Statistik erweisen wollen, daß andererseits die Kriminalität bei den Rufen und Konfessionslosen besonders gering ist. Aber diese ganze Rechnung besteht lediglich in einer tendenziösen Phantasie. — Im Zusammenhang mit dem Sensationsprozess Hedwig Müller befragt der Abgeordnete das lebhafteste Interesse, das die „gute Gesellschaft“ derartigen Standaugeschichten der Großstadt entgegenbringt und die Gefälligkeit einer gewissen Presse, dieses Sensationsbedürfnis durch unerwünschte Berichte zu fördern. Er trägt die eigentümlich liebenswürdige Behandlung „der schönen Sünderin“ in jenem Prozess durch den Vorfällen des Gerichts und den Staatsanwalt. Diese Liebenswürdigkeit des Gerichtsvorsitzenden muß man nun mit dem Verhalten des anderen Gerichtsvorsitzenden in dem Mittel-Prozess, der seinen Verurteilten wie einen halbverrückten Menschen behandelte, vergleichen. Wir danken dem Justizminister für seine geistige Erklärung, in der er ein derartiges geistiges Vorgehen mißbilligt. Dieser Vorfälle ist nicht der Typus des deutschen Richters.

Justizminister Dr. Besefer

welkt die Kritik des Redners an den Maßnahmen der Regierung hinsichtlich der Beförderung der Justizbeamten zurück. Im Interesse der Anwaltschaft, das mich ich noch einmal auszusprechen, ist im Dortmund Fall die Aufstellung des Prozesses unterblieben. Wenn die Presseäußerungen über das Verhalten des Gerichtspräsidenten und Staatsanwalts im Falle „Hedwig Müller“ zurechen, so nehme ich keinen Anstand, dies Verhalten zu mißbilligen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Delbrück (L.):

Man darf die Beschäftigung von Fabrikarbeitskräften in ihrer Bedeutung für die Ausbildung der Assessoren und Richter nicht überschätzen. Es lohnt sich nicht, den Fall Mittel so ausführlich zu behandeln, da dieser Fall nicht typisch ist und vom Minister bis zum Abg. Liebnecht alle einig sind, daß das Verhalten des Vorsitzenden im Mittel-Prozess unzulässig war. Aber man darf doch nicht wegen dieser Ungleichung über diesen Mann den Stab brechen. Wir halten nach wie vor fest an der Gottesanrufung bei der Eidesleistung, da darin jedenfalls eine Bürgschaft für die Wahrheit bei den Urteilen gegeben wird. Wenn sich einer vor den Richter hinsetzt und erklärt, ich leiste den Eid nicht, da ich nicht an Gott glaube, so bringe ich meinem stilligen Ernst von vornehmern Richtern entgegen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich um eine geistlich vorgeschriebene Formalität. (Abg. Dr. Hoffmann: Der Reuge hat ja nur die Wahrheit zu sagen.)

Nicht vom Rechten, sondern vom Unzivilisierten reden wir hier und daher müssen die Kinder bewahrt werden. Auch im Zukunftstaat wird man nicht darauf verzichten können, denn von selbst bilden die Kinder der Verführung nicht fern. Die herrlichsten Kunstwerke können Halbbrüder geschichtlich erzeugen. Viel Mühseligkeiten kommen nicht vor. (Hört! hört! links.) Die politische Richtung des Richters darf keine Rolle spielen, aber ein Sozialdemokrat, der unsere ganze Gesellschaftsordnung aufs grimmigste bekämpft und unsere ganze Gesetzgebung für verkehrt hält (Obol bei den Sozialdemokraten), kann nicht Richter sein. Für sozialdemokratische Schöffe hat erzählt, wie lächerlich ihm seine Funktion vorkam. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wo?) Ich kann es Ihnen jetzt nicht sagen, ich werde aber nachsehen, da ich es notiert habe. (Obol bei den Sozialdemokraten.) Abg. Liebnecht sagte selbst, daß er nicht an eine abschließliche Klassenjustiz unserer preussischen Richter glaube, von einigen Ausnahmen abgesehen, und daß sie den Willen zur Gerechtigkeit haben. Ist das nicht ein glänzendes Zeugnis in unseren erregten Zeiten von den Urteilen unserer Ordnung? — Wenn Sie aber selbst keine Klassenjustiz behaupten, was wollen Sie dann mit dem Trohan mit der lödenden Volkseule — was sonst als ein Richter einzuschüttern, und veranlassen, uns von Ihnen abhängig zu machen! (Beifall rechts. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wo sind die Beweise für Klassenjustiz, nach denen Sie unausgesetzt forschen? Wie kommen mal hehler vor, auch bei Streitprozessen, das ist menschlich. Sie sagen, daß scharfe Streiturteile bedeuten, daß die Staatsräson über die Gerechtigkeit gestellt wird. Das ist unrichtig. Es soll dadurch bei Urteilen nur ebenso abgehandelt werden, wie wenn irgendwo zahlreiche Raubfälle vorkommen und dann scharfe Strafen verhängt werden. Wir wünschen, daß das Prinzip der Abrechnung bei der Strafverurteilung nicht ausgeschlossen wird. Der preussische Richterstand wird sich von den Angriffen der Sozialdemokratie nicht einschüchtern lassen. (Beifall rechts.)

Abg. Cassel (Sp.):

Die Strafe ist Sühne für ein begangenes Unrecht, der Abschreckungszweck darf für die Bemessung der Strafe nicht in Frage kommen. Es entspricht gerade dem Ernst der Gesinnung eines Juristen, der ohne jeden Zwang dem Richter erklärt, er glaube nicht an Gott und wolle den Eid nicht schwören. Es ist eine Aufgabe der Justizverwaltung, auf diesem Gebiete Wandel zu schaffen. Man verfolgt unter dem Vorwande Darstellungen, die die Unwissenheit erregen, Dinge, die gänzlich unschuldig sind. (Zuruf: Es kommt auf die Phantasie des Betrachters an.) Das kann für die Anwaltschaft des Staates nicht entscheidend sein. Man kann doch auch einem so hohen preussischen Beamten, wie dem Generaldirektor v. Bode nicht den Vorwurf machen, er begünstige die Unwissenheit. — Wir schließen uns der Darstellung des Abgeordneten Zichert hinsichtlich des Mittel-Prozesses vollständig an. — Die Zurückweisung der Anklage im Dortmund Fall ist für die unbehilflichen Anwälte geradezu verkehrend. Man hat ja im Kölner Prozess die Erhebung der Anklage gegen die Volkspartei nicht unterlassen. Woher die ärztliche Jurisprudenz für die Anwälte? Wir bedanken uns dafür. Wir verlangen Schutz vor derartigen Panzeralberkumbungen durch die Regierung. (Beifall links und im Zentrum.) — Auch in Kleinstädten, nicht allein in Großstädten, findet ein starker Zulauf zu Standaugeschichten statt. In dem Prozess „Hedwig Müller“ handelte es sich um eine sehr hysterische, krankhafte Persönlichkeit, der gegenüber eine schonende Behandlung zur Fortführung des Prozesses am Plage war. — Die Vorbildung unserer Juristen an unseren Universitäten ist unzureichend; es fehlt z. B. an geeigneten Lehrkräften. Die Maßnahmen der Justizverwaltung bei der Bemessung und Anstellung der Referendare und Assessoren sind nicht immer glücklich. Die Vorsitzenden der Handelskammern müssen von der Justizverwaltung dauernd an ihre Stelle gestellt werden. Der Meinung des Abg. Liebnecht, der Sachverständige habe in der Hauptphase an der Entscheidung mitzuwirken, trete ich entgegen. (Zuruf Liebnecht: Das habe ich gar nicht gesagt.) Das sagen Sie immer, wenn man auf Ihre Äußerungen zurückkommt. Aber der Richter muß insstande sein, das Gutachten der Sachverständigen zu werten. Die Mitwirkung der Laien in der Rechtsprechung ist von großer Bedeutung; durch eine Entfernung der Laien von der Rechtsprechung würde eine Kluft zwischen ihr und dem Volke entstehen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Minister Dr. Besefer:

Hinsichtlich der Direktorenstellen an den Handelskammern schweben noch Erwägungen. Die Klagen über die Prozeßführung im Falle „Hedwig Müller“ werde ich nachprüfen.

Abg. Hoormann (natl.):

Wenn der Abg. Liebnecht zwei Stunden gebraucht, um seinen gerechten Herzen Luft zu machen, so hat er doch die alten Klagen über Klassenjustiz und Staatsräson wiederholt; nach einer solchen Klage wirkt sein Verstand, der preussische Richterstand sei instabil, doppelt abstoßend. Von allen Prozeßbeteiligten im Falle Krupp hat der Abgeordnete Liebnecht — ich kann ihn ja als Prozeßbeteiligten bezeichnen (Heiterkeit) — am schlechtesten abgeurteilt. Abgeordneter Schiffer hat mit Recht gesagt, daß Liebnecht seine ganze Partei mit seinem Vorgehen hineingelegt hat. Der Abgeordnete Liebnecht hat gestern in Aussicht gestellt, daß er noch ganz andere neue Dokumente zutage fördern werde. Dahinter setzen wir ein großes Fragezeichen. Das war eine Romanade, mit der er seinen Müdigkeit bedeu wollte. Herr Liebnecht ist auf die „Rührschnellfeuerjustiz“ bei dem Streik im Ruhrgebiet vor zwei Jahren zurückgekommen. Er hat bedauert, daß damals nicht ein Aufstand ausgebrochen ist. — Von der Weisheit der Richter kann keine Rede sein, da sie nicht hinter Klostermauern und auf dem Mond wohnen, sondern in Öffentlichkeit ihres Amtes walten. Auf ein Duzend sauler Ausreden eines Angeklagten lassen eher zehn Geschworene als ein Berufsrichter hinein. Damit will ich aber nicht die Schwurgerichte diskreditieren. Der Mittel-Prozess ist einer der Punkte, auf den ich nicht kommen will. (Zuruf im Zentrum und bei der Volkspartei.) Der Abg. Rangow ist in seinem Angriff auf den Mittel-Prozessbeteiligten zu weit gegangen.

Abg. Vredt (L.):

Dem Zeugen Landrat a. D. Köpfer hätte im Krupp-Prozess nach der Richterverurteilung doch das Wort gegeben werden sollen, sonst sieht er ja schlechter da, wie der Angeklagte. Der zweite Lilian-Prozess hat übrigens bewiesen, daß Köpfer gar keine Mithäterschaft zur Last fällt. Bei der hervorragenden Stellung des Herrn Köpfer wollten wir das feststellen. — In der Ausbildung der Juristen muß dem öffentlichen Recht ein größerer Raum eingeräumt werden.

Minister Dr. Besefer

will dies berücksichtigen, aber zu viel könne nicht gelehrt werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz. — persönlich):

Die Darlegungen des Abg. Dr. Bell über meine Statistik waren irrtümlich und sind als solche vom „Hannov. Courier“, der sie zuerst brachte, auch schon ausgegeben. Abg. Delbrück hat behauptet, ich hätte gestern gesagt, die Logik habe in der Jurisprudenz nichts zu tun und man sollte nach dem Gefühl entscheiden. Eine solche allgemeine These habe ich nicht aufgestellt, sondern nur festgestellt, daß der Begriff „relative Unschuldigkeit“ sich wohl logisch und psychologisch formulieren läßt, doch er aber, rein logisch konstruiert, in der jetzigen Anwendung zu Tode geht. Meine Ausführungen bezogen sich nur auf die absonderliche juristische Logik. Abg. Cassel hat meine Worte über das Verhältnis von Richter und Sachverständigen angegriffen, sich aber inzwischen abgezogen, daß ich keineswegs den Richter zum Glanzen der Sachverständigen machen will und im Einverständnis mit ihm stehe ich das fest. Abg. Hoormann ist mir in der nicht sehr originellen Weise der Krupp-Prozess nach der Scheußlichen Hochstellung der Firma gekommen. (Zuruf: Sie sollten nicht nur persönlich, sondern auch kurz sein!) Gegenüber Herrn Hoormann stelle ich fest, daß ich von Geheimhaltung von Dokumenten und Zurücklegung eines Kompromittierten zu einer Durchsichtung nicht mit Bezug auf Krupp, sondern auf eine andere Firma gesprochen habe, die jetzt viel genannt wird. Allerdings waren die Berichte der bürgerlichen Presse über meine gestrige Rede besonders miserabel.

Zur Spezialdebatte beim Justizetat spricht zunächst

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Zu einem Lokaltermin in dem Prozess der Witwe Köpfer, der in Dreplau stattfand, waren auch eine Reihe von Pressevertretern verschiedener Parteien erschienen. Diese wurden von dem Vorsitzenden des Gerichtes in großer Form an der Befichtigung der Aktenstücke gehindert und ferner wurde ihnen verboten, sich schriftliche Notizen zur Verhandlung zu machen. Die Beschwerde, die von den betreffenden Journalisten erhoben wurde, wurde von dem zuständigen Landgericht zurückgewiesen, und zwar mit der Begründung, daß das Vorgehen gegen die Journalisten motiviert sei durch den Platzmangel bei jener Verhandlung in Dreplau; man habe den Prozeßbeteiligten den Zutritt lassen müssen. Diese Darstellung wurde von den Journalisten in einer weiteren Beschwerde an die höhere Instanz bestritten. Sie wurde am 8. August des vorigen Jahres eingereicht und ist bis zum heutigen Tage nicht beantwortet worden von dem Präsidenten des Kammergerichts. Das kommt einer Nichtachtung der Presse gleich; wir bitten die Justizverwaltung, sich hierzu zu äußern.

Es erfolgt keine Antwort.

Abg. Haenisch (Soz.):

Die Schnellfeuerjustiz im Ruhrgebiet hat in verhältnismäßig kurzer Zeit tausende Prozesse abgeurteilt. Nicht so schnell war man in folgendem Fall in Dortmund, in dem ein katholischer Geistlicher bedenkende Rechtsanwältin in schwerer Weise verlegt hat. Die Sache hat in Westdeutschland größtes Aufsehen erregt. Es handelt sich um die heimliche Entführung eines sechzehnjährigen Mädchens evangelischer Religion, das in der Umgebung von Dortmund seinen allgemeinen angesehenen und nicht etwa sozialdemokratischen Eltern geräubt und in einer angeblichen „Rührstunde“ unter den merkwürdigsten Umständen zur katholischen Kirche „bekehrt“ wurde. Das Mädchen wurde mit Hilfe der Polizei zurückgeholt, aber es gelang den „Bekehrern“ wieder, es seinen Eltern absperrig zu machen und erst ein Urteil des Vormundschaftsgerichts Dortmund gab es seinen Eltern zurück. Es wurden gegen die katholischen Geistlichen die schärfsten Beschuldigungen der Mithäterschaft, Erpressung und Freiheitsberaubung öffentlich erhoben. Hat doch einer der Geistlichen dem Vater gedroht, ihm eines Eitelkeitsverbrechens an seinem Kind zu beschuldigen, wenn er nicht ruhig sein würde. Diese Geistlichen haben erklärt, sie hätten so vorgehen müssen und hätten sich sonst einer Sünde gegen ihre Kirche schuldig gemacht. Sogar das Dortmund Nachrichtenblatt hat das Verhalten der Geistlichen scharf getadelt und ein Einwirken gegen sie gefordert. Die Staatsanwaltschaft hat aber die Verfolgung eingestellt. Warum — das frage ich den Justizminister! Wir wissen, daß der Kampf gegen den Materialismus nicht durch die Justiz, sondern nur geistig geführt werden kann. Nicht strenge Strafen fordern wir, sondern wir fragen, wieso die beim Streik so schnelle Staatsanwaltschaft bei diesem Fall in Dortmund, der übrigens nicht der erste „Bekehrungsverlauf“ des dortigen Kaplans war, verlagert. Die nationale liberale Partei, die zuerst ein großes Geschrei darüber erhoben hatte, verband sich gleich darauf mit dem Zentrum bei den Stadtverordnetenwahlen in Dortmund gegen die Arbeiter. Wir eruchen also um Aufklärung! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar:

Der Minister ist mit dieser Sache nicht befaßt, wie er damit befaßt werden kann, bestimmt das Gesetz.

Abg. Dr. Bell (Z.):

Was hat denn die Sache mit dem Justizetat zu tun? Nur dem daß gegen die Religion und die Kirche wollte Abg. Haenisch Kundtun geben. (Beifall im Zentrum. Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Grounowski (Z.):

Der Staatsanwalt wird doch für seine Einstellung Gründe gehabt haben. Hier aber greift ein Sozialdemokrat in ein schwebendes

Verfahren ein und ruft nach dem Staatsanwalt. Der ganze Fall sollte nur die evangelischen Dortmund Wähler kulturkämpferisch gegen das Zentrum aufheben. Aber der gesunde Sinn der Dortmunder Wähler lieh die Sozialdemokratie scheitern. Sie fordern doch im Erklärungsprogramm, daß jedes Kind mit 14 Jahren seine Religion wählen kann. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Im Preussischen Landrecht steht's!)

Abg. Dr. v. Campe (nail.):

Ueber schwebende Verfahren sollte hier möglichst wenig gesprochen werden. Sollten die hier vorgelegenen Tatsachen stimmen, so muß der Staatsanwalt sofort eingreifen; denn ein Jurist ist in stände, mehrere strafbare Handlungen darin zu finden. Von einer Denunziation des Geistlichen durch den sozialdemokratischen Abgeordneten kann in diesem Fall keine Rede sein. Das Parlament muß das Recht haben, solche Mißstände zu kritisieren. Den Vortwurf, daß die Justiz in diesem Falle zu langsam vorgegangen sei, weise ich zurück. Ich bin einmal in der Lage gewesen, einen Sozialdemokraten wegen Mißbrauchs des Vereinsrechts zu verurteilen. Die sozialdemokratische Zeitung in Hannover „Der Volkswille“, teilte diese Tatsache als ein „bräunliches Urteil“ mit, um das Volk gegen die Rechtsprechung mobil zu machen, aber es hätte sich, seinen Lesern mitzutellen, daß der Verurteilte die von ihm beantragte Revision zurückgezogen habe. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wenn eine Revision unterbleibt, so wird damit das Urteil noch lange nicht für gerecht anerkannt. Wenn Abg. v. Campe sich wundert über Odenischs Bemerkungen von der Schmelzfeuerjustiz — ja, hat er die vorjährigen Debatten über diese höchst schädliche Justiz und die Verletzung der Rechte der Angeklagten und ihrer Verteidigung vergessen?! Damit beweist Herr v. Campe, der selbst Richter ist, seine Volkshörigkeit und seine Verständnislosigkeit gegenüber unseren Bekleideten. Von einem Eingriff in ein schwebendes Verfahren ist keine Rede, denn die Sache ist bei der Staatsanwaltschaft, die eine reine Verwaltungsbehörde ist. Von unserem Programm hat Gronowski keine Ahnung, er soll davon doch im Gegenwart von Sozialdemokraten nicht sprechen! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und wirt er Doppelspiel vor — er, der das personifizierte politische Doppelspiel ist, der in seiner Strampelhaftigkeit als Zentrumshöhepunkt nicht seines Gleiches in der Welt findet. (Der Präsident unterläßt solche Ausdrücke.) Was er von der sozialdemokratischen Gerechtigkeit sagte, wie er sich sie vorstellt, ist ja so abgeleitet, daß daraus einjugehen nicht lohnt. Odenisch hat gleiches Recht für alle gefordert von einer Justizbehörde, die einmal alle Schnelligkeit auswendet, unter Hintanlegung der Interessen der Angeklagten und ein andermal so langsam und ägernd vorgeht. Wir fordern Rechtsgleichheit, weiter nichts. Ihr Gemühen, aus dieser Sache einen Kulturkampf zu entfehlen und uns als schwarzen Mann hinzustellen (Zuruf rechts: Roter Mann), wird Ihnen nicht gelingen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

(mit Unruhe wegen der späten Stunde empfangen):

Das ist der Fluß der bösen Zeit! (Heiterkeit.) Hätten Sie vorher nicht so gelacht, weil Sie dachten, ich risse aus, während ich doch unsern Fraktionsdiener einen Auftrag geben wollte, so hätten Sie mir nicht gezwungen (große Heiterkeit), nochmals zu reden. Recht losen Sie wieder über unsere Schule! Hätte ich solange die Schulbank gedrückt, wie Sie — ich spreche ein besseres Deutsch und wäre nicht halb so dumm wie manche der Herren — außerhalb dieses Hauses! (Stürmische Heiterkeit.) Von einer Denunziation, Herr Gronowski, ist hier doch keine Rede, wir fordern aus Gerechtigkeitsgefühl Klarstellung der ungeheuerlichen Vorfälle in Hombrud; Sie aber haben im vorigen Jahr den Justizminister gegen die Sozialdemokratie hart zu machen versucht! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie geben Odenischs Anfrage als — Kulturkampf aus, um etwas zu haben, womit Sie die Aufmerksamkeit von den großen Unannehmlichkeiten ablenken könnten, die das Zentrum jetzt hat. (Sehr wahr! links.) Wie ist's, V. jetzt wieder Ihren Gewerkschaften auf den Kopf — gehauen worden! (Gr. Hll.) Wir sind hier für die Aufhebung der antikatolischen Ausnahme-Gesetze eingetreten, das wissen Sie genau! — Von unserem Programm hat Abg. Gronowski keine Ahnung. Von der Wahlfreiheit für die Religion nach Erreichung des 14. Jahres machen Sie ja, wie der Hombruder Fall zeigt, selbst Gebrauch; Sie steht aber im Abg. Landrecht und nicht in unserem Programm! — Die Herren Haarmann und Gronowski halten hier immer dieselben Reden gegen die Sozialdemokratie wie draußen im Westen. Gronowski sagte, er wolle lieber zur allerreactionärsten Partei, wie zur Sozialdemokratie. Da sind ihm wohl die Trauben zu sauer. Uebrigens ist er ja schon bei uns gewesen, als er 1908 unsere Landtagswahlbedingungen untersuchte, um mitgewählt zu werden. Aber ein zweitesmal fallen wir ihm auch auf eine schriftliche Erklärung nicht herein! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bell (Z.):

Das sozialdemokratische Programm ist so oft geändert, verabschiedet und verrätelt worden, daß sich kein Genosse mehr daran auskennt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Campe hat nur Herrn Liebknecht zu Dank gesprochen. Die Sozialdemokraten wollen eben Religionshege treiben!

Abg. Gronowski (Z.):

Dem Leiterlasten redet Herr Liebknecht, der immer die gleiche Rede hält! Er, der keine Schwelien hat, greift immer unsern Zentrumsarbeiter an. (Der Redner wird wegen einiger persönlicher Anmerkungen gegen die Sozialdemokraten vom Präsidenten abgemahnet.) Mit Ihrem Programm meinte ich Ihre Agitation. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Vorfal in Hombrud ist unaufgeklärt. Wenn Sie so Kulturkampf treiben, wird das Zentrum Sie noch überleben. Wir wollen nichts verheimlichen, sondern gleiches Recht.

Ein Schlussantrag wird angenommen.
Die Weiterberatung wird vertagt auf Sonnabend 11 Uhr.
Schluß 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Der Marine-Etat in der Budgetkommission des Reichstags.
Der erste Versuch, aus der Erklärung des Staatssekretärs v. Tirpitz über die Entspannung des deutsch-englischen Verhältnisses die praktischen Konsequenzen zu ziehen, wurde am Freitag bei der Weiterberatung des Marine-Etats von der Kommission zurückgewiesen, indem sie den sozialdemokratischen Antrag auf

Streichung von 281 neugeforderten Artilleriepersonalstellen ablehnte. Ja, sie ging noch einen Schritt weiter, indem sie die im Vorjahre abgelehnten Mehrforderungen für Offizierszulagen in Höhe von 3¼ Millionen Mark ansichtslos bewilligte.

Das starke Interesse der bürgerlichen Klasse an der Flotte fand bezeichnenden Ausdruck in zahlreichen Beschwerden von Handelskammern, Wirtschaftsorganisationen und Weinhändlern darüber, daß süddeutsche Firmen bei Lieferungen für die Marine nicht genügend berücksichtigt worden seien. Die Erörterung dieser Beschwerden lief eine große Lieferungs- und Schmiergelddebatte hervor. Von verschiedenen Seiten wurde Material herbeigebracht zum Beweis dafür, daß der Nachschub nicht bloß bei der Kölner Polizei, sondern auch bei der Marineverwaltung eine interessante Rolle spielt. Roske erinnerte an den Krupp-Prozess und wies auf gravierende Tatsachen hin, die der Magdeburger Schmiergeldprozess zutage gefördert hat. Von vieler Firmen werde lebhaft Klage darüber geführt, daß ehemalige Offiziere und Marinebeamte als Vertreter von Großfirmen diesen mit Hilfe ihrer guten Beziehungen die Aufträge auswichen. — Erzberger (Zentrum) bestätigte aus seinen in der Rüstungskommission gewonnenen Erfahrungen, daß es in der Industrie üblich sei, frühere Marineoffiziere anzustellen, um Aufträge von der Marine zu erhalten. Daß die Marineverwaltung den Privatfirmen die Verwendung pensionierter Offiziere empfehle, fordere Bedenken heraus und müsse in der Öffentlichkeit begriffliches Mißtrauen erregen. Mit feierlichen Erklärungen verwahrte sich Staatssekretär v. Tirpitz gegen den Verdacht, daß auch Offiziere für Schmiergelder nicht unzugänglich seien; in dem im Krupp-Prozess zur Sprache gekommenen Falle habe es sich um Trinkgelder in geringer Höhe und untergeordnete Angestellte gehandelt; bezüglich des im Magdeburger Prozess aufgedeckten Falles sei durch Stellung eines Strafantrags gegen den Schuldigen bereits eingeschritten worden. Die Marineverwaltung sei entschlossen, den Offizieren jeden direkten Verkehr mit Lieferanten generell zu verbieten und im übrigen unmaßtätlich jeden Fall von Unrechtheit im geschäftlichen Verkehr zu verfolgen.

Die Frage der Deifseuerung, die hierauf angeknüpft wurde, ist nach den Ausschüssen, die der Staatssekretär über das Resultat der angestellten Versuche gab, noch nicht in das Stadium gelangt, daß eine abschließende Beurteilung möglich wäre. Sind die gewonnenen Erfahrungen vorläufig auch nicht voll befriedigend, so werde doch die Zukunft voraussichtlich den Deimotoren gehören. Damit werde, wie von sozialdemokratischer Seite betont wurde, eine totale Umwälzung im Kriegsschiffbau herbeigeführt und eine ungeheure Steigerung der Marinekosten unvermeidlich werden. Um über die Beschaffung des Oels und die auf dem Gebiete der Oelproduktion herrschenden Monopolbestrebungen Auskunft zu erhalten, soll das auswärtige Amt zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Die Wiederaufnahme im Disziplinarverfahren.

Die Kommission des Reichstags, die diese Materie vorgeberaten hat, beschloß in ihrer Sitzung vom Freitag, folgenden Absatz in den Entwurf einzufügen:

„Die Wiederaufnahme eines durch rechtskräftige Entscheidung geschlossenen Disziplinarverfahrens findet zugunsten des Verurteilten statt, wenn entweder a) eine der im § 899 der Strafprozessordnung unter Nr. 1—3 bezeichneten Voraussetzungen vorliegt, oder b) ein strafgerichtliches oder zivilgerichtliches Urteil, auf welches die Entscheidung begründet ist, durch ein anderes rechtskräftig gemerktes Urteil aufgehoben ist, oder c) neue Tatsachen oder Beweismittel beigebracht sind, die allein oder in Verbindung mit den früheren Beweisen die Freisprechung oder die Befreiung mit einer Ordnungstrafe statt Entseuerung aus dem Amte zu begründen, geeignet sind.“

Durch diese Formulierung, die von den amwesenden Regierungsvertretern bekämpft wurde, sind einige im Regierungsentwurf enthaltene Härten beseitigt; es ist durch die Kommission eine Erweiterung der Möglichkeiten für ein Wiederaufnahmeverfahren im Interesse der Beamten gegeben.

Schul vor Verrat militärischer Geheimnisse.

In der Reichstagskommission für den Gesetzentwurf über den Verrat militärischer Geheimnisse suchten die Vertreter des Reichsmarineamts auf Grund nicht veröffentlichter Reichsgerichtsentscheidungen die Forderungen der Regierungsvorlage zu rechtfertigen. Ein Vertreter des Kriegsministeriums besprach die Zulassung ausländischer Offiziere zu den Wandern. § 1 Absatz 2 der Vorlage verlangt, daß bei bestimmten Delikten als militärische Geheimnisse ohne weiteren Nachweis die Gegenstände und Nachrichten gelten sollen, deren Geheimhaltung die oberste militärische Behörde angeordnet hat. Nach Schluß der Debatte, in der sich Redner verschiedener Parteien gegen den Abschluß wandten, wurde § 1 Absatz 2 abgelehnt. Dafür stimmten nur die Konservativen. Ferner wurde als neuer Absatz zu § 1 folgender Zentrumsantrag angenommen, gegen den außer den Konservativen, Nationalliberalen auch ein Teil der Fortschrittler stimmte: „Als militärische Geheimnisse im Sinne dieses Gesetzes gelten nicht: 1. Gegenstände, welche öffentlich sichtbar sind oder deren Beschäftigung gewohnheitsmäßig gestattet wird; 2. Gegenstände, soweit sie bereits in Schriften oder Zeitungen veröffentlicht worden sind.“

Bekämpfung des Geburtenrückganges.

Zur Bekämpfung des Zentrums-Gesetzentwurfs hat der Abgeordnete Dr. Quard (nail.) in der Gesundheitskommission des Reichstags beantragt, den gefährlichen § 1 durch folgenden Paragraphen zu ersetzen:

„Der Bundesrat kann den Verkehr mit Gegenständen, die zur Beseitigung der Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder unterlagen.“

Das gleiche gilt bezüglich der zur Verhütung der Empfängnis bestimmten Gegenstände insoweit, als nicht die Rücknahme auf die Bedürfnisse des Gesundheitslichen Schutzes entgegensteht.

Die vom Bundesrat getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag, wenn er veranlaßt ist, sofort, anderenfalls bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen. Soweit der Bundesrat den Verkehr mit einzelnen Gegenständen untersagt hat, ist deren Einfuhr verboten.“

Die Sozialdemokraten beantragten für den Fall der Annahme dieses Antrages, ihm hinzuzufügen: „Bei Gegenständen, die zu gesundheitlichen Zwecken Verwendung finden, gegen Anstiftung sichern, oder zu Zwecken der Reinlichkeit erforderlich sind.“ Außerdem soll noch ein § 4 zugefügt werden, der die Einsetzung einer gemischten Kommission verlangt. Erst nach deren Vorgutachtung dürfe der Bundesrat zu einem Verbot oder einer Be-

schränkung des Verkehrs mit empfängnisverhindernden oder zur Beseitigung der Schwangerschaft bestimmten Gegenständen übergehen.

Gegen die von den sozialdemokratischen Vertretern begründeten Zusatzanträge wandten sich sowohl die Regierung als auch die Vertreter des Zentrums und der Volkspartei. Beschlüsse wurden in der Sitzung nicht gefaßt.

Das Petroleummonopol.

Die Reichstagskommission für die Regelung des Verkehrs mit Petroleum begann am Freitag mit der dritten Lesung des Gesetzentwurfs. Die Vertreter der Regierung nahmen Stellung zu den Kommissionsbeschlüssen in zweiter Lesung. Sie wandten sich entschieden gegen die von der Kommission geschaffene Organisation der Vertriebsgesellschaft, die nur der Form, aber nicht dem Wesen nach eine Aktiengesellschaft sei. Einverstanden sei die Regierung mit dem Gedanken, daß entgegen ihrem Entwurf, das Reich einen größeren Einfluß auf die Vertriebsgesellschaft erhalten solle. Nicht einverstanden sei die Regierung auch mit den Bestrebungen der Kommission, jeden Gewinn für das Reich auszuscheiden und einen Maximalpetroleumpreis für eine längere Reihe von Jahren festzulegen. Die Regierung könnte sich höchstens dazu verstehen, einen noch festzusetzenden Maximalpetroleumpreis für ein Jahr (höchstens zwei Jahre) gesetzlich zu garantieren. Zu einer Reihe anderer Beschlüsse der Kommission, die sich auf die Abfassungsbedingungen und auf die Angelegenheitsabteilungen beziehen, befaßt sich die Regierung ihre Stellungnahme bis zur Spezialdiskussion der dritten Lesung vor.

Aus der Partei.

Treibereien gegen die geeinigte Partei.

Paris, 4. Februar. (Fig. Ber.) Die von der Briand'schen Presse mit liebenswürdiger Heiligkeit behauchte Gruppe der Parteiprenger hat sich ein Manifest geleistet, das den Zeitgenossen die Gründung einer „Partie Ouvrier“, einer wahren, unverfälschten und korruptionsfreien Arbeiterpartei anzeigt. Da eine Reihe der Unterzeichner bisher den Organisationen der Seine-Abteilung angehört — das Ehepaar Cambier mit seinem von Jerusalem Geld erhaltenen antikorruptionistischen „Lutte des Classes“ ist schon ausgeschlossen — mußte sich der Föderationsvorstand mit der Gröndergesellschaft befaßen. Er hat eine Erklärung beschlossen, die feststellt, daß die betreffenden Personen nach einem solchen Akt der Partei nicht mehr angehören können und als Ausgetretene zu betrachten sind. Ihre Sektionen haben sie demgemäß zu streichen. Die Liste umfaßt 17 Namen. Der bekannteste ist der Jean Klémann. Weiter ist zu nennen der ehemalige Deputierte Chauvin, der Leherer Rogre, wegen dessen Wahregelung unter Verband die Fraktion seinerzeit heftig parlamentarische Schlägen geschlagen hat; Le Cloo, einer der Führer des Poststreiks, weiter mehrere frühere Mitarbeiter des „Socialisme“, die eines besondere, in der Seine-Abteilung vorkommende Spielart des Quasidismus vertreten. Schließlich Frau Elisabeth Renaud, die sich früher um die sozialistische Frauenorganisation Verdienste erworben hat, aber unter launhafter Verbitterung leidet.

Man kann der Mehrzahl der auf der Liste Stehenden zustimmen, daß sie nicht aus unredlichen Motiven, sondern aus mehr oder minder begründeter Verstimmung und Gereiztheit gehandelt hat. Aber ihre Sache steht darum nicht besser. Die Ausweisung eines Trägers eines geschichtlichen Namens, wie es der Veteran der französischen Arbeiterbewegung Alémane ist, ist peinlich genug, aber die Urheber des Sprengungsversuchs haben es eben nicht anders gewollt. Daß dieser völlig ausichtslos und für die Aktion der geeinigten Partei ohne Bedeutung ist, ist ebenso gewiß wie die Verheißung, die den Sezessionisten wenigstens so lange noch erhalten bleiben wird, als sich Briand und seine Leute davon eine Verwirrung der sozialistischen Wahlarbeit versprechen können.

Aus der belgischen Partei.

Aus Brüssel wird uns gemeldet: Die sozialistische Parlamentsfraktion wird nunmehr einen Vertreter im Bureau des offiziellen Kammerberichts haben. Sie wird dort durch den bekannten jung-belgischen Literaten und Parteischriftsteller Louis Viéard vertreten sein. Der erst von der Fraktion vorgeschlagene Genosse Fischer, langjähriger Redakteur am „Peuple“ wurde vom Kammerpräsidenten nicht bestätigt — er hat die vorgeschriebene Altersgrenze bereits überschritten. Der daraufhin vorgeschlagene Genosse Viéard wurde nun dieser Tage bestätigt.

Der Generalsekretär der belgischen Arbeiterpartei hielt am Mittwoch dieser Woche eine Sitzung ab. Verschiedene Arbeiterföderationen und Gewerkschaften sowie Konsumvereine haben sich der Arbeiterpartei angeschlossen. Beschlossen wurde, daß die Berichte für den internationalen Kongreß von den Berichterstattern bereits dem Kongreß der belgischen Arbeiterpartei Offern dieses Jahres vorzulegen sind. Die Diskussion darüber wird als Grundlage für die endgültigen, dem internationalen Kongreß zu erstattenden Berichte dienen.

Die Beratung ging dann auf die politische Lage und auf den zu eröffnenden Wahlkampf über. Da die Liberalen das Wahlbündnis bei den letzten Wahlen für ihren Stimmenrückgang verantwortlich machen, erklärte sich der Generalsekretär der Partei einstimmig dafür, den kommenden Wahlkampf im rein sozialistischen Sinne zu führen. Die Frage der Wahlreform soll in den Mittelpunkt des ganzen Wahlkampfes gestellt werden.

Am 18. Februar soll eine allgemeine Versammlung des Komitees für das allgemeine Wahlrecht stattfinden mit der Tagesordnung: Die Arbeiten der Wahlrechtsreform-Kommission und die Petition um das allgemeine Wahlrecht.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Das Ehrgefühl des Grafen.

„Ein Graf hat ein feineres Ehrgefühl als ein gewöhnlicher Mann aus dem Volk!“ Mit dieser Begründung verwarf die Strafkammer in Freiburg i. B. die Verurteilung des Genossen Weichmann von der dortigen „Volkswacht“ gegen das Urteil des Schöffengerichts wegen Beleidigung des Grafen Bodman. In der Polemik gegen ein Zentrumsblättchen hatte die Freiburger „Volkswacht“ bemerkt, anstatt um den Genossen Weibel solle sich das Zentrum um seine schiefen katholischen Gruben-Millionäre, um den Zentrums-Millionär Abg. Reußhaus, um den größten Siegelbesitzer v. Bodman usw. kümmern. Wegen dieser Rottis wurde Weichmann mit 100 M. bestraft. Die Strafkammer bestätigte das Urteil.

MAGGI'S WÜRZE hilft sparen!

Jede schwache Bouillon oder Suppe, ebenso Saucen, Gemüsen und Salate erhalten augenblicklich kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI'S Würze.

Probefläschchen 10 Pf.

„MAGGI'S gute, sparsame Küche!“



Achtung vor Nachahmungen!

Versammlungen.

Frauen und Mädchen in der russischen Revolution.

In dem Bericht über den Vortrag mit dem oben genannten Thema findet sich die Behauptung, daß russische Liebshäfen mit Soldaten angeknüpft hätten, um sie gewerkschaftlich und politisch aufzuklären.

Aus aller Welt.

Germanisation in der Ostmark.

Dem Breslauer Sittenkandal folgt jetzt einer in Posen. Wie dort, so handelt es sich auch hier wieder um die Verführung noch schulpflichtiger Mädchen durch bisher wohlangesehene Stützen kapitalistischer Religion, Ordnung und Sitte — oder, wie die tugendhafte Presse und die Rechtskundigen Breslaus heraus-

Alzu sehr brauchen sich die Herren nicht zu ängstigen. Gott verläßt nach ihrem Glauben ja keinen wackeren Deutschen und steht im übrigen das Herz an, das bislang gut war, bis es den Verlockungen des Teufels Bitru in Gestalt dieser verdammenswerten sittenlosen Kinder endlich erlag.

Vom Eisenbahnzuge überrannt.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich Freitag morgen in der Nähe von Diegnitz zugetragen. Ein Personenzug überfuhr zwischen Reuhof und Diegnitz das Fuhrwerk des Stellenbesitzers Börner-Kummernud mit drei Insassen. Dabei wurde eine Person getötet, zwei schwer verletzt.

Frischer Auftrieb.

Ganz im Sinne der Viehhändler, die frisch eingetroffene Rufe öffentlich anbieten, ist das folgende Inserat in der „Kölnischen Zeitung“ vom 3. Februar gehalten:

Heirat.

Habe w. kath. Damen bis zu 1 1/2 Millionen, Güter bis zu 600 Morgen, Hotels, Gastwirtschaften für Herren zum Einheiraten.

Und da sage noch einer, daß die Ehen nicht im Himmel geschlossen werden.

Kleine Notizen.

Soldatenselbstmord. In der Kaserne des 2. Uebauers-Regiments in Regensburg hat sich Donnerstagsabend ein Soldat erhängt. Es ist dies der dritte Selbstmord beim dortigen Regiment innerhalb kurzer Zeit.

Zugzusammenstoß. Auf dem Nürnberger Rangierbahnhof stießen Freitag früh zwei Güterzüge zusammen. Dabei wurde der Zugführer Schönelein schwer verletzt, der Wagenwärter Weill getötet.

Großfeuer in Indien. In einer im Bombayer Bazar gelegenen Zunderbäckerei brach Großfeuer aus. Von den in den oberen Stockwerken des Gebäudes anwesenden Menschen, etwa hundert an der Zahl, gelang es nur wenigen, über die brennende Treppe zu entkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Aus Natur und Geistwelt. Allgemeine Pädagogik. Von Prof. Dr. Th. Stegler. 4. Auflage. — Luther im Lichte der neueren Forschung von D. Boehmer. — Die Photographie von D. Vrelinger. — Die Tiere der Vorwelt. Von D. Abel. — Die neueren Wärme-

Musik-Archiv. Monatschrift für Musikleben und Musikwissenschaft. Preis jährlich 5 M., halbjährlich 2,50 M. Verlag von Otto Kalle, Leipzig.

Die Raffage des häßlichen Grundbesitzes. Von Dr. Otto Krenzl. Preis 80 Pf. — Deutsches Petroleum-Monopol und Welt-Petroleummarkt. Von H. Germanicus. Preis 80 Pf. Politik, Verlagsanstalt und Buchdruckerei, Berlin W 57.

Zur 817b Konfirmation!



„Eliga“ Mädchen-Kleider von 1-16 Jahren. Direkt aus der Arbeitsstube. Nach Maß, auch mit Stoff. Kottbuser Damm 73. Ecke Leosau-Str.

Advertisement for Oswald Naefe, Färberei u. Chemische Wäscherei. Fabrik: Britz Rudower Str. 34. Tel.: Nk. 208. Färben und Reinigen von Garderoben, Innendekorationen, Polstermöbeln usw. Gardinen-Wäscherei, Mechan. Teppich-Schüttelwerk.

Robert Heinze

Table with columns: Breite in cm (50, 100, 150), Draht in mm, and Preise für eine Rolle von 50 Metern. Lists various wire types and their prices.

Advertisement for Magenmilium. Bei Verdauungsstörungen, Appetitwangel, vordorbenem Magen, Sodbrennen, Blähungen, Magendrücken und -Schwäche, Magenkrampf, Uebelkeit mit Erbrechen, überhäuft Magenbeschwerden sind Reichel's Magentropfen.

Advertisement for S. Hoffmann, Schneller Ausverkauf wegen Umbau von la Herren- u. Knabenbekleidung fertig und nach Maß. 50 Proz. ermäßigt bei S. Hoffmann. Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 12. Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet.

In Freien Stunden Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

HERZSFELD's berühmte



Ganz Gross-Berlin zerbricht sich den Kopf!

ca. 85000 Kunden

haben ihren Bedarf während der 95-Pfennig-Tage laut Feststellung bei mir gedeckt. Diese Zahl beweist, was wir während der 95-Pfennig-Tage bieten! Dieser Verkauf wird auf 8 Tage verlängert!

In uns prachtvoll renovierten Erfrischungs-Raum: Täglich Bockbier-Konzerte der Tiroler Zugspitzler

HERMANN HERZSFELD

CHARLOTTENBURG, Wilmersdorfer Strasse 55-56

